Historische Tatsachen Nr. 83

Siegfried Egel

Ausländer im Dritten Reich



Generalfeldmarschall Erich v. Manstein am 10.8.1946 vor dem Nürnberger Tribunal der Sieger:

"Die Gefangenen, die wir im Armeebereich behielten, brauchten wir zu unserer Unterstützung und Arbeit. Sie sind demgemäß auch anständig behandelt worden. Wir haben ja schließlich bei jeder Division ungefähr tausend -- manchmal mehr -- Gefangene als sogenannte Hilfswillige, also als freiwillige Helfer gehabt. Diese Hilfswilligen sind uns treu geblieben und auch auf unseren Rückzügen mit uns gegangen. Und das wäre nicht der Fall gewesen, wenn wir sie schlecht behandelt hätten.

Noch ein Beispiel.

Als ich Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd wurde, da hatte ich nur meinen engsten Stab mit und kein Bewachungspersonal. Da habe ich eine Kosakenwache ungefähr 8 - 10 Tage als einzige Wache in meinem Haus gehabt. Und wenn wir die Gefangenen schlecht behandelt hätten, dann würden die wohl mich umgebracht haben." -- IMT, Bd. XX, S. 666.

V. Manstein war zunächst am Nordflügel der Ostfront Kommandierender General des 56. Panzerkorps. Nach einem legendären Panzervorstoß eroberte er Dünaburg. Anschließend übernahm er die 11. Armee und wurde an den Brennpunkten des Rußlandfeldzuges eingesetzt. Zeitweilig war er Oberbefehlshaber der halben Ostfront. Hier mit General Breith auf dem Gefechtsstand des 3. Panzerkorps südlich Bielgorod während der schließlich fehlgeschlagenen Offensive bei Kursk im Juli 1943.

-- Wissenschaftliches Sammelwerk --

Siegfried Egel

Ausländer im Dritten Reich

Die in diesem Heft berichteten Tatsachen sind aus verschiedenen, auch gegensätzlichen, in- und ausländischen Veröffentlichungen, aus der Anhörung von Zeitzeugen und Sachverständigen und nach wissenschaftlicher, kritischer Prüfung gewonnen worden. Ihre Richtigkeit ist nachprüfbar. Vielfache Fußnoten weisen dem Leser und Forscher die Richtung.

Soweit aus Tatsachen Folgerungen zu weiteren Tatsachen gezogen werden, ergeben sich diese aus der Logik, aus der Naturwissenschaft, aus der geschichtlichen und Lebenserfahrung. Auch sie sind somit nachvollziehbar. Wiedergegebene Darstellungen Dritter sind gleichermaßen geprüft, wobei Zustimmung oder Ablehnung beigefügt ist.

Über die Selbstverpflichtung des Verfassers und Verlegers hinaus ist dieses Heft juristisch dahingehend überprüft worden, daß weder Inhalt noch Aufmachung irgendwelche BRD-Strafgesetze verletzen oder sozialethische Verwirrung unter Jugendlichen auslösen, soweit Rechtsanwälte aus der Bundesrepublik Deutschland zu einer solchen Begutachtung überhaupt noch in der Lage sind.

Notstand im Völkerrecht

"Im völkerrechtlichen Schrifttum ist unbestritten, daß der strafrechtlich anerkannte Begriff des Notstandes auch für das Gebiet des Völkerrechts die Rechtswidrigkeit der begangenen Verletzung ausschließt.

Droht den Lebensinteressen des Staates Gefahr, so darf er sie bei überwiegenden Interessen durch Verletzung der berechtigten Interessen Dritter schützen. ...

Es ist ein im Völkerrecht anerkannter Grundsatz, daß der Staat nicht zu warten braucht, bis er vor der unmittelbar drohenden Gefahr des Unterganges steht. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten, mit dem praktisch die Produktionskraft und die militärische Macht fast der ganzen Welt zur Niederwerfung Deutschlands zusammengefaßt war, das Deutsche Reich sich einer Lage gegenübersah, die nicht nur den Staat als solchen mit Untergang bedrohte, sondern darüber hinaus die nackte Existenz des Volkes in Frage stellte. Unter diesen Umständen mußte der Staatsführung das Recht zuerkannt werden, auch die in den besetzten Gebieten vorhandenen Arbeitskräfte in diesen Abwehrkampf einzuschalten."

Verteidiger Dr. Alfred Seidl am 11. Juli 1946 vor dem IMT-Nürnberg Bd. XVIII S. 172

Singuläres Schicksal

"11 bis 12 Millionen deutsche Kriegsgefangene befanden sich von den Kriegsjahren bis zum Jahre 1956, als die letzten heimkehrten, im Gewahrsam von mindestens 20 Staaten. Vom Polarkreis bis zu den Tropen und rund um den Erdball gab es Lager, in denen sie festgehalten wurden. Es gibt in der Zeitgeschichte keine durch gleiche Merkmale und gleiches Schicksal ausgezeichnete menschliche Gruppe, die nach Menge und räumlicher Streuung mit den deutschen Kriegsgefangenen verglichen werden könne. Ihre Geschichte ist außergewöhnlich."

22-bändige Dokumentation der Wissenschaftlichen Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte der Bundesregierung, "Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des 2. Weltkrieges", Bielefeld 1964, Klappentext + Bd. I/1 S. XI.

Inhalt

Fremdarbeiter im Dritten Reich 3
Siegertribunale sortierten die Dokumente 10
Ärztliche Erfahrungen bei den Durchgangslagern für ausländische Arbeitskräfte 14
Die Durchgangslager für ausländische Arbeitskräfte 15
Die sowjetischen Kriegsgefangenen 16
Unter deutscher Besatzung in Polen 25
Kontrastgeschichte 28
Keine Nicht-Registrierten 32
Zeugen Jehovas unter dem Nationalsozialismus 33
"Wider zwei Legenden über den Holocaust" 36

Copyright
by
Verantw. i.S.d. Pressegesetzes:
Siegfried Verbeke, Antwerpen 2002
Postbus 46
B 2600 Berchem 1

ISSN 0176 - 4144

Fremdarbeiter im Dritten Reich

Die Fremdarbeitersituation im Dritten Reich wird seit 1945 meist im diffamierenden Stil als "Sklavenarbeit" abgehandelt. Nur wenige wissenschaftliche Abhandlungen sind bisher hierüber erschienen. Mit einem Aufsatz von **Ulrich Herbert**, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg[1], in der ***Frankfurter Allgemeine*** (***FAZ***) am 16. März 1999 sei hier begonnen:

"Der nationalsozialistische »Ausländereinsatz« zwischen 1939 und 1945 stellt den größten Fall der massenhaften, zwangsweisen Verwendung von ausländischen Arbeitskräften in der Geschichte seit dem Ende der Sklaverei im 19. Jahrhundert dar. Im Spätsommer 1944 waren auf dem Gebiet des »Großdeutschen Reiches« 7,6 Millionen ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene offiziell als beschäftigt gemeldet, die man größtenteils zwangsweise zum Arbeitseinsatz ins Reich gebracht hat. ..."

Im Frühjahr 1940 sei im sogenannten Generalgouvernement der Einsatz von Polen regelrecht zur Menschenjagd ausgeufert:

"Sie mußten in Barackenlagern wohnen -- was sich allerdings auf dem Lande in der Praxis als undurchführbar erwies --, erhielten geringere Löhne, durften öffentliche Einrichtungen -- vom Schnellzug bis zur Badeanstalt -- nicht benutzen. ... Sie mußten länger arbeiten als Deutsche. ...

Es gelang nach kurzer Zeit, eine große Zahl von polnischen Arbeitern gegen ihren Willen nach Deutschland zu bringen. ...

Bis 1941/42 war der Anteil der »freiwilligen« Arbeitskräfte in Nord- und Westeuropa relativ groß.

Besonders schlecht waren die Bedingungen für die sogenannten Ostarbeiter.

Diese mußten in stacheldrahtumzäunten und bewachten Lagern leben und waren der Willkür von Gestapo und Betriebsschutzeinheiten in besonderem Maße ausgesetzt. ...

Die Rationen für die offiziell »Ostarbeiter« genannten sowjetischen Zwangsarbeiter fielen so gering aus, daß sie vor allem in den Jahren 1942/43 oft schon einige Wochen nach ihrer Ankunft völlig unterernährt und arbeitsunfähig waren. ...

Die sowjetischen Arbeiter erhielten besonders festgelegte Löhne, die erheblich niedriger lagen, als die der deutschen und ausländischen Arbeiter -- nominell etwa um 40%, tatsächlich in den meisten Fällen wohl noch tiefer."

Beweise für solche Behauptungen erbrachte Prof. Herbert nicht; auch keinerlei Vermerke darüber, unter welchen Bedingungen deutsche Kriegsgefangene, Zivilinternierte oder gar die Wolgadeutschen in der Sowjetunion zu leben und zu arbeiten gezwungen waren, sofern sie nicht sogleich nach der Gefangennahme auf Grund eines Stalin-Befehls umgebracht worden waren. Natürlich auch kein Hinweis auf zumeist zehnjährige Zwangsarbeit **nach Ende des Krieges -- in "Friedenszeit"** -- ohne Lohn und Rechte im "Paradies der Arbeiter und Bauern" oder auch unter etwas anderen, aber ähnlich schrecklichen Verhältnissen bei den anderen Siegermächten. Freilich auch kein Wort darüber, daß "Sklavenarbeit" für Deutsche -- vornehmlich Kriegsgefangene, aber auch deutsche Frauen aus den Ostprovinzen -- nach Kriegsende von sämtlichen maßgebenden alliierten Verbündeten gemeinsam vorgeschlagen, gebilligt und praktiziert worden war.

Prof. Ulrich Herbert veröffentlichte sein maßgebliches Buch, dessen Quellenteil zweifellos wertvoll ist, in der kommunistischen DDR. Sein Verlag hat einen Ableger nach Bonn entwickelt. Seitdem oder auch schon vorher wird dieses Buch als objektiv herumgereicht.

Daß bei Bewältigung des Themas auch zu berücksichtigen ist, wie sich ein Kriegsgegner gegenüber den eigenen Soldaten und Zivilisten verhielt, welche Maßnahmen andere im Krieg befindliche Nationen unter analogen Verhältnissen anwenden, und Arbeitsdienstpflicht in Notzeiten generell üblich ist, dürfte selbstverständlich sein. Prof. Ulrich Herbert freilich blendet alles dies auch in seinen Wertungen aus.

Emigrant und Widerständler **Werner Rings** beginnt seine Untersuchung[2] miz dem ersten "Besatzungsgebiet" der NS-Führung -- in Böhmen und Mähren --, wo sich im Verlauf von 6 Monaten nach Beginn der Werbung bereits 70.000 Tschechen zur Arbeit im Reich gemeldet hatten:

"Es kam hinzu, daß die Besatzungsmacht den Arbeitern viel zu bieten hatte: hohe Löhne, Erleichterung für den Transfer ihres Arbeitseinkommens an die Angehörigen in der Heimat, bezahlten Urlaub in regelmäßigen Abständen und Ansprüche auf eine Sozialversicherung, die in Hitler-Deutschland zweifellos fortschrittlicher war als in vielen der besetzten Länder. ...

Nach einer Umfrage, die später unter den in Deutschland beschäftigten tschechischen Arbeitern durchgeführt wurde, zogen von den 70.000 Freiwilligen nur etwa 2.000 die Rückkehr in die Heimat einem längeren Aufenthalt im Dritten Reich vor. ...

Es paßt ins Bild, daß die Besatzungsmacht im Protektorat Böhmen und Mähren, wo Arbeiter für kriegswichtige Industrien gebraucht wurden, eine großzügige neue Lohn- und Arbeitsordnung einführte und die Löhne mehrmals erhöhte. Die tschechischen Arbeiter mußten selber einsehen, daß sie die besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen nicht etwa ihren Gewerkschaften oder den eigenen Behörden zu verdanken hatten, sondern der deutschen Besatzungsmacht. Gegen eine Ablösung der eigenen Staatsverwaltung durch eine deutsche hätten sie nicht das geringste einzuwenden gehabt." [2) S. 124]

1) Ulrich Herbert ist Verfasser des Buches "Fremdarbeiter -- Politik und Praxis des 'Ausländer-Einsatzes' in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches", Berlin-Ost 1985, J.H.W. Dietz Nachf. Verlag.

Dr. Wilhelm Dennler, unter dem Reichsprotektor 1939 - 1945 für die Rekrutierung tschechischer Arbeitskräfte zuständig, der trotz 2-jähriger Kriegsgefangenschaft -- was für einen deutschen Beamten in Prag eine ganz außergewöhnliche Seltenheit ist! -- überlebt hat, belegte später in einer umfassenden Untersuchung , daß bis zum Höhepunkt des Krieges (Ende 1943) ständig tschechische Arbeiter freiwillig ins Reich drängten und erst 1944 ein ganzer männlicher Jahrgang (1924) dienstverpflichtet wurde. Eine Dienststelle in Deutschland kontrollierte die vereinbarten Arbeitsbedingungen, sorgte für kulturelle Betreuung u.a. durch tschechische Ensembles sowie Seelsorge durch tschechische Geistliche.[3]

Werner Rings berichtete weiter:

"Hunderttausend Franzosen waren gefallen und fast zwei Millionen in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten, und dennoch beantragten in Frankreich in den ersten sechzehn Monaten nach dem Zusammenbruch 59.000 französische Arbeiter freiwillig die Einreise nach Deutschland, um im Dritten Reich eine Arbeit anzunehmen.

Lange bevor der obligatorische Arbeitsdienst eingeführt wurde, fanden sich unter den belgischen Arbeitern 403.000 Freiwillige, die ihre Arbeitskraft an die deutsche Industrie oder die deutsche Wehrmacht verkauften. 321.000 wurden auf ihren Wunsch auf Arbeitsplätze in Deutschland verteilt, 82.000 ließen sich von der «Organisation Todt» bei Arbeiten an Festungsanlagen, Militärflugplätzen und anderen militärischen Basen beschäftigen, die auf belgischem Boden für den Krieg gegen die Alliierten errichtet wurden. Mehr als 120.000 belgische Arbeiter wanderten in den ersten vierzehn Monaten nach Deutschland aus. Kein Klassenbewußtsein hinderte sie daran.

Als Freiwillige meldeten sich auch Arbeiter in Dänemark. Hier waren es 103 000 in den ersten vierzehn Monaten, die sich beeilten, nach Deutschland zu kommen, obwohl die Gewerkschaften sich ernsthaft bemühten, sie davon abzuhalten.

Aus freien Stücken gingen Arbeiter aus allen besetzten Gebieten nach Deutschland, bis Ende August 1941 auch 93.000 Holländer, 109.000 Serben und Kroaten und 140.000 Tschechen. Insgesamt hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt mehr als zwei Millionen europäische Arbeiter und Arbeiterinnen im Dritten Reich eingefunden, um freiwillig für Hitlers Kriegsmaschine zu arbeiten. ...

Mehr als 30.000 Arbeiter und Angestellte der niederländischen Eisenbahnen, damals in fünf verschiedenen Gewerkschaften organisiert, ließen es zu, daß ihre Gewerkschaftsvertreter im Personalrat kurz nach dem deutschen Einmarsch im Mai 1940 eine Loyalitätserklärung der Betriebsleitung an die Adresse der deutschen Besatzungsmacht billigten. Angeboten wurde die organisatorische und technische Zusammenarbeit unter der Bedingung, daß die Bahnen unter holländischer Verwaltung blieben. Die deutschen Behörden nahmen Angebot und Bedingungen ohne weiteres an." [2) S. 121 - 122]

"Von den 50.600 Holländern, die die deutsche Uniform anlegten (davon dienten 17.000 in der Waffen-SS und 12.000 in Polizei- und Hilfspolizeieinheiten) waren 20.000 Parteiangehörige Musserts (der NSB = NS- Bewegung) .." [2) S. 148]

"Selbst in den besetzten Ostgebieten nahm die Neutrale Kollaboration überraschende Ausmaße an. Sogenannte Hilfswillige, abgekürzt »Hiwis«, deren damals allgemein übliche Bezeichnung die Freiwilligkeit ihrer Kollaboration hervorhob, ließen sich zu Hunderttausenden von der Deutschen Wehrmacht einstellen. ...

Man begann schon in den ersten Monaten des Ostfeldzuges, solche »Hiwis« anzuwerben. Im Frühjahr 1942 wurde ihre Zahl auf 200.000 geschätzt, im Sommer schon auf nahezu 500.000. Die deutschen Reichskommissare von Ostland und Ukraine, Lohse und Koch, bezifferten sie im Juli 1943 auf 600.000 bis 1,2 Millionen.

Aus diesen »Hiwi«-Massen rekrutierten sich auch ukrainische und weißrussische Freiwilligenverbände, die als Bau-Pioniertruppen eingesetzt wurden, sowie Mannschaften der Einsatzgruppen, der KZ-Wachen und der Hilfspolizei unter deutschem Kommando." [2) S. 125 - 126]

Dr. Heinz Splittgerber, Verfasser zeitgeschichtlicher Abhandlungen, schrieb Oberstudienrat **Hans-Jürgen Witzsch**, der dieses Thema ebenfalls im Rahmen seiner jahrelangen historischen Publizistik abgehandelt hat:

"Die polnischen Landarbeiter in Mittelpommern, meiner Heimat, waren ordnungsgemäß angeworben. Sie bekamen Entlohnung, Unterbringung, Bezugscheine, ärztliche Betreuung. Sie kamen durchweg abgerissen an, staffierten sich bei uns aus und erreichten einen Lebensstandard, wie sie sich ihn in Ostpolen und der Nordukraine -- beide Bezirke kenne ich -- nie hätten erträumen lassen." [4]

Der Verfasser kann aus eigenem Erleben Fälle schildern, in denen Ostarbeiter ihren Arbeitseinsatz in Deutschland während des Krieges als *"schönste Zeit ihres Lebens"* schilderten und gar nicht mehr nach Rußland zurück wollten.

Selbst **Prof. U. Herbert** gab zu, daß es *"eine hohe Zahl nicht Repatriierungswilliger in der Zeit nach dem Krieg gerade unter den Arbeitern aus dem Osten"* gegeben habe.[1) S. 355]

Dies kann doch nur ein Beweis dafür sein, daß die Verhältnisse, die sie in Deutschland vorgefunden hat-



Belgische Arbeiter auf ihrem Weg nach Deutschland 1940/1941

2) Werner Rings, "Leben mit dem Feind, Anpassung und Widerstand in Hitlers Europa 1939 - 1945", München 1979.

3) Wilhelm Dennler, "Die böhmische Passion", Freiburg - Frankfurt/M 1953, u.a. S. 12, 41, 52 ff, 73, 105 ff.,

4) *Die Aula*, Graz 4/2000, S. 23 ff. -- H.J. Witzsch stützt sich u.a. auf Unterlagen aus dem Staatsarchiv Nürnberg.

> Sonderdruck aus dem Reichsarbeitsblatt
>
> **Der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland**
>
> Berlin 1942
>
> Die AA. überwachen die Durchführung des Lohntransfers laufend. Auch die Lagerführer und die Beauftragten des Amts für Arbeitseinsatz der DAF. kümmern sich darum, ob die Lohnüberweisungen pünktlich erfolgen.
>
> 9. Sozialversicherung.
>
> Ausländische Arbeiter und Angestellte unterliegen grundsätzlich der deutschen Krankenversicherung, Unfallversicherung und Rentenversicherung (Invalidenversicherung, Angestelltenversicherung, knappschaftliche Pensionsversicherung) in derselben Weise wie die vergleichbaren deutschen Arbeitskräfte. Für sie sind daher die Versicherungsbeiträge nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften zu entrichten; eine Ausnahme gilt zur Zeit in der Invalidenversicherung für polnische landwirtschaftliche Arbeiter aus dem Generalgouvernement (s. unter c Abs. 1).
>
> a) Krankenversicherung.
>
> Die Gewährung von Leistungen der Krankenversicherung setzt regelmäßig voraus, daß der Versicherte und — soweit Leistungen für seine Familienangehörigen in Betracht kommen — auch die An- [...] der deutschen Krankenversicherung gewährt. Die Familienangehörigen im Protektorat Böhmen und Mähren, der Slowakei, Italien, Ungarn, Rumänien, Dänemark, Norwegen und dem unbesetzten französischen Gebiet haben sich wegen der Gewährung von Familienhilfeleistungen an den für ihren Wohnort zuständigen Träger der Krankenversicherung zu wenden. Familienangehörige aus den besetzten französischen Gebieten wenden sich an die Deutsche Krankenkasse für die besetzten französischen Gebiete in Paris, Avenue de l'Opera Nr. 26, Familienangehörige in Belgien an die Deutsche Krankenkasse für Belgien in Brüssel, Rue Ravenstein 12, Familienangehörige in den Niederlanden an die Deutsche Krankenkasse in den Haag, Raamweg 90.
>
> b) Unfallversicherung.
>
> Ausländische Arbeiter sowie Protektoratsangehörige und ihre Hinterbliebenen erhalten die Leistungen der deutschen Unfallversicherung im allgemeinen auch beim Aufenthalt im Ausland; dies gilt insbesondere für Arbeiter und ihre Hinterbliebenen aus dem Protektorat Böhmen und Mähren, der Slowakei, Italien, Ungarn, Rumänien, Kroatien,

ten, weitaus besser waren als jene des Sowjetsystems. Typisch dürfte auch sein, daß während zur Zeit der Sieges-Euphorie holländische, belgische, französische, italienische, jugoslawische, tschechische "Widerstands- und Freiheitskämpfer" Mordexzesse an Hunderttausenden ihrer eigenen Landsleute verübt haben, die sie der "Kollaboration mit den Deutschen" bezichtigten, -- von keinem Ort in Deutschland hingegen berichtet wurde, daß sich "nun befreite" Fremdarbeiter an ihren deutschen Arbeitgebern oder Arbeitskollegen vergriffen hätten.

Ganz im Gegenteil sind auch dem Verfasser zahlreiche persönliche Beispiele bekanntgeworden, da Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen, aber auch Franzosen und Holländer diejenigen Deutschen vor ihren eigenen siegestrunkenen Landsleuten bzw. Alliierten beschützt und ihnen heimlich Verpflegung zugesteckt haben, mit denen sie während des Krieges zusammengearbeitet haben. Das reimt sich nicht mit "Sklavenarbeit" zusammen. Auch diese Menschen hatten erkannt, daß der Krieg andere Ursachen und Auswirkungen hatte, als die Propaganda ihrer eigenen Regierungen sie Glauben machen wollte, daß die fürchterlichen Luftangriffe der Briten und Amerikaner und die Vertreibungsverbrechen der Sowjets sie gleichermaßen wie die Deutschen in ihr mörderisches Entsetzen mit einbezogen und keineswegs als Humanismus-Taten zu erkennen waren.

Daß es auch andere, vornehmlich Ostarbeiter, gab die ihre Tätigkeit in Deutschland als politischen Kampfauftrag aufgefaßt und sich geheim und illegal der Sabotage, Spionage oder Aufwiegelung gegen den deutschen Kriegseinsatz gewidmet haben, ist ebenfalls Tatsache. Dies war in einem solch mörderischen Krieg wohl nicht zu vermeiden. Diese Fälle führten -- und zwar erst zur Zeit des nahenden Kriegsendes zwischen März und September 1944 -- incl. beteiligten russischen Kriegsgefangenen zu rund 2.882 Festnahmen, eine im Vergleich zum Millionen-Einsatz von Ostarbeitern relativ geringe Zahl.[1) S 320 - 321]

Beachtlich auch eine Folgerung von **Prof. U. Herbert:**

"Insgesamt deuten Umfang und Verbreitung der Widerstandsaktivitäten unter den ausländischen, vor allem den sowjetischen Arbeitskräften im letzten Kriegsjahr darauf hin, daß in dieser Phase des Krieges hier das größte aktive Widerstandspotential gegen die nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland überhaupt bestand." [1) S 322]

Hans-Jürgen Witzsch weist mit Recht darauf hin:

"Neben den in Zeitungen im Kriege verbreiteten Berichten über den Einsatz von Fremdarbeitern und ihrer Behandlung im Rahmen amtlicher Anweisungen konnten die Bewohner der Großstädte, aber auch der ländlichen Gebiete tagtäglich Fremdarbeiter auf dem Weg in die Fabrik, an ihrer Arbeitsstelle sehen und ihr Verhalten, ihre Behandlung in der Öffentlichkeit bis hin zu ihrem Ernährungszustand und dem gesamten äußeren Erscheinungsbild beobachten. Schon von daher widersprechen noch heute die meisten Zeitzeugen entschieden dem Propagandabild von angeblichen Zwangsarbeitern, die unmenschlich behandelt und ausgebeutet wor-

Die im Deutschen Reich beschäftigten Kriegsgefangenen nach Nationalitäten [5)]

	15.2.1942	15.8.1943	15.11.1943	1.1.1945
Franzosen	971.000	736.324	664.736	637.564
Sowjetrussen	154.000	496.106	564.692	972.388
Belgier	58.000	53.311	53.858	57.392
Briten	41.000	44.087	66.586	101.564
Serben	105.000	93.872	92.103	100.830
Polen	31.000	29.128	30.548	34.691
Holländer				6.174
sonstige*)	10.000	9.270	382.906	280.012
insgesamt	1.370.000	1.462.098	1.855.429	2.190.615

5) Wehrwirtschaftsstab im OKW/Inland + besetzte Gebiete Nr. 365/44 (8.3.1944, -- Wehrwirtschaftlicher Lagebericht Nr. 53 (Jan. 1944), Bundesarchiv-Militärarchiv: RW 19/378. -- OKW Nr. 743/45 (Wehrmachtführungstab des OKW/Org. V b v. 14.3.1943. -- Monatsmeldung der personellen und materiellen Rüstungslage der Wehrmacht, Januar 1945: Bundesarchiv-Militärarchiv: RM 7/810 --.
Zusammenstellung übernommen von: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), "Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg" Bd. 5, 2. Halbband, Stuttgart 1999 (Deutsche Verlagsanstalt), S. 212.

*) einschließlich italienische Militärinternierte

Im Deutschen Reich eingesetzte ausländische Arbeitskräfte [6) S 218]

aus	20.1.42	31.12.42	31.12.43	15.2.44	Herbst 1944
Belgien	131.470	144.974	222.851	209.976	199.437
Dänemark	50.000				
Frankreich	62.589	191.463	660.610	650.230	646.421
Griechenland				31.000	
Italien	188.122	165.885	124.939	126.411	287.347
Jugoslawien	134.425	117.754	111.466	109.200	97.760
Niederlande	96.151	161.862	274.368	266.827	254.544
Ungarn	36.521	27.945	25.893	24.863	24.263
UdSSR ("Ostarbeiter")	55.081*)	1.263.312	1.812.091	1.872.516	2.174.644*)
Baltikum		29.681	33.687	35.460	
Generalgouvernement	1.032.196	918.117	1.054.537	1.028.816	1.662.336
Warthegau	unbekannt	494.069	558.675	590.581	unbekannt
Böhmen/Mähren	140.693	209.278	280.313	279.290	313.890
insgesamt	2.188.360	3.724.340	5.438.178	5.485.628	5.770.340.

den seien.

Bezeichnenderweise wurden bis heute auch keine echten Fotos vorgelegt, die solche Vorwürfe belegen könnten" [4)]

Prof. Herbert wies darauf hin:

"Die zu Beginn des Krieges erlassenen Bestimmungen zur Behandlung der Angehörigen von Feindstaaten gingen über die Beschränkungen des Aufenthalts und Erlaubnispflicht der Ausreise nicht hinaus; eine Internierungspflicht für polnische Arbeiter war ebensowenig vorgesehen wie Vorschriften für die Lebensführung." [1) S 72]

"»Obwohl bereits verschiedene Partei- und Staatsstellen Richtlinien über die Behandlung polnischer Kriegsgefangener herausgegeben haben, laufen noch immer täglich zahlreiche Meldungen über ein allzu freundliches Verhalten eines Teils der Bevölkerung gegenüber den polnischen Kriegsgefangenen ein.«, meldete der SD am 20. November 1939 in seinem ersten Bericht über die Ausländerfrage, dem bis Kriegsende noch mehr als 100 folgen sollten." [1) S 70]

Die Stapo-Leitstelle Stettin z.B. im Oktober 1940:

"So kommt es dann immer wieder vor, daß beispielsweise polnische Landarbeiter in den gleichen Räumen wie die deutschen Arbeitskräfte untergebracht sind, mit ihnen gemeinsam essen, Gasthöfe besuchen und ungehindert geselligen Verkehr mit der deutschen Bevölkerung unterhalten." [1) S 387 Fn 52]

Zweifellos gab es Unterschiede in der Unterbringung -- von Privatquartieren und Privatverpflegung bis zu Lagerverhältnissen. Stacheldraht in Arbeitslagern des Reiches war im Gegensatz zu den Behauptungen von Prof. Herbert verboten (Vgl. Dokument hier S. 15/16), wobei zu berücksichtigen ist, daß Rüstungsbetriebe aus Sicherheitsgründen vielfach mit Stacheldraht geschützt waren. Dies hatte indessen mit der Kriegslage, weniger mit den ausländischen Arbeitskräften zu tun. Ausgehzeiten, Reisebeschränkungen und Kulturangebote waren ebenfalls von den Sicherheitsstufen der Arbeitsbedingungen, der unterschiedlichen Mentalität von Völkern und Menschen, der Kriegs-, Front- und allgemeinen Sicherheitslage abhängig. Wie sollten auch Künstler-Ensembles aus den besetzten Ländern alle ihre in Deutschland arbeitenden Landsleute erreichen, wie in einem immer brutaler ausufernden britisch-amerikanischen Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung alle vorgesehen gewesenen Sozialprogramme eingehalten werden können?

Ein Stimmungsbild sei hier eingeblendet. Unabhängig von möglicherweise überspitzter Skizzierung gibt es erstaunliche Sachverhalte zur Kenntnis:

»Die ausländischen Arbeitskräfte verstopften mit ihren Gepäckstücken (Kartons, Schachteln usw.) nicht nur die Gänge aller Wagenklassen (der Eisenbahn), sondern verbreiteten auch infolge ihrer körperlichen Unsauberkeit und der Ungepflegtheit ihrer Kleidung eine unerträgliche Luft in den Wagen und Abteilen. Hinzu käme noch, daß die ausländischen Arbeiter meist nicht wüßten, wie sie sich in deutschen Wagen zu benehmen haben. Die Zugplätze, die von diesen Arbeitern in Anspruch genommen werden, seien durch Obstschalen, Papier, Zigarettenabfälle usw. derart verschmutzt, daß man es einem deutschen Reisenden einfach nicht zumuten könne, den freigewordenen Platz eines ausländischen Arbeiters einzunehmen. Außerdem benähmen sich die ausländischen Arbeiter meist äußerst ungebührlich und auffällig (schreien, singen, drängeln usw.) ...«

Prof. **Ulrich Herbert** ergänzt in seiner Fußnote:

"Derartige Berichte (»Meldungen aus dem Reich«) *gerade über das Auftreten der Ausländer in öffentlichen Verkehrsmitteln, vorrangig D- und Schnellzügen, sind bis Ende des Krieges sehr häufig."* [1) S 102 + 386]

In einem Sonderdruck des Reichsarbeitsblattes "Der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland" (Berlin 1942, S. 22) heißt es -- vergl. Faksimile-Abdruck):

"... Ausländische Arbeiter und Angestellte unterliegen grundsätzlich der deutschen Krankenversicherung, Unfallversicherung und Rentenversicherung (Invalidenversicherung, Angestelltenversicherung, knappschaftlicher Pensionsversicherung) in derselben Weise wie die vergleichbaren deutschen Arbeitskräfte. Für sie sind daher die Versicherungsbeiträge nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften zu entrichten. ..."

Nicht zu verkennen ist: die Lebens- und Arbeitsbedingungen haben sich auf Grund der für Deutschland immer bedrohlicher werdenden Kriegslage drastisch verschlechtert. So hat der am 21. März 1942 zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (GBA)

6) Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), "Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg", Stuttgart 1999, Bd. 5, 2, S. 211 ff. -- Bundesarchiv R 2/30909 + Militärarchiv: RW 19/1332.

*) incl. Baltikum

ernannte Gauleiter **Fritz Sauckel** die bis dahin gehegten Bedenken gegen Arbeitsdienstverpflichtungen von Ausländern zum Einsatz im Reichsgebiet aufgegeben.[2) S 211] Die ns-Führung hatte somit bis zu diesem Zeitpunkt solche Bedenken gehegt, wollte also gar keine "Sklaven"!

Der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte im Reich galt als *"vorübergehende Notlösung"*. Es bestand *"keine langfristige Konzeption des Ausländereinsatzes"*.[1) S. 129 + 130]

Und überall hatte sich die deutsche Bevölkerung -- dies mußte auch **Prof. U. Herbert** zugeben[1) S 357] -- den ausländischen Arbeitern gegenüber freundlich verhalten.

Der GBA hatte mit Erlaß vom 7.5.1942 die DAF (Deutsche Arbeitsfront) verpflichtet, alles ihr Mögliche zu tun, um attraktive Einsatzbedingungen für die Fremdarbeiter zu schaffen. Dies betraf die Unterbringung, Verpflegung, Entlohnung, Versicherung, Sozialbetreuung, die gleichartig mit dem Lebensstandard der Deutschen verordnet waren und so der längst über die deutschen Volksgrenzen hinausgewachsenen europäischen Schicksalsgemeinschaft gerecht wurden. So hat die Regierung im Generalgouvernement sogar erstmals in Polen die Arbeitslosenversicherung eingeführt, verbunden freilich mit der Auflage, vermittelte Arbeitsangebote auch annehmen zu müssen.



Norwegischer Staatschef an der Ostfront
An der Front vor Leningrad zeichnet Vidkun Quisling norwegische Soldaten der Waffen-SS für Tapferkeit mit dem Eisernen Kreuz aus. Quisling war ein glühender Patriot seines Vaterlandes und geschworener Gegner des Weltkommunismus. Seinen Einsatz an der Seite Deutschlands büßte er nach Kriegsende als "Verräter" mit seinem Leben.

Bis Kriegsbeginn 1939 waren mehr als ½ Million (650.000) ausländische Arbeitskräfte freiwillig nach Deutschland gekommen! [7) S 12 + 119] Das konnte doch wohl nur geschehen sein, weil sie ein besseres Leben im Nationalsozialismus erhofften als in ihrer Heimat.

Auf dieser Basis der Freiwilligkeit und sozialen Achtung und Betreuung begann auch der Ausländereinsatz nach Kriegsbeginn. Hätte Hitler die polnischen Kriegsgefangenen "versklaven" wollen, hätte er sie weiterhin in Kriegsgefangenschaft gehalten. Doch er hatte sie mit Ausnahme der Offiziere, die in gut eingerichteten "Oflags" ohne Arbeitspflicht untergebracht waren, bereits im Mai 1940 entlassen, kurz darauf auch die norwegischen, holländischen und mit Verzögerung auch einen Großteil der belgischen Kriegsgefangenen. Ihnen wurden, wenn sie nicht in ihrem Lande bleiben wollten, zivile Arbeitsverträge im Reich angeboten.[7) S 86] Die französischen Kriegsgefangenen wurden unter relativ freizügigen Bedingungen im Reich zur Arbeit eingesetzt, in der Folgezeit, vor allem unter GBA Sauckel 1942/43 veranlaßt, in ein ziviles Arbeitsverhältnis im Reich überzuwechseln oder bei einer Austauschquote von 3 Freiwilligenmeldungen aus Frankreich zur Arbeit in Deutschland in ihre Heimat entlassen zu werden. Ähnliches vollzog sich auch nach Beginn des Rußlandfeldzuges:

"Die Volksdeutschen, Ukrainer, Weißruthenen, Litauer, Letten, Esten und die Kriegsgefangenen finnischen, karelischen und ingermanländischen Volkstums kamen lt. Verfügung des OKW vom 14. Oktober 1941 zur Entlassung. Sie war mit allen Mitteln zu beschleunigen, »um die Kriegsgefangenen einerseits beim Arbeitseinsatz in den neubesetzten Ostgebieten verwenden zu können, andererseits um bei dem zu erwartenden weiteren Massenanfall sowjetischer Kriegsgefangener die Lager für Neuaufnahmen freizumachen.«" [7) S 101 + 8)]

Daß später der Krieg andere Bedingungen erzwang, ist in erster Linie auf die Politik der Kriegsgegner Deutschlands zurückzuführen, wie sich aus allen Dokumentationen ergibt.

"Wenn deutscherseits von einer »Vermittlung«, präziser ausgedrückt »Reichsvermittlung« oder auch »Vermittlung in das Reich« gesprochen wurde, so ist eine solche Vermittlung nicht als andauernde Folge von Zwangsmaßnahmen, sondern als Ergebnis ernsthafter Bemühungen deutscher Organe, den polnischen Arbeiter vorerst im Wege der Werbung für die deutsche Wirtschaft zu gewinnen, durchgeführt worden. Die Dienststellen der Arbeitsverwaltung im Generalgouvernement ... erfaßten sofort alle arbeitslosen volkspolnischen Arbeitskräfte und warben sie nach Maßgabe ihrer Eignung und ihres Arbeitswillens für die Arbeitsaufnahme im Reich an.

In erster Zeit brachte die Werbung keine Schwierigkeiten." [7) S 23 - 24]

Gleichermaßen umworben waren auch die Frauen und Männer der anderen Nationen.

"Zwar waren die französischen Arbeiter bei der deutschen Bevölkerung geradezu beliebt und die zu engen Kontakte zwischen Deutschen und Franzosen waren beständiger Anlaß zur Sorge bei den Behörden." [1) S 357]

Die Franzosen konnten ihre Kriegsgefangenen in Deutschland besuchen, französische Frauen sogar ihre

7) Hans Pfahlmann, "Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939 - 1945", Darmstadt 1968.

8) Am 22.9.1942 verbot das OKW weitere Entlassungen dieser Art.
Mit Vorbehalt geben wir die weitere Information wieder. Sie wird sicher zu überprüfen und zu erläutern sein, insbesondere was den Tod von 2 Millionen in deutscher Gefangenschaft ums Leben gekommener Sowjetsoldaten betrifft. Generaloberst **Jodl** machte in Nürnberg hierzu auf die chaotischen Verhältnisse im Sommer und Herbst 1941 aufmerksam, als die Wehrmacht nicht in der Lage war, die Massen der Rotarmisten, die ohnehin halb verhungert in Gefangenschaft geraten waren, ausreichend zu versorgen. Hier waren es in erster Linie die Kriegsbedingungen und nicht deutsche Niedertracht, die ein Massensterben verursacht haben. -- Vergl. Kap. S. 17 ff.

eheliche Gemeinschaft mit ihren noch in Kriegsfangenschaft lebenden und in landwirtschaftlichen, gewerblichen *"und versuchsweise auch in wehrmachteigenen Betrieben"* arbeitenden Partnern wieder aufnehmen, soweit diese Frauen voll einsatzwillig waren.[7) S 12] Den französischen Kriegsgefangenen war allgemein der freiwillige Arbeitseinsatz mit dem Anreiz besserer Bezahlung und auf Urlaub angeboten worden, freilich unter der Voraussetzung, daß dieser nur gewährt werden könne, wenn der zuvor in Urlaub gefahrene Kollege wieder zurückgekommen ist. Da dies im Verlauf des Krieges dann immer weniger der Fall war (schließlich bis zu 70%), wurde diese Vergünstigung 1944 wieder gestrichen. Im Juli 1944

"sind nur 3.000 Arbeitskräfte von Frankreich nach Deutschland gekommen. Es wäre bei militärischen Gewaltmaßnahmen nicht allzu schwierig gewesen, statt dieser 3.000 eine sehr viel größere Zahl an Arbeitskräften von Frankreich nach Deutschland zu bringen." [7) S 74]

Zweifellos hat der Kriegsverlauf sich auch auf die Arbeitsmoral der Zivilarbeiter ausgewirkt. SD-Berichte vom 24.1.1944 verdeutlichen, mit welcher Nachsicht deutsche Betriebe und Behörden zu reagieren pflegten:

"Es wird in letzter Zeit in erhöhtem Maße versucht, einer geregelten Arbeit aus dem Wege zu gehen. Obgleich die Lagerführer weitgehend versuchen, die Franzosen zur Pünktlichkeit anzuhalten, wird die Maßnahme mit allen Möglichkeiten umgangen. Es ist keine Seltenheit, daß sich z.B. in einem einzigen Lager 40 oder 50 Franzosen täglich krank melden. Ihre Arbeitsleistung und Disziplin ließe schon von Anfang an zu wünschen übrig und ist in ständigem weiteren Absinken begriffen.

Allein im Monat November mußten 24 Franzosen durch den Werkschutz an ihre Arbeitsstelle gebracht werden, da sie sich entweder im Betrieb herumtrieben oder in einer Ecke ein Lager zurechtgemacht hatten und schliefen oder sich in den Unterkünften herumdrückten. 15 von ihnen mußten der Staatspolizei zur Bestrafung übergeben werden, da sie bereits wiederholt (bis zu 10 mal) der Arbeit ferngeblieben waren." [9) S 6278]

Nicht zu verkennen ist hingegen, daß viele Franzosen bis Kriegsende, sei es freiwillig in der Waffen-SS, sei es im Dienst in ihrer Heimat, sei es auch an ihrem Arbeitsplatz in Deutschland, mit Mut und Lebenseinsatz bis Kriegsende an der Seite des deutschen Volkes geblieben sind.

9) Heinz Boberach (Hrsg.), "Meldungen aus dem Reich -- Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938 - 1945", Herrsching 1984, Band 16, S. 6278.



Ein ungewohntes Foto: Ein SS-Oberscharführer in einem kameradschaftlich erscheinenden Dienstgespräch mit einem französischen Polizisten. Frankreich, das am 3. September 1939 Deutschland den Krieg erklärt hatte, obgleich "kein Franzose für Danzig sterben wollte", hat von seinem östlichen Nachbarn weder Haß noch Demütigung erfahren. Es galt für beide Völker, ihr Schicksal, das beiden Völkern von anderen Mächten aufgezwungen wurde, gemeinsam zu gestalten.

Auch die 1944 im Schatten der alliierten Invasion aufstrebende Résistance war von außen nach Frankreich hineingetragen worden. Bezeichnend hierfür war, daß die Maquis von Mitte Mai bis Ende Juli 1944 allein in Südfrankreich mit aus England eingeflogenen Waffen 7.000 Attentate gegen ihre eigenen französischen Landsleute, 1.000 gegen Deutsche verüht haben. Bis zu dieser Zeit haben weniger als 2%, wenn nicht gar nur 0,15% der erwachsenen Bevölkerung Frankreichs dem Widerstand angehört. Der große Umschwung zugunsten General De Gaulles setzte erst im Gefolge des Vormarsches der Amerikaner und Briten ein. [2) S. 318-319] Zu diesem Umschwung gehörte aber auch der Rachefeldzug der Gaullisten nicht nur gegen die Deutschen, insbesondere Kriegsgefangenen, sondern auch gegen ihre eigenen Landsleute, von denen sie etwa hunderttausend gegen und nach Kriegsende ermordet haben.

Der Einsatz von Ostarbeitern im Reich war ursprünglich gar nicht vorgesehen.

"Der Einsatz von sowjetrussischen Arbeitskräften als »Ostarbeiter« war jedoch in den Vorkriegsplänen nicht vorgesehen. Nach einer Entscheidung Görings durften zivile russische Arbeitskräfte aus sicherheitspolitischen und abwehrmäßigen Gründen nicht ins Reich vermittelt werden. ... Man begann erst damit, als der Menschenmangel akut wurde." [7) S 45]

Aber auch dann galt es zu werben. Den in den besetzten Ostgebieten eingerichteten Arbeitseinsatz-Dienststellen waren eigenwillige Zwangsmaßnahmen strikt verboten. Ihnen wurden *"24 Anwerbekommissionen des Beauftragten für den Vierjahresplan unter Begleitung je eines Offiziers des OKW"* -- *"die ersten verließen Mitte November 1941 das Reich"* -- zugeordnet. Transportmängel, Fleckfieber, dreifach notwendige Entlausungen, Kälte behinderten das Programm im strengen Winter 1941/42 stark. Doch auch danach wurde Werbung mit allen Mitteln betrieben. Noch am 10. Mai 1942 forderte ein OKH-Befehl die grundsätzliche Freiwilligkeit für den Arbeitseinsatz im Reich.

"Für jeden Ukrainer muß es eine Ehre sein, Deutschland kennenlernen und in ihm arbeiten zu dürfen. Der nach Deutschland vermittelte Arbeiter ist der Sendbote des ukrainischen

Volkes, der über Deutschland berichten wird. ... Diese Einstellung in der Frage der Werbung muß nach einem ausdrücklichen Befehl des OKH Gemeingut aller an der Werbung Beteiligten werden. Alsdann werden sich auch Zwangsmaßnahmen erübrigen." [7) S 50]

Sauckel hat sogleich ab März 1942 den ausländischen Arbeitseinsatz nicht nur für ein optimales Anwerbe-, Einsatz- und Leistungsergebnis gestrafft, sondern auch für artgemäße Betreuung dieser Arbeitskräfte gesorgt:

"Neben der Überprüfung des Einsatzes in den Betrieben selbst hatte unbeschadet der Zuständigkeit der Dienststellen der DAF, des Reichsnährstandes oder sonstiger Dienststellen eine laufende Überprüfung der Unterbringung, der Ernährung, der Bekleidung, der Gesundheitsfürsorge, der Freizeitgestaltung usw. zu erfolgen. In jedem Arbeitsamt war ein besonderer Sachbearbeiter für die Inspektion des Ostarbeitereinsatzes zu ernennen." [7) S 212]

Die Landesarbeitsämter kontrollierten auch diesen.

"Zur Zeit des Beginns des Arbeitseinsatzes der ausländischen Arbeiter im Reich wurde deren Erwartung auf einen ausreichenden Verdienst voll erfüllt. Lediglich die hohen Lohnabzüge waren für manchen eine Enttäuschung. Der Arbeiter konnte mit dem zum Lohntransfer zugelassenen Betrag seine Familie ausreichend versorgen und seine sonstigen Ersparnisse zum Ankauf von Waren verwenden, die er bei seiner Heimreise nach Hause brachte." [7) S 223]

Prof. U. Herbert belegte anhand von »Meldungen aus dem Reich« folgende Beispiele:

"Im Januar 1941 berichtete der SD aus Frankfurt/Oder von »einer Beunruhigung deutscher Facharbeiter in einem Rüstungsbetrieb wegen unverhältnismäßig hoher Bezahlung dänischer Arbeiter«, *die wegen des Trennungszuschlages mehr verdienten als ein deutscher Handwerker,* »obwohl er oft erheblich mehr leisten würde, als der dänische Arbeiter«.

In Nürnberg kam es »beim Bau der 220 KW Nord-Süd-Leitung wegen der hohen Entlohnung der an der gleichen Baustelle beschäftigten Holländer zu Verärgerungen deutscher Arbeiter«,

ebenso wie in zahlreichen anderen Baustellen und Fabriken." [1) S 386 Fn 22]

Erst am 30.9.1942 erhielt **Sauckel** von Hitler die Vollmacht, zur Durchführung seines Auftrages, den Behörden des Reiches sowie den Besatzungsverwaltungen Weisungen zum Einsatz von ausländischen Arbeitskräften mittels Dienstverpflichtung im Reichsgebiet zu erteilen. Sie betrafen freilich auch Repressalien gegen Arbeitsverweigerer, die vom Entzug von Lebensmittelkarten bis Geld- und Gefängnisstrafen oder Einweisung in Konzentrationslager reichten. Dennoch:

"Die auf Grund der eingeführten Dienstpflicht mobilisierten Männer und Frauen wurden zu Arbeiten, die hauptsächlich im Interesse der Besatzungsmacht lagen, im Lande selbst bestimmt. ...

Wie den Dänen, von denen bis Anfang 1942 rund 50.000 freiwillig zur Arbeit nach Deutschland gekommen waren, blieb auf Befehl Hitlers auch den Norwegern ein Zwangsarbeitseinsatz in Deutschland erspart." [6) S 214]

Die Kriegslage allgemein, speziell aber auch der Partisanenkrieg in Rußland veränderten die Allgemeinbedingungen in einer Weise, wie sie von der ns-Führung keinesfalls vorgesehen gewesen waren. Das Niederbrennen von Gehöften, deren Bewohner Familienangehörige hatten, die sich zum Arbeitseinsatz im Reich befanden, heimtückische Morde an Bürgermeistern und Betriebsleitern, Viehdiebstähle, Vernichtung von Versorgungsmitteln aller Art seitens der Partisanen machten vielerorts jegliche deutschen Werbemaßnahmen im westrussisch besetzten Raum unmöglich. Dies wirkte sich zweifellos auch auf die Familien aus, die für die deutche Wehrmacht, Verwaltung oder Wirtschaft im Lande arbeiteten.[7) S 51] So entsprach es allmählich vielfach sogar dem Wunsch der »Ostarbeiter«, zwecks Absicherung vor der Rache ihrer sowjetischen Landsleute, auf "Zwangsmaßnahmen der Deutschen" verweisen zu können, wenn sie ihrer Arbeit im Lande oder im Reich nachgingen. Die deutsche Führung wurde angesichts der sich verschärfenden Kriegsbedingungen immer mehr in die Zwangslage verstrickt -- Frieden wollte ja keiner der Feindstaaten mit Deutschland schließen --, einerseits die Werbung und Anreize zur freiwilligen Arbeitsaufnahme, auch zur Gewährleistung ordnungsgemäßer Produktion bieten zu müssen, andererseits aus Sicherungsgründen, Menschenmangel und steigendem Rüstungsbedarf zu Zwang greifen zu müssen.

Angeordnet war, in jenen Ländern, in denen (noch) keine Kämpfe stattfanden, wie in Dänemark Norwegen, Ungarn, der Slowakei, Böhmen und Mähren, die Werbung mit allen Mitteln auszuweiten.[7) S 73]

"Im Dezember 1942 ließ Sauckel verlauten, daß die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt eine Entlassung von Fremdarbeitern nicht mehr erlaube. Wer den abgelaufenen Vertrag nicht freiwillig verlängerte, sollte unbefristet dienstverpflichtet werden. Eine verstärkte Flucht in die Heimat oder die Nichtrückkehr aus dem Urlaub, der daraufhin seit dem Frühjahr 1944 nicht mehr gewährt wurde, waren die Folge." [6) S 212]

Für 1944 gilt gewiß:

"Inzwischen wurden auch die Festnahmen bei der Partisanenbekämpfung, die Freimachung des Kampfgebiets, die Evakuierungen beim deutschen Rückzug und die Flucht der Einwohner, die wegen ihrer Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht die Rache ihrer Landsleute zu befürchten hatten, dazu genutzt, um die Arbeitsfähigen auszusondern und den deutschen Lagern oder Betrieben zuzuweisen. Aus dem Operationsgebiet evakuierte die Truppe noch eiligst einen Teil der Jugendlichen, um sie für den Stellungsbau zur Hand zu haben oder sie als Luftwaffenhelfer und Auszubildende ins Reich zu überführen. ...

In Italien wurden schon vor dem Rückzug teilweise die Gefängnisse geleert und die nicht gemeingefährlichen Häftlinge zur Arbeit nach Deutschland abbefördert." [6) S 221]

Die italienischen Militärinternierten, die nach dem Juli 1943 lediglich in bewachten Arbeitskolonnen eingesetzt worden waren, wurden bis spätestens 31. August 1944 in zivile Arbeitsverhältnisse überführt.[7) S 70]







Oben links: Albert Speer, Reichsminister für Bewaffnung und Munition

Darunter: Fritz Sauckel, Gauleiter von Thüringen und Reichsbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz

Rechts: Dr. Fritz Todt, Schöpfer und Leiter der Bauorganisation Todt

In einem Barackenlager untergebrachte Ostarbeiter auf dem Weg zur Arbeit. Sie sehen nicht wie "Sklaven" aus. Ihr Schritt ist gelassen, niemand treibt sie an. Verängstigt schauen sie auch nicht drein. Bis Kriegsende lebten mehr als 1 Million von ihnen im Reichsgebiet.



Siegertribunale sortierten die Dokumente

Konnten die Sieger in ihren Prozessen kein völkerrechtswidriges Verhalten aus den amtlichen Verlautbarungen der deutschen Behörden (Gesetzen, Verordnungen, Erlassen) vorlegen, so haben sie Zeugenaussagen nach ihrem Gutdünken vortragen, aussortieren und alles Unerwünschte beiseiteschaffen lassen. Selbst wenn dies nicht ganz gelang, wie z.B. beim **Oswald Pohl** Prozeß, mißachteten sie in ihren Urteilsgründen jegliche zuvor erbrachten Beweisermittlungen.

Das Verteidigungsdokument, Affidavit P.L. 55 (Politische Leiter 55) mag hier als exemplarisch angeführt werden:

Eidesstattliche Erklärung vom 30. Juli 1946 des Maschinen-Ingenieurs Josef Reinhart: Ergebnisse der Bearbeitung von 15.433 Eidesstattlichen Erklärungen von ehemaligen Politischen Leitern in den Internierungslagern bezüglich ihrer Stellungnahme und Handlungen im Zusammenhang mit der Behandlung ausländischer Zivilarbeiter und Kriegsgefangener.

Nürnberg, Germany, den 30. July 1946

Betrifft: Behandlung auslaend. Zivilarbeiter und Kriegsgefangener

Affidavit

von

Herrn Josef Reinhart, geboren 29.6.1899
in Sulzheim, Kreis Gerolzhofen,
wohnhaft in Memmelsdorf Krs. Ebern
Beruf: Maschinen-Ingenieur
z.Zt. Gerichtsgefängnis Nuernberg
being duly sworn depose and say:

I. Nach Durchsicht und Pruefung der vorliegenden eidesstattlichen Erklaerungen, die von ehemaligen Politischen Leitern aus den Internierungslagern zu dem oben genannten Anklagepunkt eingereicht wurden, stelle ich fest und bezeuge ich, dass mir

15.433 eidesstattliche Erklaerungen

zur Bearbeitung vorgelegen haben.

II. In den vorliegenden eidesstattlichen Erklaerungen haben

1. 9.243 Politische Leiter versichert, daß die Unterbringung der auslaendischen Arbeitskraefte in ordnungsmaessiger Weise erfolgte.
2. 11.421 Politische Leiter versichert, dass die auslaen-

dischen Arbeitskraefte entsprechend den Kriegsverhaeltnissen ordnungsgemaess verpflegt und bekleidet wurden, die Verpflegung in vielen Faellen durch Gewaehrung von Zuschlaegen sogar guenstiger geregelt war, als für deutsche Normalverbraucher,

3. 12.775 Politische Leiter versichert, dass die auslaendischen Arbeitskraefte von ihren Arbeit-

-- Seite 2 --

gebern gerecht und anstaendig behandelt wurden, einzeln vorgekommene Uebergriffe mit Strafen geahndet wurden, die aerztliche Versorgung, soziale und kulturelle Betreuung in der fuer deutsche Arbeiter allgemein uehlichen Weise geregelt war.

4. 179 Politische Leiter versichert, dass schwangere auslaendische Arbeiterinnen anstaendig behandelt und betreut wurden, und dass ferner in weitgehendster Weise fuer Woechnerinnen, Saeuglinge und Kleinkinder gesorgt wurde.

In zahlreichen Erklaerungen haben Politische Leiter hervorgehoben, dass die auslaendischen Arbeitskraefte

A. sich bei Luftangriffen durch freiwilligen Einsatz besonders auszeichneten,

B. nach der Kapitulation aus Dankbarkeit fuer gute Behandlung freiwillig weiterhin auf ihren Arbeitsplaetzen verblieben und ihre Arbeitgeber gegen Pluenderungen und Belaestigungen schuetzten.

Die oben angegebenen Tatsachen entsprechen der Wahrheit.

Ich versichere ausdruecklich, dass alle mir vorgelegten Erklaerungen ausgewertet und beruecksichtigt sind.

Josef Reinhart
Signature of Affidavit
Subscribed and sworn to before me this 30th day of July 1946 at Nuernberg, Germany.
Francis Alix. Capt. O-1180619
Name -- Grade -- ASN

I. KVETA LIKOVSKA being thoroughly conversent with both in English and German certify that I have acted as interpreter for this swearing.
Kveta Likovská

Und wie sah die Verwertung dieser Affidavits durch das US-Militärtribunal aus? Zumindest eine Teilantwort geht aus einem Briefwechsel des Archiv-Direktors **Dr. Solleder** mit dem Verteidiger, Rechtsanwalt **Gawlik** vom 7.8.1951 hervor:

"Unter dem vom Militärgericht als Makulatur ausgesonderten Altpapier haben wir die Originalaussagen der Angehörigen der SS und der Politischen Leitung aufgefunden und in das Staatsarchiv überführt. ..." [4)]

Vieles, was nicht mehr wiedergefunden wurde, dürfte auf diesem Wege der Vernichtung anheimgegeben worden sein. Nur durch einen weiteren Zufall konnten knapp 1.200 Eidesstattliche Erklärungen von Internierten aus dem Lager Darmstadt der Nachwelt dadurch erhalten werden, daß Skeptiker seinerzeit sogleich Abschriften angefertigt hatten, die sie später heimlich aus dem Lager hinausschmuggeln konnten. Weitere Unterlagen dieser und anderer Art dürften nach wie vor in den Geheimarchiven der USA lagern.

Zu diesen Aussagen, die das gesamte Reichsgebiet abdeckten, schrieb **Hans-Jürgen Witzsch** überzeugend:

"Der Wahrheitsgehalt dieser Einzelerklärungen, die erstmals systematisch ausgewertet wurden, ist aus folgenden Gründen außerordentlich hoch einzuschätzen: Zunächst handelt es sich dabei -- eine Ausnahme bei den alliierten Verfahren -- um Originale und nicht -- wie sonst üblich -- um Kopien. Damit ist eine Prüfung der Echtheit möglich, die hier klar gegeben ist. Die Glaubwürdigkeit der Inhalte ist deshalb sehr hoch einzuschätzen, weil es sich um eidesstattliche Erklärungen handelt, welche die im Gewahrsam der Sieger internierten P.L. abgegeben hahen, die bei einem Nachweis einer Falschaussage mit hohen Strafen rechnen mußten (im Gegensatz zu Belastungszeugen) und in der Haft von ihrer gewohnten Umwelt abgeschnitten waren. Die genauen Angaben über die örtlichen Verhältnisse konnten damals leicht nachgeprüft werden, ebenso die Bestätigung der als Zeugen benannten Fremdarbeiter, weil sich diese damals noch in großer Zahl in amerikanischen Lagern in Deutschland befanden.

Die Aussagen weisen außerdem die amtliche Bestätigung eines amerikanischen Offiziers auf und wurden im Lager Darmstadt Nr. 91 erstellt. ...

Im Gegensatz zu den KZ-Häftlingen und Kriegsgefangenen waren die Fremdarbeiter in der Regel freiwillig zur Arbeitsleistung ins Reich gekommen. Dies ergibt sich nicht nur aus den amtlichen Verlautbarungen, sondern auch aus der Bestätigung der mit ihrer Versorgung betrauten P.L. bzw. Amtswaltern der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und der Betroffenent. In den über 1.200 Aussagen findet sich nur in einer einzigen ein vager Hinweis auf einen erzwungenen Arbeitseinsatz, während alle übrigen, soweit sie diese Fragen aufgegriffen haben, in eindeutiger Weise auf die absolute Freiwilligkeit des Einsatzes der Fremdarbeiter verweisen. Immer wieder wird angemerkt, daß die erhoffte Arbeitsleistung nie von Zwangsarbeitern hätte erbracht werden können." [4)]

Um den Tenor der beeideten Aussagen wiederzugeben, seien hier vier herausgegriffen:

Regierungsrat **Fritz Neidhardt** (u.a. bestätigt von **K. Knöchel**, Gauamtsleiter für Volkstumsfragen im Gau Franken):

"Im Mitteilungsblatt des Hauptamts für Volkstumsfragen bei der Reichsleitung der NSDAP (...) stand (...) eine Anordnung über die Behandlung der fremdvölkischen Arbeitskräfte. In dieser Anordnung war verfügt, die fremdvölkischen Arbeitskräfte sind unter Wahrung der Würde des eigenen Volkes anständig und gerecht zu behandeln, damit sie nach ihrer Rückkehr in ihre Heimat gute Eindrücke vom deutschen Volk und seinen Einrichtungen mit nach Hause nehmen und in diesem Sinne ihre Volksangehörigen unterrichten sollten." [4)]

Arb. 9 CIE 91 DARMSTADT
III
den 10.Juni 1946

Eidesstattliche Erklärung

Ich, der Unterzeichnete: WAGNER (Name) Wilhelm (Vorname)

Int. Nr. 5 183105 Beruf: Professor f.Chirurgie letzter Wohnort: Halle/Saale

erkläre, auf die Bedeutung einer eidesstattlichen Erklärung hingewiesen, an Eidesstatt was folgt:

Es ist mir bekannt, daß die Abgabe einer falschen eidesstattlichen Erklärung strafbar ist und daß diese Erklärung beim Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg vorgelegt werden soll.

I. Ich war von 1935-1945 Gaudozentenführer an der Universität Halle (Gau Halle-Merseburg) und bin in meiner Eigenschaft als Direktor der Chirurg.Univ.Klinik oft mit kranken und verletzten ausländischen Zivilarbeitern- u. Arbeiterinnen in Berührung gekommen. Diese wurden in dergleichen Weise wie deutsche Kranke, ja ohne Trennung von diesen und unter Anwendung aller diagnostischen und therapeutischen Möglichkeiten untersucht, untergebracht, versorgt und behandelt. Schwierigere operative Eingriffe wurden auch an Ausländern von mir selbst ausgeführt. Diese unterschiedslose Behandlung ist bei der Entlassung fast von jedem Ausländer anerkannt worden...

Die vorstehende "Eidesstattliche Erklärung" wurde nach ordnungsmässiger Vereidigung von mir wiederholt und nochmals unterzeichnet.

Subscribed and sworn to before me this 25 th day of June 1946

MARTIN H. WEIK
INF.

15 JUIN

Eidesstattliche Erklärung von Prof. Dr. Wilhelm Wagner (P.L. 170)

Landrat **Recknagel** aus Schmalkalden:

"Als der Gauleiter Sauckel GBA (Generalbeauftragter für den Arbeitseinsatz) geworden war, hat er in jeder Dienstbesprechung in Weimar, an der sämtliche Dienstleiter und Landräte sowie höhere Staatsbeamte teilnahmen, stets eine gerechte und anständige Behandlung und Unterkunft der ausländischen Arbeiter zur Pflicht gemacht und verlangt, daß gegen Mißstände sofort einzugreifen sei oder, wenn keine Abstellung möglich sei, durch den Betreffenden ihm sofort zu berichten, damit er eingreife.

Als die Ostarbeiter in großer Zahl ankamen, erklärte er in einer Sitzung, daß unter keinen Umständen ein Ostarbeiter wegen eines Vergehens geschlagen werden dürfe, sondern der Betreffende müßte der Polizei übergeben werden zur Untersuchung. Er würde in jedem Fall, der ihm bekannt würde, daß ein Fremdarbeiter geschlagen wurde, strengste Bestrafung des Betreffenden, der geschlagen hat, veranlassen." [4]

Oberreichsbahnrat **Horn** aus Berlin:

"Daß sich die Leute im allgemeinen recht wohl fühlten, kann man daran erkennen, daß sich in den Bahnbetriebswerken Brandenburg, Potsdam und Tempelhof Ukrainer, Belgier und Holländer bereitfanden, nach dem ihnen zustehenden Heimaturlaub weitere Arbeitskräfte freiwillig mitzubringen." [4]

Bürgermeister **Kölsch** aus Stendal:

"Im Westfeldzug habe ich in Holland, Belgien und Frankreich oftmals den Wunsch der dortigen Bevölkerung gehört, in Deutschland arbeiten zu wollen. Im Ostfeldzug war der Andrang besonders im Kaukasus und Dongebiet größer als die dortige Nachfrage für ausländische Arbeitskräfte. Die zuständigen Arbeitsämter versuchten (...) einer schwarzen Einreise Einhalt zu gebieten, weil viele Personen heimlich auf Güterzügen oder mit Urlaubern pp. nach Deutschland über die Grenze verschwanden." [4]

Schon vor dem IMT in Nürnberg hat **Dr. Seidl** als Verteidiger am 11.7.1946 dargelegt:

"Es ist die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß auch jetzt noch hunderttausende ausländische Arbeitskräfte hier leben, die angeblich unter Zwang verschleppt wurden. Sie weigern sich jetzt, in ihre Heimat zurückzukehren, obwohl sie niemand daran hindert. Unter diesen Umständen muß angenommen werden, daß der Zwang nicht so groß und die Behandlung in Deutschland nicht so schlecht gewesen sein kann, wie von der Anklage behauptet wird." [10]

Immerhin betraf diese Aussage für Ende 1944 mehr als 8 Millionen ausländische zivile und kriegsgefangene Arbeitskräfte.[6) S. 223]

Hans-Jürgen Witzsch führte treffend über **Fritz Sauckel** aus:

"Obwohl es manchem P.L. nach dem Kriege sicher persönliche Vorteile gebracht hätte, wenn er in der eigenen bedrängten Lage als von den Alliierten Inhaftierter den für den Arbeitseinsatz verantwortlichen Gauleiter Sauckel (GBA) belastet hätte, findet sich in keiner einzigen Aussage etwas Nachteiliges. Ganz im Gegenteil werden der ständige Einsatz von Sauckel für eine möglichst gute Unterbringung und Versorgung der Fremdarbeiter und seine Warnungen vor harten Strafen bei Mißhandlungen von Fremdarbeitern in zahlreichen Erklärungen hervorgehoben. ...

Nur deshalb konnte im übrigen die Werbung für den Arbeitseinsatz in Deutschland in den besetzten Ländern einen derartigen Erfolg erreichen, daß zu Kriegsende mehr Arbeiter aus dem Ausland im Reich tätig waren, als dies heute der Fall ist.

Die Entlastung für Sauckel ist eindeutig. Seine Hinrichtung in Nürnberg muß heute als klarer politischer Justizmord beurteilt werden, weshalb seine posthume Rehabilitierung durch die verantwortlichen Mächte -- ähnlich wie die Aufhebung von Unrechtsurteilen der Sowjets im heutigen Rußland -- eine Selbstverständlichkeit sein sollte." [4]

10) IMT Bd. XVIII, S. 172 ff.



Unsere Stellungnahme zur Frage der Polen im Reich.



Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei hat im Auftrage des Reichsmarschalls Göring u. a. angeordnet, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen polnischen Volkstums das nebenstehende, in Originalgröße abgebildete Stoffabzeichen stets sichtbar auf der rechten Brustseite eines jeden Kleidungsstückes zu tragen haben. Das Abzeichen ist auf dem Kleidungsstück fest anzunähen.

Wir erleben heute die Entstehung unseres Volksreiches und sind uns darüber klar, daß in Zukunft fremdvölkische Elemente in großer Zahl innerhalb unseres Lebensraumes wohnen werden. Darüber hinaus sind durch den Einsatz polnischer Land- und Fabrikarbeiter aber auch im ganzen Reich völkische Fragen akut geworden. Das Volksreich kann nur dann ewigen Bestand haben, wenn jeder Deutsche in seiner Haltung volksbewußt auftritt und mit all diesen Fragen von sich aus fertig wird. Gesetze können das Zusammenleben nur unterstützend regeln. Das Wichtigste bleibt die gefühlsmäßige, sichere Haltung jedes einzelnen. Das gesamte Volk muß daher in ganz besonderem Maße über die Gefahren aufgeklärt werden, die das Zusammenleben mit fremdvölkischen Menschen mit sich bringt.

Deshalb ist es notwendig, bei jeder Gelegenheit aufklärend zu wirken, d. h. immer wieder auf die Greueltaten der Polen gegenüber unseren Volksdeutschen hinzuweisen und zur Vorsicht gegenüber den polnischen Arbeitern aufzufordern.

Deutsches Volk! Vergiß nie, daß die Greueltaten in Polen den Führer zwangen, mit seiner bewaffneten Wehrmacht unsere Volksdeutschen zu schützen! Der September 1939 hat auf volksdeutscher Seite in Polen 58 000 Opfer gefordert. Männer, Frauen und Kinder, wehrlose Greise und Kranke sind auf den Verschleppungsmärschen zu Tode gequält worden. In den Zuchthäusern der Polen haben deutsche Menschen Qualen ausstehen müssen, die in ihrer Rohheit nur von Untermenschen mit tierischer Veranlagung ausgedacht werden konnten. Tagelang ohne jegliche Nahrung, Stockschläge, Kolbenstöße, grundlose Erschießungen, Ausstechen von Augen, Vergewaltigungen, es gibt keine Gewalttat, die nicht verübt worden wäre. Einen jungen Menschen hat man mit Benzin übergossen und im Backofen verbrannt, auf einen Gütertransport Verschleppter hat man mit voller Gewalt eine Lokomotive fahren lassen. In einem Tümpel haben kürzlich badende Kinder 17 Leichen gefunden. Man könnte Tausende solcher Beispiele anführen.

Angehörige dieses Volkes sind jetzt zu uns als Land- und Fabrikarbeiter und Kriegsgefangene gekommen, weil wir ihre Arbeitskraft brauchen. Derjenige, der dienstlich mit ihnen zu tun hat, soll sich darüber klar sein, daß der Haß des Polen heute größer ist denn je, daß der Pole im Volkstumskampf weit größere Erfahrungen hat als wir, und daß er immer noch daran glaubt, mit Hilfe unserer Feindmächte ein neues, größeres Polen aufrichten zu können.

Die Unterwürfigkeit, die der Pole gegenüber dem deutschen Bauern zeigt, ist Hinterlist. Sein freundliches Wesen ist falsch. Vorsicht ist überall geboten, damit nicht dem Zusammenschluß der Polen und etwaiger Spionagetätigkeit Vorschub geleistet wird.

Vor allem gibt es keine Gemeinschaft irgendwelcher Art zwischen Deutschen und Polen. Deutscher, sei stolz und vergiß nicht, was das polnische Volk dir angetan hat! Wenn einer kommt und dir sagt, sein Pole sei anständig, so halte ihm entgegen: **Es kennt heute wieder jeder einen anständigen Polen, wie früher jeder einen anständigen Juden kannte!**

Es geht um unsere Volksgemeinschaft! Vor allem achtet darauf, daß nicht über den gemeinsamen Glauben Verbindungen angeknüpft werden. Unsere Bauern kennen den Volkstumskampf nicht und halten den Polen, der sie ständig mit „Gelobt sei Jesus Christus!" begrüßt, für einen anständigen Menschen und antworten ihm mit „In Ewigkeit, Amen!". Polen, die nur mit den Kleidern, die sie auf dem Leib hatten, ankamen, erhielten von ihren Bauern Wäsche und Kleidungsstücke. Sie haben sie dann an den Nachbarpolen verkauft und den Erlös in Tabak umgesetzt. Gruppen von Polen, die auf der Landstraße durch die Polizei auseinandergetrieben wurden, haben sich an der nächsten Straßenecke wieder zusammengefunden. Achtet darauf, ob die Polen lange Briefe nach Hause schreiben. Es sind aus Polen auf diese Briefe hin Lebensmittel geschickt worden, so daß man sich vorstellen kann, was der Pole nach Hause geschrieben hat. **Gebt ihm kein bares Geld in die Hand!** In einer Bauernfamilie, wo die Bäuerin in kurzer Zeit mit ihrem dritten Kind niederkommt, ist im Haus keine andere Hilfe als ein Polenmädchen vorhanden. Setzt in derartigen Fällen mit eurer Nachbarschaftshilfe ein!

Deutscher! Der Pole ist niemals dein Kamerad! Er steht u n t e r jedem deutschen Volksgenossen auf deinem Hof oder in deiner Fabrik. Sei, wie immer als Deutscher, gerecht, aber vergiß nie, daß du Angehöriger des **Herrenvolkes** bist!

Die deutsche Wehrmacht erkämpft uns den Frieden Europas. Wir sind für den Frieden im neuen, größeren Deutschland verantwortlich. Das Zusammenleben mit Menschen fremden Volkstums wird noch häufig zu völkischen Kraftproben führen, die du als Deutscher bestehen mußt.

Volksbund für das Deutschtum im Ausland
Gauverband Berlin
W 30, Motzstraße 46

Flugblatt des VdA (Volksbund für das Deutschtum im Ausland) aus dem Jahre 1940. Es ist geprägt von dem noch unmittelbaren Erleben der grauenhaften Ereignisse, die die bestialischen Morde und Quälereien an den Volksdeutschen unmittelbar vor und insbesondere nach Beginn des Krieges mit Polen betrafen, von denen der Bromberger "Blutsonntag" am 3. September 1939 mit über 5.000 Toten nur ein Teilausschnitt war.

Diese Erfahrungen waren es, die den Begriff "Untermenschen" prägten und den nach wie vor in ganz anderen Lebensgewohnheiten befangenen Deutschen, vor allem der nur wenig schützbaren Bevölkerung auf dem Lande im Osten bewußt machen sollte, dieses Geschehen in Erinnerung zu behalten und darauf zu achten, daß sie in dem noch nicht beendeten Krieg die Herren ihres Landes sind. Der hier verwendete Begriff des "Herrenvolkes" konnte in diesem Zusammenhang keinen anderen Sinn haben als ein Distanzbewußtsein zu mutmaßlich nach wie vor feindlich gesinnten Ausländern -- in diesem Fall Polen -- wach zu halten. Alle anderen kriegführenden Nationen verwendeten in Kriegszeiten analoge Begriffe und Maßnahmen.

Das hat nichts mit aggressiver Rassenideologie und Ausrottungsabsichten zu tun, sondern, wie hier, mit Selbstschutz. Der schon 1939 einsetzende, aber erst nach Beginn des Rußlandfeldzuges 1941 mit aller Heimtücke und grausamsten Methoden durchgeführte alliierte Partisanenkrieg, über den sowjetische Experten berichten, daß ihm mehr als 500.000 Deutsche zum Opfer gefallen seien, beweist, wie notwendig es war, die sorglosen und vertrauensseligen Deutschen vor heimtückischen Kampfesweisen der Kriegsgegner zu warnen.

Bei alledem bleibt beachtlich, daß die Deutschen aufgerufen worden waren, auch gegenüber solchen Ausländern *"immer gerecht"* zu sein.

Oberregierungsmedizinalrat Dr. med. H. Kayser, Leitender Arzt beim Gauarbeitsamt Pommern, Stettin

Ärztliche Erfahrungen bei der Planung, dem Bau und Betrieb von Durchgangslagern für ausländische Arbeitskräfte[11]

"Der sich ständig vergrößernde Einsatz im Reich veranlaßte den Reichsarbeitsminister im November 1941 für jedes Landesarbeitsamt die Anlage der erforderlichen Durchgangslager anzuordnen. Schon die grundlegende Anweisung vom 18. November 1941 war unter Mitwirkung des ärztlichen Dienstes herausgegeben, und der Erlaß vom 24. Dezember 1941 -- I c 1610/109 -- machte es den Präsidenten der Landesarbeitsämter zur Pflicht, bei der Errichtung der Durchgangslager neben dem Liegenschaftsreferat und der Abteilung für Arbeitseinsatz auch den Leitenden Arzt des Landesarbeitsamtes bei den ganzen Verhandlungen jeweils laufend und auf schnellstem Wege zu beteiligen. ...

Die Anordnung Nr 3/42 des Reichsgesundheitsführers, die dem Runderlaß des Reichsministeriums des Innern vom 13. Februar 1942 -- IV g 3300/42 -- Anweisung zur Bekämpfung des Fleckfiebers -- zugrundelag, legte der Arbeitseinsatzverwaltung die bindende Verpflichtung auf, aus ihren Durchgangslagern nur einwandfrei entlauste ausländische Arbeitskräfte zu entlassen. Der angezogene Erlaß besagte, daß es eine Quarantäne im alten Sinne nicht mehr gibt. Wenn eine Fernhaltung von ansteckungsverdächtigen Zivilarbeitern von der Arbeitsstätte für eine gewisse Zeitspanne in der Regel nicht für erforderlich gehalten wird, so setzt dies voraus, daß eine einwandfrei arbeitende Entlausung vorangegangen sein muß. ...

Durchgangslager mußten in der Nähe der Bahn errichtet werden, damit der Weg zur Ausladestelle und Lager möglichst klein ist. Es war u.U. damit zu rechnen, daß während der langen Fahrt Erkrankungen auftreten und es dann den Erkrankten möglichst erleichtert werden mußte, in das Lager zu gelangen. Heute, wo die Transporte mit großen Gepäckmengen ankommen, erweist sich die Nähe der Bahn für ein Lager als äußerst günstig.

Die Unterteilung des Lagers in eine unreine und eine reine Seite stand bei der Planung fest. Nach den Erfahrungen der Kriegsgefangenen-Stammlager mußte aber darauf geachtet werden, daß die unreine und die reine Seite durch einen möglichst weiten, durch Drahtzaun abgesperrten Zwischenraum getrennt sind, damit es den Lagerinsassen unmöglich wird, unentlauste Kleidungsstücke unbemerkt von der unreinen auf die reine Seite zu schaffen. ...

Wenn der Transport im unreinen Teil untergebracht ist, muß sichergestellt sein, daß mit möglichster Beschleunigung ein warmes Essen ausgegeben wird . ... Es hat sich als praktisch erwiesen, Essen in großen Warmhaltegefäßen unmittelbar in die einzelnen Baracken der unreinen Seite zu schaffen. ...

Die festgestellten Kranken gehen als erste durch die Entlausung und werden dann der Krankenstation des Durchgangslagers zugeführt, wobei die Infektionskranken der Absonderungsabteilung und die übrigen Kranken der allgemeinen Krankenabteilung überwiesen werden. Haben nun die Beobachtungen ergeben, daß bei den festgestellten Kranken der Verdacht auf Fleckfieber besteht, so ist an sich der ganze Transport als verdächtig anzusehen und in besondere ärztliche Betreuung zu nehmen. ...

Die in der letzten Zeit hereingekommenen Transporte enthalten neben den Zivilarbeitern vielfach erhebliche Mengen Gepäck. Die Zivilarbeiter bringen vielfach ihre gesamte Habe, Kleiderschrank, Nähmaschine, Grammophon, Geflügel und größere Haustiere mit. Deswegen erwächst dem Arzt des Durchgangslagers eine besondere Verantwortung, vor allem in bezug auf eine ordnungsgemäße Gepäckentwesung. Um zu verhüten, daß durch die Tiere Krankheiten eingeschleppt werden, ist hierbei sogar die Einschaltung der Veterinärpolizei erforderlich.

Die Gepäckmengen bringen es mit sich, daß die errechneten Zahlen der mit der gesamten Entlausungsanlage in einer bestimmten Stundenzahl zu schaffenden Entlausungen nicht mehr zu erreichen sind. Andererseits ist es ärztlich nicht vertretbar, bei der Gepäckentwesung oberflächlich zu verfahren und sich mit einem Auswischen von Koffern usw., mit einer mehr oder weniger starken Desinfektionslösung zu begnügen. Es müssen daher Wege beschritten werden, neben der Heißluftentlausung ein ebenso wirksames Gepäckentlausungsverfahren für alle die Gepäckstücke durchzuführen, die nicht der Heißluft ausgesetzt werden können.

Hier haben sich besondere Gasgemische bewährt. Neben der Blausäure kommen das von der Wehrmacht viel benutzte Ventox-Illo-Gas u.a. in Betracht. Durch Anbau von etwa zwei Gaskammern an eine Heißluftentlausungsanlage von 6 Kammern ist es möglich, neben 12 Wagen mit Kleidungsstücken, die durch die Heißluftkammer gehen, zusätzlich 8 Wagen mit großem Gepäck durch die Gaskammern laufen zu lassen, wobei allerdings zu beachten ist, daß Gase der erwähnten Art zur Durchführung einer einwandfreien Entwesung länger einwirken müssen als Heißluft, besonders, wenn man auch anderes Ungeziefer, wie z.B. Wanzen, vertilgen will. Es ist deswegen zweckmäßig, wenn mit der Vergasung des Gepäcks bereits begonnen wird, bevor die Heißluftkammern ihren Betrieb aufnehmen. Da die Laus bei einer Temperatur von etwa 25 Grad am tiefsten atmet, ist es zweckmäßig, in den Gaskammern Öfen anzuordnen, die die Einhaltung einer solchen Temperatur sicherstellen. Den geringsten Raumbedarf haben dabei sogenannte estnische Öfen, die an einer Wand der Gaskammer

11) Arbeitseinsatz und Arbeitslosenhilfe, Jahrgang 1943, Heft 21/24. -- In den vorliegenden Ausführungen sind die Fragen nur gestreift, die in der Arbeit des Leitenden Arztes, Oberregierungsmedizinalrats Dr. Franz Puntigam "Hygienische Gesichtspunkte bei der Auswahl für ein zu errichtendes Durchgangslager mit Entlausungseinrichtungen für ausländische Arbeitskräfte", Arbeitseinsatz und Arbeitslosenhilfe Heft 3/6 1942 ausführlich dargestellt sind. Auf diesen Aufsatz wird deshalb ergänzend verwiesen.

Behandlung und Verpflegung von vornherein einwandfrei sind. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, die anfänglich teilweise behelfsmäßig ausgestatteten Durchgangslager reichlicher auszustatten. ...

Das Lager selbst (inzwischen gibt es 46 große leistungsfähige DI) hat fast überall durch Grünanlagen ein ansprechendes Äußeres erhalten. ...

Die Verwendung von Stacheldrahtumzäunung ist untersagt. Dagegen hat sich die Anwendung einer etwa mannshohen festen Maschendraht- oder Palisadenumzäunung als zweckmäßig erwiesen, um die Ausländer im Lager vor dem Zutritt von Unbefugten sowie vor Diebstählen zu schützen.

Soweit die Ausländer aus Gebieten kommen, die durch ansteckende Krankheiten verseucht sind, werden sie aus gesundheitspolizeilichen Gründen zunächst in den sogenannten unreinen Teil des Lagers geführt. Dieser ist vom reinen Teil durch einen doppelten (Zwischenraum 3 - 4 m) mannshohen Maschendrahtzaun getrennt. ...

Eine Überbelegung der Wohnräume ist unter allen Umständen zu vermeiden. ... Die Einrichtung der Wohnbaracken ist einfach und zweckentsprechend. Sie besteht in der Regel aus Einzelpritschen (nicht mehr als 2 übereinander) mit Strohsäkken und Kopfpolstern, Tischen, Schemeln und Öfen. In der wärmeren Jahreszeit sind je Person eine, in der kälteren Jahreszeit je Person 2 Wolldecken auszugeben. ... Die Wolldecken und Strohsäcke werden in regelmäßigen Abständen entwest.. ...

Der Zustand der Küche sowie Menge und Güte der Verpflegung, die sie liefert, sind ausschlaggebend für das Wohlbefinden der Ausländer im Lager. Wohl sind die Möglichkeiten einer den Gewohnheiten der einzelnen Nationen angepaßten Verpflegung während des Krieges vermindert. Es wird jedoch trotzdem möglich sein, in gewissem Rahmen auf diese Gewohnheiten Rücksicht zu nehmen, z.B. durch die Art, wie die Speisen zubereitet und gewürzt werden. Die Einstellung fremdvölkischer Köche hat sich in diesem Sinne bewährt. Es ist selbstverständlich, daß die Küche mit neuzeitlichen Kesseln, Herden und Kühlanlagen ausgestattet ist. ... Die Lagerleitung, aber auch der Lagerarzt überprüfen regelmäßig das Essen auf Schmackhaftigkeit, Bekömmlichkeit und Menge. ...

Der Schutz der Lagerinsassen bei Fliegerangriffen wird durch eine genügende Anzahl gedeckter Splitterschutzgräben nach Möglichkeit gewährleistet, deren Aufsuchen bei Fliegeralarm jedermann zur Pflicht gemacht wird. ...

Neben den Maßnahmen der Gesundheitsführung ist die wichtigste Aufgabe der Durchgangslager die Vorbereitung des beruflichen Arbeitseinsatzes. ... Diese Aufgabe ist um so bedeutsamer, als die Masse der angeworbenen Ausländer beim Eintreffen im Durchgangslager noch keine Arbeitsverträge für bestimmte Betriebe im Reich besitzt. Es muß daher eine sorgfältige arbeitseinsatzmäßige Überprüfung jedes einzelnen Ausländers stattfinden, um festzustellen, welchem Arbeitsplatz er entsprechend seinem beruflichen Werdegang und seinen Fähigkeiten zur Erzielung einer vollen Leistung im Interesse der deutschen Rüstungs- und Ernährungswirtschaft zugeführt werden muß. ...

In der Regel darf ein Transport nicht länger als 2 - 4 Tage für die Durchschleusung benötigen. Längerer Lageraufenthalt ist in einer Bemerkungsspalte zu erläutern. ...

Durch rasche und sachgemäße Durchschleusung und verständnisvolle Behandlung der eintreffenden Arbeitskräfte erfüllen die Durchgangslager ihre Aufgabe im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft."

Die sowjetischen Kriegsgefangenen

Weltherrschaft.

3. Die rassisch bedingte Weltherrschaft über den Globus wird errichtet." S. 25

"Bewiesen" wird das -- abgesehen von Hinweisen auf Geschichtsschreiber seines Schlages -- mit *"Hitlers Bauplan einer megalomanen großen Halle, die mit einem Reichsadler bekrönt ist, der die Weltkugel in seinen Fängen hielt"*, -- frei nach "ghost writer" Joachim Fest, von Albert Speer's "Erinnerungen". Gesehen hat das niemand.

In Fortsetzung hiermit fabuliert Streit beweislos,

"die NS-Führung hatte den Gesamtkrieg, der zugleich der »eigentliche« Krieg war, seit den zwanziger Jahren angestrebt." S 26 Wenige Zeilen zuvor schrieb er noch, Hitler habe im Dezember 1940 den »improvisierten Kriegsplan« beschlossen, *"der in Abänderung der ursprünglichen Konzeption den sofortigen Krieg gegen die Sowjetunion vorsah".*





Was für den deutschen Soldaten von Anfang an zur Grundhaltung gehörte, stellte sich bei der Roten Armee erst im Jahre 1942 nach und nach ein, wenngleich ein deutscher Landser bis Kriegsende außerordentliches Glück haben mußte, nicht schon der ersten Rache oder zehnjährigem Arbeitslager zum Opfer zu fallen.

Daß der Rußlandfeldzug nachgewiesenermaßen ein Präventivkrieg war,[13] gilt für Christian Streit als *"alte Propagandaformel"*.S 26 Einen Beweis dafür braucht er nicht. -- Dabei war die Sachlage unzweideutig: Hitler war dem sowjetischen Diktator um 8 Tage zuvorgekommen. Er hatte seine Planung erst nach massiven Beweisen für die Konzentrierung weit überlegener Kräfte der Roten Armee "in den westlichen Grenzbezirken der Sowjetunion", nach Annektierung der Baltenstaaten und Ostrumäniens sowie weiterer Expansionsforderungen Stalins und auch sonstigen Beweisen für dessen Vernichtungsabsichten gegenüber der europäischen Staatenwelt mit äußerstem Widerwillen und geradezu in Verzweiflung vor der Gefahr eines Zweifrontenkrieges aufgenommen,

Genau diese Methode der Geschichtsverfälschung ist es, mit der er aussagt:

"Das Schicksal dieser (sowjetischen) Gefangenen steht offenkundig im Gesamtzusammenhang nationalsozialistischer Ausrottungspolitik." S 10

Dabei stört ihn nicht, wenn er selbst schreibt, daß deutscherseits vor Beginn des Rußlandfeldzuges

"überhaupt keine Vorbereitungen für die Behandlung von Kriegsgefangenen getroffen waren", S 14

"Die nationalsozialistische Führung hatte zunächst anscheinend keinerlei konkrete Pläne mit den sowjetischen Gefangenen.

Eine Ausnahme bildete der pauschal angeordnete Arbeitseinsatz im Rahmen der militärischen Operationen im Osten, doch richteten sich die dabei im einzelnen befohlenen Verwendungen nach ad hoc auftretenden Forderungen. Ganz allgemein stand für die NS-Führung aber von Anfang an fest, daß diese Gefangenen ebenso wie die sowjetische Zivilbevölkerung als Arbeitssklaven für den »Aufbau im Osten» anzusehen waren.

Hitler beschäftigte sich mit dieser Frage, was mit den sowjetischen Gefangenen im einzelnen geschehen solle, anscheinend erst näher, als Mitte Oktober 1941 ihre Zahl 3 Millionen überschritten hatte." S. 196

"Die grundlegenden Entscheidungen über die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen waren bereits Monate vor dem Angriff gefallen." S. 224

"Direkte Einflußnahme Hitlers auf das Schicksal der sowjetischen Gefangenen sind aus zeitgenössischen Quellen nahezu nicht nachweisbar." S 296

(Mit 3 Ausnahmen: Juli 1941. sowj. Kgf. aus dem Reichsgebiet fernzuhalten; Okt. 1941, sie doch im Reichsgebiet einzusetzen; März 1942, ihre Ernährung aufzubessern.)

"Noch schwerer wiegt, daß von den primär mit den Kriegsgefangenen befaßten Stellen Akten nur in sehr beschränktem Maße vorhanden sind. Die Akten der Abt. Kriegsgefangene (ab 1942: Chef des Kriegsgefangenenwesens) im Allgemeinen Wehrmachtsamt des OKW sind, soweit feststellbar, nicht erhalten." S 18

Dagegen seien nahezu alle bedeutsamen Verfügungen dieser Stellen in anderen Aktenbeständen aufgefunden worden. Diese Verfügungen enthalten indessen **keine** "Ausrottungstendenzen", was allerdings Herr Streit verschweigt. Dagegen vermerkt er:

13) Viktor Suworow, "Der Eisbrecher -- Hitler in Stalins Kalkül", Stuttgart 1989 + "Der Tag M", Stuttgart 1995 + "Stalins verhinderter Erstschlag", Stuttgart +
Joachim Hoffmann, "Stalins Vernichtungskrieg", München 1995 +
Fritz Becker, "Stalins Blutspur durch Europa", Kiel 1995 -- um nur die wichtigsten Werke neueren Datums zu diesem Thema zu erwähnen.

"Bei seinen Plänen mit den sowjetischen Gefangenen im Oktober 1941 setzte Hitler voraus, daß »die 3 Millionen Gefangenen« am Leben bleiben würden, da er sie als Arbeitssklaven verwenden wollte. Es muß also angenommen werden, daß Hitler die gewaltsame Dezimierung der Gefangenen im großen Stil nicht gefordert hatte, und daß er über das Schicksal der Gefangenen, deren tägliche Sterbeziffer zum Zeitpunkt dieser Entscheidung zwischen 1 und 2 % lag, nicht informiert war.

*Die Äußerung **Speer** gegenüber scheint zu belegen, daß auch Hitler sachrationalen Argumenten zugänglich war und keineswegs ausschließlich von einem starren Dogmatismus beherrscht war."* [S 297]

Dennoch sei

"noch vor dem Angriff zum ideologischen Vernichtungskrieg" "die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen auf eine qualitativ andere Basis gestellt" worden, weil "die NS-Führung von vornherein die Bestimmungen des Völkerrechts beiseitegeschoben habe". [S 24]

"*Verbrecherische Befehle*"

Später wird hierzu auf den Barbarossa- und Kommissar-Befehl Hitlers oder auch auf den weiteren *"verbrecherischen Befehl"* über die Kriegsgerichtsbarkeit im "Barbarossa"-Gebiet vom 13.5.1941 Bezug genommen. Freilich fehlen Hinweise darauf, daß diese Befehle auf klare, in Berlin bereits bekanntgewesene, sowjetische Ausrottungsbefehle an die politischen Kommissare gegenüber Angehörigen der deutschen militärischen und politischen Intelligenz, speziell auch Polizei sowie auf die Tatsache zurückzuführen waren, daß die Sowjetunion die Haager Landkriegsordnung von 1907 und die Genfer Konventionen von 1929 über die Behandlung von Kriegsgefangenen nicht unterschrieben, also nicht anerkannt hatte. Auch hatte man in Berlin seit dem russischen Bürgerkrieg 1918, dem spanischen 1936 - 1939 sowie dem Verhalten der Bolschewisten in Ostpolen, im Krieg gegen Finnland 1939/1940 und anläßlich der Besetzung von Estland, Lettland, Litauen sowie Ostrumänien ausreichend Erfahrung, um zu ermessen, wie sich die Rote Armee im Kriegsfall gegen Deutschland aufführen würde. Die Wehrmacht mußte von vornherein mit völkerrechtswidriger Kampfesweise rechnen. Und genau dies war sofort am 22. Juni 1941 eingetreten.



Lettische Polizeitruppe im Einsatz an deutscher Seite gegen die kommunistischen Partisanen bei Tschernigow 1942

Das militärgeschichtliche Forschungsamt bestätigte:

"Bereits in den ersten Kriegstagen war den NKWD-Truppen die Ausführung von Vernichtungsbefehlen in großem Maßstab übertragen worden. Stalin hatte gleich anfangs die sofortige Erschießung aller der Spionage verdächtigten Personen im ganzen Gebiet der Sowjetunion und zum anderen die umgehende Verhaftung der politisch Unzuverlässigen angeordnet. Etwa 2 Millionen Menschen sollen von der letztgenannten Maßnahme betroffen worden sein. Politische Gefangene in den von den deutschen und verbündeten Truppen bedrohten Gebieten, d.h. zunächst in den baltischen Staaten, in Ostpolen, Ostrumänien, bald auch in Weißrußland und der Ukraine, sollten auf besondere Weisung Stalins hin erschossen werden, bevor sie dem Gegner in die Hände fielen.

In Konsequenz dieser Anordnung setzten bereits in den ersten Kriegstagen Massenerschießungen in den überfüllten Gefängnissen und Lagern der Westgebiete ein. ... Massenerschießungen fanden aber auch im tiefen Hinterland statt. ... Allein in der Ukraine sind nach Feststellung des Untersuchungsausschusses des US-Kongresses unter Vorsitz von Charles Kersten 80.000 bis 100.000 politische Gefangene vor dem Einmarsch der Deutschen und Verbündeten von Organen des NKWD erschossen worden ...

Stalin und die Führung der Sowjetunion haben durch ihre Maßnahmen praktisch vom ersten Kriegstage an zu erkennen gegeben, daß die bewaffnete Auseinandersetzung mit Deutschland für sie einen, gemessen an den vorangegangenen europäischen Nationalkriegen, völlig andersartigen Charakter trug." [14) S. 781 - 782]

Die "verbrecherischen Befehle Hitlers" waren in den Prozessen Fall 7 (Südost-Generale) und 12 (OKW) des US-Militärtribunals in Nürnberg 1947 geprüft worden: sie waren völkerrechtskonform, -- mit Ausnahme des Kommissarbefehls sowie einer Bestimmung des Kriegsgerichtsbarkeits-Erlasses, derzufolge verdächtige Freischärler ohne Kriegsgerichtsverfahren auf Befehl eines Offiziers gleichermaßen erschossen werden durften wie auf frischer Tat überführte.

Das US-Militärtribunal bescheinigte der Wehrmacht -- im Gegensatz zu den SD-Einheiten, deren Geheimverhalten vermerkt wurde -- sogar, hochdiszipliniert gewesen zu sein und Übergriffe gegenüber der Zivilbevölkerung streng geahndet zu haben. Von einer *"Entscheidung, einen großen Teil der sowjetischen Gefangenen erschießen zu lassen"*, wie Chr. Streit beweislos

14) Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), "Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg", Stuttgart 1983, Bd. 4.

behauptet,[S 298] wußte es nichts. Dagegen war diesem Tribunal bekannt, daß das OKW den Kommissar-Befehl mißbilligt, weitgehend umgangen, und der Oberbefehlshaber des Heeres Generaloberst **Walther v. Brauchitsch** ihn auf den politischen Kommissar eingeschränkt hat,

"der nachweislich durch eine besonders erkennbare Handlung oder Haltung sich gegen die deutsche Wehrmacht stellt oder stellen will." [14) S 438].

Den Kommissar-Befehl -- *"der Anstoß hierzu kam, soweit erkennbar, allein aus dem OKH"*[S 299] -- hat Hitler am 6. Mai 1942 *"praktisch aufgehoben"*. [S 254]

"Bei der Entscheidung, alle »untragbaren« Gefangenen zu liquidieren und dazu Einsatzkommandos des SD einzusetzen, ist schließlich eine Einflußnahme Hitlers überhaupt nicht nachweisbar." [S. 299]

Bekanntlich soll SS-Obergruppenführer **Reinhard Heydrich** den Führern der Einsatzgruppen und -kommandos im Juni 1941 einen solchen *"verbrecherischen Befehl"* **mündlich** erteilt haben.[14) S 426] Doch selbst hier widersprechen andere Historiker, z.B. Alfred Streim, der einen solchen **mündlichen** Befehl auf mehrere Wochen nach Ausbruch des Rußlandfeldzuges verlegt.[15)] Die Beweislage blieb auch hier ungeklärt, weil sie ebenso wie im anderen Fall auf Zeugenaussagen zurückführt, die unter Zwang und Lebensbedrohung zustandegebracht worden sind.

Chr. Streit führt *"die Probevergasung"* von 900 sowj. Kgf. im Herbst 1941 in Auschwitz mit Zyklon-B als *"von Anfang an"* vorhandenes *"Symptom"* für die Behandlung sowj. Gefangener aus *"Prinzipien der NS-Ideologie"* an. Er "beweist" diese Behauptung ausschließlich mit den "Aussagen" von **Rudolf Höss** in dem Buch "Kommandant in Auschwitz". Das Manuskript dieses Buches haben die kommunistischen Polen dem Institut für Zeitgeschichte in München 5 Jahre nach Hinrichtung von Rudolf Höss zugestellt.[16)] Eine "beeindruckende Beweisführung", zumal jeder Halbgebildete bereits weiß, mit welchen Fälschungsmethoden die Kommunisten ihre Staaten durchsetzt und ihre Bevölkerungen zu unablässigen Lügen gezwungen hatten.[S 25]

"*Ausrottungs-Ziele*"

Hitlers *"Ausrottungs"*-Ziel gab -- Christian Streit zufolge -- *"von Anfang an dem Krieg im Osten"* seinen *"Charakter"*.

"Massenmorde, Erschießung von Hunderttausenden politisch und rassisch untragbarer Kriegsgefangener, die bewußte Inkaufnahme des Hungertodes von Millionen von Kriegsgefangenen und Zivilisten als Folge einer gnadenlosen Ausbeutung des Landes; und schließlich die Führung eines brutalen Vernichtungskrieges gegen die bald entstehende Partisanenbewegung". [S 21]

Oder noch einmal an anderer Stelle:

"Das weitere Ziel der Dezimierung der sowjetischen Bevölkerung hatte überdies eine von Anfang an bewußt mit Vernichtungsabsicht gegenüber der slawischen Bevölkerung geführte »Partisanenbekämpfung« zur Folge -- noch bevor die Partisanenbewegung eigentlich entstanden war." [S 27]

"Bewiesen" werden die Aussagen beider Zitate und wiederholend bei der später zu behandelnden Ablehnung "sowjetischer Angebote zur Respektierung der Haager Landkriegsordnung" von 1907 [S 228] mit **"Hitlers Geheimrede" in seinem Hauptquartier am 16. Juli 1941 laut "Vermerk von Martin Bormann"**. Dieses **"Dokument L-221"**[17)] ist in ***Historische Tatsachen*** Nr. 82 S. 24 ff eingehend analysiert und als Fälschung identifiziert worden. Doch Quellenkritik hat Christian Streit bei "Dokumenten", die gegen Deutschland, die Wehrmacht oder die SS aussagen, nirgendwo vorgenommen!

Zu beachten bliebe auch hier die typische Formulierung Streit's von der harmlos klingenden *"entstehenden Partisanenbewegung"*, der mit einem *"brutalen Vernichtungskrieg"* begegnet wurde. Als ob Streitkräfte anderer Nationen jemals auf einen grausamst geführten Partisanenkrieg und überhaupt einen Krieg, in dem den gegnerischen Truppen befohlen war, keine Gefangenen zu machen, mit Samthandschuhen und der Bibel in der Hand reagieren könnten!

Daß **Stalin** sogleich zu Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges solche Befehle erlassen hatte, bestätigt sogar Chr. Streit in einer Fußnote, wenngleich er sie nicht Stalin, sondern untergeordneten Kommandeuren anlastete. So habe nicht Stalin, sondern "der Chef der polit. Abt. der sowj. 9. Kav. Div." gefordert, **deutsche Gefangene nicht sogleich zu töten, sondern sie *"zunächst zur Vernehmung den höheren Stäben vorzuführen"* und**

"den Truppen klarzumachen, daß ohnehin keiner der Eindringlinge unser Land lebend verlassen werde." [S 400 Fn 24 + 18)]

In welche Groteske sich Christian Streit hineinzusteigern beliebt, zeigt sich u.a. an seiner geradezu bösartigen Unterstellung,

"der NS-Führung sei es höchst willkommen gewesen, den Widerstand der sowjetischen Truppen von Anfang an bis zum Äußersten zu steigern und die Kampfesweise zu brutalisieren, um die Bereitschaft der deutschen Soldaten zur Befolgung der verbrecherischen Befehle zu erhöhen".[S 83]

Man vergleiche hierzu die abschließend erwähnten

15) Alfred Streim, "Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im Fall Barbarossa -- Eine Dokumentation. Unter Berücksichtigung der Unterlagen deutscher Strafvollzugsbehörden und der Materialien der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen", Heidelberg - Karlsruhe 1981, S. 82 ff.

16) Vgl. *Historische Tatsachen (HT)* Nr. 34, S. 12 - 14; -- *"Ich hätte alles unterschrieben"*.

17) IMT Bd. 38, S. 86 - 94.

18) Bundesarchiv: RW 5/v. 506, Bll. 17, 28, 64.

genau gegenteiligen Befehle des OKW, sich von dem bestialischen Vorgehen der Roten Armee nicht provozieren zu lassen.

Die unter solchen Prämissen zusammengestellten Ausführungen, Zahlen, Schuldzuweisungen sind entsprechend einzustufen. Zweifellos verwendet Streit auch viel richtiges Material, doch belegt eine solche Grundsatzhaltung, daß er ohne die geringste moralische Hemmung beliebig Unrichtigkeiten verwendet, was es dem Leser, der ja nicht alle Quellen studieren, geschweige denn hinterfragen kann, außerordentlich erschwert, bei den angeführten Details Richtiges von Falschem zu unterscheiden.

Gleichermaßen wichtig ist aber auch das Verschweigen wichtigster Zusammenhänge, die er mit Sicherheit kennt, führt er doch in seinem Literturverzeichnis u.a. auch das zwar durchaus informative, aber keineswegs als objektiv zu bezeichnende Buch von **Alexander Dallin** "Deutschlands Herrschaft in Rußland 1941 - 1945" an, in dem dieser als Folge des deutschen "Ostackerprogramms" ausführte:

"Von dem etwa 1 Million qkm großen und von über 65 Millionen Menschen bewohnten besetzten Gebiet wurden von den Deutschen zu keiner Zeit mehr als als die Hälfte ausgebeutet. ...

In den 3 Beatzungsjahren wurden insgesamt 15.000 Waggons landwirtschaftliche Geräte und Maschinen im Wert von etwa 172 Millionen Mark in den Osten gesandt, u.a. 7.000 Traktoren, 20.000 Generatoren, 250.000 Stahlpflüge und 3 Millionen Sensen. Darüber hinaus gingen mehrere Tausend Ochsen, Kühe, Schweine und Zuchthengste zur Auffüllung des Viehbestandes in den Osten." [19]

Der Wiederaufbau von den Sowjets mutwillig zerstörter Kraftwerke, Zechen, Produktionsstätten aller Art, des Verkehrsnetzes hat unwahrscheinlich hohe, im einzelnen nicht spezifierbare deutsche Investitionen erfordert, auch Handelslieferungen aus dem Reich in Höhe von 535 Millionen RM wären hinzuzuzählen, für die freilich auch Gegenleistungen in Höhe von 725 Millionen erbracht waren.[20] Diese hätte eine räuberische Besatzungsmacht freilich auch als "Beutegut" aan sich reißen können.

Die von Chr. Streit wiedergegebenen Zahlen der in den großen Kesselschlachten 1941 in Gefangenschaft geratenen Rotarmisten sind zweifellos richtig, sie waren seinerzeit in den Wehrmachtsberichten bereits genannt:

9.7.1941 Bialystok/Minsk	= 323.000
Anfang August Uman	= 103.000
5.8.1941 Smolensk/Roslavl	= 348.000
20.8.1941 Gomel	= 50.000
23.8.1941 Ilmensee	= 18.000
Ende August 1941 Velikije Luki	= 30.000
4.9.1941 Estland	= 11.000
Mitte September 1941 Demjansk	= 35.000
26.9.1941 Kiew	= 665.000
Ende September 1941 Luga/Leningrad	= 20.000
10.10.1941 Melitopol/Berdjansk	= 100.000
14.10.1941 Wjasma/Briansk	= 662.000
16.11.1941 Kertsch	= 100.000
	===========
insgesamt S 83	2.465.000

Deutscherseits ist nie bestritten worden, daß die Wehrmacht auf eine solch ungeheure Zahl von Gegnern allgemein und somit auch Kriegsgefangenen, zumal schon kurz nach Beginn des Feldzuges, nicht vorbereitet war.

Stalins Befehl von der "verbrannten Erde" am 3. Juli 1941 -- alle Lebensmöglichkeiten auch für die eigene, hinter die deutschen Linien geratene Bevölkerung zu vernichten (Lebensmittel, Maschinen, Gebäude, Kraftwerke, Schienennetz, Brunnen usw.) --, hat die Wehrmacht zudem außerordentlich behindert, Hilfsquellen des Landes für die Versorgung der Kgf. sowie der Städte zu mobilisieren. Schlamm und Kälte bis schließlich zu 40 Grad ließen Bemühungen zur Wiederherstellung der Verkehrswege nahezu völlig zusammenbrechen. Immerhin war mit der Vorbereitung von Winterunterkünften für die Kgf. bereits Mitte September 1941 begonnen worden, -- vor den großen Kesselschlachten von Kiew, Wjasma und Briansk.S 175

Deutsche Heerführer spezifizierten übereinstimmend die Gründe für die auch ihnen erschreckend erscheinenden Konsequenzen der Kriegsfolgen. So erklärte Generaloberst **Alfred Jodl**, Chef des Wehrmachtführungsstabes, vor dem IMT in Nürnberg:

"Die eingeschlossenen russischen Armeen hatten einen fanatischen Widerstand geleistet, und zwar bereits die letzten 8 bis 10 Tage ohne jegliche Verpflegung. Sie hatten buchstäblich von Baumrinden und Wurzeln gelebt, denn sie hatten sich in die ungangbarsten Waldgebiete zurückgezogen und fielen nun in einem Kräftezustand in unsere Hände, in dem sie kaum mehr bewegungsfähig waren. Es war unmöglich, sie fortzuschaffen. Es war in dieser angespannten Versorgungslage, in der wir uns mit dem zerstörten Bahnnetz befanden, unmöglich, sie alle fortzufahren. Unterkünfte waren nicht in der Nähe. Der größte Teil wäre nur durch eine sofortige sorgfältige Lazarettbehandlung zu retten gewesen. Sehr bald setzte dann der Regen ein und später die Kälte; und das ist der Grund, warum ein so großer Teil dieser, gerade dieser Gefangenen von Wjasma, gestorben ist." [21]

Deutsche Offiziere wiesen darauf hin, daß die in Gefangenschaft geratenen Rotarmisten noch nicht einmal Kochgeschirr besaßen, und solches von der Truppe für diese Massen auch nicht zu beschaffen war. Auch konnten nur selten Feldküchen erbeutet werden.S 150

19) Alexander Dallin, "Deutsche Herrschaft in Rußland 1943 - 1945", Düsseldorf 1958, S. 378.
20) *ebenda S. 419..*

21) IMT XV S. 451 f + ähnl. Generalfeldmarschall v. Manstein, IMT XX S. 665 f.

Der Quartiermeister im Rückwärtigen Heeresgebiet Mitte berichtete im November 1941:

"Nach wie vor bleibt das am schwersten zu lösende Problem die Versorgung der im Raume des Befehlshabers rückw. H.G. Mitte untergebrachten Gefangenenmassen. Eine Versorgung allein durch die Wehrmachtdienststellen ist unmöglich. Die Dulag (Durchgangslager) selbst verfügen nicht über die Einrichtungen und den Verwaltungsapparat, solche Mengen zu ernähren. Ein Dulag mit 20.000 Kriegsgefangenen müßte am Tag allein 10 Tonnen Kartoffeln kochen. Dies ist schon allein aus Mangel an genügenden Kochgelegenheiten nicht möglich. Allein die Heranschaffung der für die tägliche Versorgung notwendigen Verpflegungsmittel ist den Dulag wegen Transportmangel nicht möglich. Die Beanspruchung der Truppe und von Transportkolonnen hierfür ist nicht möglich, da jeder verfügbare Laderaum zur Winterbevorratung der Truppe benötigt wird. Aus diesem Grund ist auch die Winterbevorratung der Dulag nur zu einem ganz geringen Teil durchführbar gewesen. Inwieweit der Einsatz der Zivilbevölkerung hier eine Abhilfe schaffen kann, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen; er wird jedoch örtlich verschieden sein. Es wird natürlich versucht, unter Ausnutzung sämtlicher Möglichkeiten (Bäckereien, Gefangenenmühlen, Beutelager usw.) die Gefangenenverpflegung weitgehendst sicherzustellen. Ein Eingriff in die laufende Truppenverpflegung wird nach wie vor vermieden. Es wird versucht, die Kriegsgefangenenverpflegung durch freiwillige Leistungen oder Auflagen an die Dorfgemeinden sicherzustellen. Neu ist die Einschaltung der Gefangenen, Werbungsansprachen gelegentlich von Bauernversammlungen, die überwacht werden." S 154 - 155

Ein anderer Bericht verweist auf den katastrophalen Gesundheitszustand der Kgf. von den Kesselschlachten bei Wjasma und Briansk.

"Die Kriegsgefangenen sind durch die lange Hungerperiode während des Kampfes und die zunächst nur sehr mäßige Ernährung nach der Gefangennahme körperlich äußerst stark heruntergekommen. Die Sterblichkeitsziffern stiegen daher erheblich. Auffallend war, daß viele Gefangene selbst bei ausreichend zur Verfügung stehender Nahrung körperlich nicht mehr in der Lage waren, die entsprechende Nahrung aufzunehmen und zu verwerten. Aus fast allen Dulag wurde berichtet, daß Gefangene nach der ersten Nahrungsaufnahme einfach zusammenbrachen und tot liegenblieben. ...

Schon vor den großen Kesselschlachten ist bei einzelnen russischen Truppenteilen die Ernährung schlecht gewesen. Es folgte dann noch die mangelhaftere Ernährung während der Kesselschlacht selbst. Zum Teil hatten die Gefangenen 6 - 8 Tage keinerlei Verpflegung während der Schlacht bekommen und nährten sich von Waldbeeren und Baumrinde.

Nach Abschluß der Ereignisse kam die Überführung in die deutschen Gefangenenlager, bei der ebenfalls Ernährungsschwierigkeiten auftraten. Die Widerstandskraft dieser Leute ist durch diesen dauernden Mangel und die inzwischen eingebrochene Kälte derart geschwächt, daß jegliche Reaktionsbereitschaft fehlt.

Es ist besonders hervorzuheben, daß bei der hohen Sterblichkeitsziffer Seuchen, Krankheiten im engeren Sinne und auch Verwundungsfolgen einen kaum beachtlichen Prozentsatz ausmachten.

Ärztlicherseits bestand die Fürsorge darin, zu versuchen, diesen geschwächten Menschen möglichst zweckentsprechende Nahrung, Wärme unter ruhigeren Bedingungen zuzuführen. Der Erfolg ist mäßig." S 155

Die Seuchenplage setzte wenig später ein. Auch sie war nicht "rassistisch motiviert", griff sie doch gleichermaßen auf die Deutschen über.

"Mitte Dezember 1941 herrschte in fast allen Lagern außerhalb und in den meisten Lagern des Reichsgebietes Fleckfieber." S 177

Entlassungen und Arbeitseinsatz

Nach einer Aufstellung des OKH/GenQu[22] waren bis zum 20.12.1941 = 3.350.639 Rotarmisten in deutsche Gefangenschaft geraten. Von dieser Zahl sind abzuziehen die Entlassenen (hauptsächlich Volksdeutsche, Ukrainer, Weißrussen, Karelier, Esten, Letten und Litauer), ferner die wieder Entflohenen und schließlich die Verstorbenen.

"Die ständige Abnahme der Zahl der Gefangenen war z.T. auf Entlassungen -- nahezu ausschließlich von »Hilfswilligen« und Freiwilligen für die »Osttruppen« -- zurückzuführen. Bis zum 1. Mai 1944 waren im OKW- und OKH-Bereich 818.220 Gefangene entlassen worden; bis Kriegsende mögen im Rahmen der Bemühungen , die »Osttruppen« zu verstärken, weitere 200.000 entlassen worden sein, so daß man insgesamt mit 1 Million Entlassenen rechnen kann." S 244

Hiervon waren bereits bis Mai 1942 = 280.108 entlassen worden. S 357 Fn. 5

Obgleich Meldungen über den Verbleib der sowj. Kgf. für den OKH-Bereich erst ab 1. Januar 1942 befohlen wurde, *"als der Höhepunkt des Massensterbens bereits überschritten war"*, S 129,

"statistische Daten über die sowjetischen Gefangenen für diese Zeit bis Anfang 1942 kaum auffindbar sind". S 129

"zur Rekonstruktion von Ausmaß und Verlauf der Mortalität der Gefangenen nur einige wenige verstreute Quellen zur Verfügung stehen". S 130

"Gerade für die Behandlung der jüdischen Gefangenen ist die Quellenlage schlecht." S 109 + 23)

und

"besonders bedauerlich der nahezu vollkommene Verlust von Quellenmaterial für die Bereiche der Reichskommissariate Ostland und Ukraine ist, wo sich im Herbst 1941 ein großer Teil der Gefangenen befand, aber auch für das Reichsgebiet",

22) Oberkommando des Heeres/Generalquartiermeister

23) Jean-Claude Favez, "Das Internationale Rote Kreuz und das Dritte Reich -- War der Holocaust aufzuhalten?", München 1989. -- Chr. Streit konnte noch nicht auf dieses Buch zurückgreifen, das eine Fülle von Beispielen für die Behandlung kriegsgefangener Juden -- Soldaten und Offiziere -- in deutschem Gewahrsam durch IRK-Delegationen belegt.

S 130 + 134

zieht Christian Streit unter Berufung auf Blatt 61 der Bundesarchiv-Akte R 41/172 die Schlußfolgerung, daß bis Anfang 1942 bereits 2 Millionen Rotarmisten umgekommen oder umgebracht worden seien.[S 128]

Wie problematisch solche nahezu durchgängig gezogenen Schlußfolgerungen sind, zeigt sich u.a. am Beispiel des Stalag (Stammlagers) Bergen-Belsen. In diesem *"ursprünglich normalen Lager für sowjetische Gefangene"* lebten Anfang November 1941 etwa 14.000 Gefangene, von denen *"täglich 80, Ende des Monats bereits 150 starben".*

"Ende des Winters war das Lager fast ganz ausgestorben." [S 135]

In der Fußnote (Fn) belehrt uns Streit indessen:

"Möglicherweise lag die Sterblichkeit erheblich höher ... Es wäre aber möglich, daß um diese Zeit die großen Lager verkleinert wurden, um die Seuchengefahr zu verringern." [Fn 64, S 360]

Gemeldete Belegstärken lassen somit nicht unbedingt auf Todesfolgen schließen.

Ähnlich verfährt Chr. Streit mit dem "SS-KgF.-Lager Lublin" = Majdanek. Bezugnehmend auf einen polnisch-kommunistischen Autoren schreibt er:

"Auch dort wurden die Gefangenen schnell ausgerottet. Von den 5.000, die im Frühherbst 1941 angekommen waren, lebten Ende November noch 1.500, im Juni 1942 wenige Hunderte, die nach einem Ausbruchversuch sämtlich umgebracht wurden." [S 221]

Anschließend verweist Streit auf **Himmlers** Planung am 19.3.1942, Majdanek für die Aufnahme von weiteren 50.000, auf 150.000 sowj. Kgf. auszuweiten.

So gibt es auch bei den Globalzahlen von "2 Millionen" bis Jahresende 1941 Umgekommener auf Grund mangelhafter Quellenlage, hoher Unsicherheitsquoten für Flucht, Verlegung, Entlassung, nicht in Meldelisten erscheinende Arbeitskommandos, Überstellungen in andere Heeres-, Luftwaffen-, Marine-, Waffen-SS- oder OT-Einheiten usw. keine endgültigen Beweise. Schließlich waren Herbst und Winter 1941 Zeiten hektischer Improvisationen und Veränderungen, in denen vieles unbürokratisch geregelt werden mußte.

Einsatz im Reichsgebiet

"Eine erste einschneidende Änderung ergab sich, als am 23. September 1941 die Aufnahme von weiteren 500.000 Gefangenen im Reichsgebiet genehmigt wurde. Maßgebend dabei war noch nicht der Wunsch nach Arbeitskräften, sondern die Befürchtung, daß die unzureichende Bewachung der Riesenzahl der Gefangenen im Operationsgebiet zu Massenausbrüchen und damit zu einer Stärkung der entstehenden Partisanenbewegung führen könne." [S 172]

Am 31.10.1941 hat der Chef des OKW, Generalfeldmarschall **Keitel**, einen Führerbefehl weitergeleitet, der den Großeinsatz der sowjetischen Kgf. in der deutschen Kriegswirtschaft anordnete und auf ausreichende Ernährung als Voraussetzung hierfür verwies.[S 145] Am 26. November 1941 wurden die Verpflegungssätze der russischen Kgf. denen aller Gefangenen im Arbeitseinsatz angeglichen,[S 146] was indessen vielfach erst mit Verzögerung wirksam wurde. Auch flankierende Maßnahmen, wie Prüfung beruflicher Eignung, Körperpflege u.ä. für die Förderung der inneren Bereitschaft zur Mitarbeit wurden eingeleitet.

Ende Januar 1942 waren bereits 147.736 sowj. Kgf. in der deutschen Kriegswirtschaft eingesetzt,

Ende März 1942 = 166.881
Ende Okt. 1942 = 487.535
im Juli 1943 = 505.975
im Februar 1944 = 594.279
im Januar 1945 = etwa 750.000 [S 210 - 211 + 244]

Die Gesamtzahl der sowj. Gefangenen:
im Dezember 1941 = 3.350 000
Mitte Juli 1942 = 4.716.903
im Januar 1943 = 5.003.697
im Februar 1944 = 5.637.482
im Februar 1945 = 5.734.528 [S 244]

Die übrigen vielfältigen Zahlenangaben von Chr. Streit sind nicht ohne weiteres nachprüfbar und bei seiner Grundsatzhaltung auch kaum für eine ernsthafte Untersuchung geeignet. Jedenfalls kommt er zu dem Endergebnis, daß in deutscher Gefangenschaft etwa 3,3 Millionen sowj. Kgf. zu Tode gekommen seien[S 244] -- allerdings: *"genaue Angaben lassen sich auch hier nicht machen".*

Laut russischen Untersuchungen in den 90er Jahren wurden 1,78 Millionen als in deutscher Gefangenschaft oder sonstwie vermißt angegeben.[24)]

Am 19.2.1942 ordnete die Abt. Kgf. an, sowjetische Kgf. auch in der Landwirtschaft einzusetzen, um sich dort besser regenerieren zu können.

"Damit war das System der »Aufpäppelung« geschaffen, das bis zum Kriegsende bestehen blieb. ...

Dabei ist zu vermuten, daß die Chance der Kgf. in der Regel auf kleinen Bauernhöfen besser waren, als auf großen Gütern, wo viele Gefangene »in Kolonnen« eingesetzt werden konnten. ...

In den folgenden Jahren entwickelte sich ein regelrechter Kreislauf: entkräftete Gefangene wurden zur »Aufpäppelung« in die Landwirtschaft gegeben; sobald sie zu Kräften gekommen waren, wurden sie zurück in die Rüstungsindustrie oder den Bergbau gebracht, wobei es oft genug vorkam, daß sie durch den Raubbau, der mit ihren Kräften getrieben wurde, bald wieder »aufpäppelungsbedürftig« waren." [S 147]

Albert Speer notierte über eine Besprechung vom 22./23.3.1942 in sein Tagebuch:

---

24) *Die Aula*, Graz 3/2002, S. 37.

*"Der Führer erklärt ganz eindeutig in längerer Ausführung, daß er mit der schlechten Ernährung der Russen nicht einverstanden sei. Die Russen müssen eine absolut ausreichende Ernährung erhalten, und **Sauckel** habe dafür zu sorgen, daß diese Ernährung bei **Backe** nun sichergestellt wird."* S 148 + 25)

Wenig später heißt es bei Chr. Streit, daß

"die sowj. Kgf. in allen Wirtschaftszweigen beschäftigt wurden",

aber *"Ausbeutung"* an die Stelle der *"rassistischen Vernichtung"* getreten sei, wobei die

"Gegnervernichtung in vermindertem Umfang in Kraft blieb". S. 238 + 253

Wurden die Rationen für die sowj. Kgf. angehoben, so geschah dies nur *"im Interesse der Erhaltung und Steigerung der Leistungsfähigkeit".* S 250 Die sowj. Kgf. und die "Ostarbeiter" erhielten ab 26.7.1944 die gleichen Rationssätze wie die übrigen Kgf., im Okt. 1944 die gleichen wie die Zivilbevölkerung. Zu dieser Zeit war die Wehrmacht bemüht, alle Gefangenen aus Rußland nach Westen zurückzuführen, im Stellungsbau und in der Kriegswirtschaft zu verwenden. S 292

Der Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion **Albert Speer** veranlaßte im Herbst 1944 eine völlige Neuorientierung im Arbeitseinsatz der sowj. Kgf. und "Ostarbeiter": durch Leistungsprämien sei ihnen eine den Deutschen vergleichbare Lebenshaltung zu ermöglichen: Krankenfürsorge sowieso, Umschulung für Versehrte, bessere Unterbringung, Freizeiten, Auflockerung der Überwachung, mehr Selbstverwaltung, Vertrauensleute mit Beschwerderecht u.ä. In Musterbetrieben sollte dieser neue Stil erprobt werden. Sicher, so läßt sich feststellen, kam dies alles reichlich spät, ja zu spät. Doch wer darf in einem gigantischen Vernichtungskrieg, den die Alliierten von Anfang an gegen Deutschland führten (hiervon schrieb Christian. Streit nichts), allzu vertrauensselig gegenüber noch kürzlichen Feinden sein?

Im Januar 1945 wurde eine größere Anzahl sowj. Kgf. in ein ziviles Arbeitsverhältnis entlassen. Eine Ausweitung dieses Programms war angeordnet. S 291

"Für die meisten der alliierten Gefangenen bedeutete ihre Befreiung aus der deutschen Gefangenschaft die Rückkehr zu einem normalen Leben. Für viele sowjetische Gefangene war ihr Leidensweg noch nicht zu Ende. Das stalinistische Regime konnte nicht eingestehen, daß die große Masse der Gefangenen durch sein eigenes Versagen in deutsche Gefangenschaft geraten war. Ein Teil der Gefangenen -- wie groß er war, entzieht sich der Feststellung -- wurde deswegen als »Verräter« zu Zwangsarbeit verurteilt. Ihr Leben änderte sich nur wenig." S 295

25) Fritz Sauckel, Gauleiter von Thüringen, seit 21.3.1942 Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz; Herbert Backe, Staatssekretär im Reichsernährungsministerium.

Sowjetische Bemühungen um die HLKO

Ein Kapitel widmet Chr. Streit den sowjetischen Bemühungen um Anerkennung und Einhaltung der Haager Landkriegsordnung vom 18. Okt. 1907, deren Scheitern er der Reichsregierung anlastet. Die UdSSR hatte bekanntlich die Haager Landkriegsordnung von 1907 nicht unterschrieben und damit nicht anerkannt. **Stalin** versuchte nun unter Einschaltung des Internationalen Roten Kreuzes bzw. ihrer Kommission (IRK bzw. IKRK) und der Schutzmächte Schweden, Türkei sowie anfangs auch der USA, über ihre Diplomaten Berlin die sowjetische Bereitschaft mitzuteilen, unter vorausgesetzter Gegenseitigkeit den deutsch-russischen Krieg nach den Regeln der HLKO und des Genfer Kriegsgefangenen-Abkommens von 1929 zu führen.

Zur Chronik dieser Bemühungen:

Am 24.6.1941 wandte sich die (deutsche) Abt. für Kgf. an die Amtsgruppe Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht (OKW) mit der Bitte, über das Auswärtige Amt und die Schutzmacht Bulgarien der sowjetischen Regierung mitzuteilen, daß

"Deutschland die Bestimmungen des Abkommens von 1929 auf die russischen Gefangenen anwendet und sie danach behandelt. Es wird dabei erwartet, daß auch Rußland sich an die Vorschriften dieses Abkomens hält und daß es noch nachträglich seinen Beitritt zu dem Abkommen erklärt." S. 225

Unabhängig hiervon hatte **Max Huber**, der Präsident des IKRK, in Telegrammen den Kriegführenden angeboten, als Vermittler tätig zu werden, um zunächst Nachrichten über Gefallene, Verwundete und Gefangene auszutauschen. Die UdSSR und Deutschland stimmten zu, über ihre Botschaften in Ankara die angebotenen Dienste des IRK anzunehmen.

Am 17. Juli 1941 ließ der Kreml über Schweden der Reichsregierung die Bereitschaft der UdSSR mitteilen, die HLKO anzuerkennen und anzuwenden, Gegenseitigkeit vorausgesetzt.

Hitler ließ am 25. August antworten:

"Die Reichsregierung kann nur ihrem äußersten Erstaunen darüber Ausdruck geben, daß sich die Sowjetregierung trotz des bisherigen Verhaltens ihrer Truppen gegenüber den in ihre Hand gefallenen deutschen Soldaten noch für berechtigt hält, von der Anwendung völkerrechtlicher Regeln bei der Behandlung von Kriegsgefangenen zu sprechen und dabei die Frage der Gegenseitigkeit aufzuwerfen. Es versteht sich von selbst, daß die Reichsregierung die in ihre Hand gefallenen Kriegsgefangenen stets nach den geltenden völkerrechtlichen Bestimmungen behandelt hat.

Die Wehrmacht hat von den sowjetischen Truppen bestialisch ermordete deutsche Gefangene gefunden, was es unmöglich mache, von der Roten Armee noch als von der Armee

eines zivilisierten Staates zu sprechen.

Bei dieser Sachlage müßte die Sowjetregierung, bevor überhaupt von Abmachungen mit ihr über die Behandlung von Kriegsgefangenen die Rede sein kann, erst noch den Beweis erbringen, daß sie jetzt wirklich willens und in der Lage ist, in dem Verhalten ihrer Truppen und ihrer sonstigen Organe gegenüber deutschen Gefangenen einen vollständigen Wandel herbeizuführen." S. 227

Chr. Streit folgert:

"Mit der Ablehnung des Angebots, noch dazu in einer rüden Form, die weitere Initiativen der sowjetischen Führung ausschließen mußte, war die wichtigste und durchaus nicht aussichtslose Chance, die Behandlung der beiderseitigen Gefangenen auf Prinzipien der Menschlichkeit zu stellen, in maßloser Überschätzung der eigenen Machtposition verworfen worden." S. 228

Während das Auswärtige Amt die Antwortnote Hitlers nicht als endgültige Absage verstand, blieb indessen eine direkte sowjetische Resonanz aus, sieht man davon ab, daß Moskau ein analoges Ersuchen Italiens mit einer ähnlichen Note beantwortet hat, wie sie am 17.7. Deutschland über die schwedische Botschaft erhalten hat. Auch dieser Notenwechsel lief sich aus gleichen Gründen, die Hitler bereits angeführt hatte, fest. Der Kommissar-Befehl hatte bei diesen Notenwechseln keine Erwähnung gefunden, wußte doch Stalin zu genau um seine eigenen, zumal vorangegangenen Liquidierungs-Befehle.

Hitler hatte am 25. August 1941 noch nichts von Katyn gewußt, wo Stalin im April/Mai 1940 einen Teil der über 15.000 gefangenen polnischen Offiziere hatte mit Genickschuß liquidieren lassen. So sah dessen Wirklichkeit gegen Wehrlose schon zu einer Zeit aus, als deutsche Soldaten für ihn noch nicht greifbar und zu beschuldigen waren.

Verschwiegen hat Chr. Streit auch Weiteres, was das militärgeschichtliche Forschungsamt über das bereits Geschilderte hinausgehend bestätigte:

"Stalin habe -- so Ohrenzeuge Generalleutnant Vlassow -- den Volkskomissar Berija dazu aufgefordert, »Haß, Haß und nochmals Haß« gegen alles Deutsche zu entfachen. In diesem Sinne und unter der stereotypen Parole »Tod den deutschen Okkupanten!« hatte der sowjetische Propagandaapparat damit begonnen, eine Massenkampagne zu entfesseln, die von der Voraussetzung ausging, daß es sich bei dem deutschen Angriff nicht um einen Krieg im üblichen Sinne, sondern um einen kriminellen Akt handelte, die Soldaten der gegnerischen Armee somit nicht als reguläre Kombattanten, vielmehr als Verbrecher und Banditen anzusehen seien.

So nannte der Oberbefehlshaber der Truppen Südwestrichtung Marschall Budennyi die Deutschen denn auch schon in seinem Befehl Nr. 5 vom 16. Juli 1941 die »Banden des Menschenfressers Hitler«, »faschistische Bestien«, »faschistisches Geschmeiß«, »faschistisches Aas«, »faschistische Ungeheuer«, die man wie eine Schlange zertritt." 14) S. 783

Für Chefpropagandisten **Ilja Ehrenburg** waren die Deutschen schon zu Beginn des Feldzuges keine Menschen. Für ihn waren sie Tiere, die ausgerottet werden müßten, *"pestübertragende Ratten"*. *"Tausende und Abertausende deutscher Leichen"* bereiteten ihm *"Genugtuung"*.

"Aus vielfältigen Unterlagen, aus den Aussagen von Kriegsgefangenen und Überläufern, abgehörten Funksprüchen und aus erbeuteten Akten sowjetischer Kommandobehörden geht unzweideutig hervor, daß Kriegsgefangene und besonders Verwundete in der Regel entweder unmittelbar nach der Gefangennahme oder nach einer ersten Vernehmung erschossen wurden. Bei diesen Erschießungen oder Verstümmelungen, die »gleichartig und gleichzeitig« in den ersten Tagen und an den verschiedensten Frontabschnitten einsetzten, dürfte es sich auch nicht nur um spontane Ausschreitungen sowjetischer Soldaten gehandelt haben. Es liegen zahlreiche Beweise dafür vor, daß derartige Handlungen auf ausdrücklichen Befehl hin oder mit Duldung von Truppenführern verschiedener Grade vor allem auf der Ebene der Kompaniechefs, Bataillons- und Regimentskommandeure, teilweise aber auch höherer Stäbe begangen wurden. ...

Eine aktive Rolle in dieser Hinsicht spielten insbesondere aber die Politischen Abteilungen der verschiedenen Verbände. Immer wieder wird bezeugt, daß Einzel- oder Massenerschießungen auf Befehl der Kriegskommissare oder Politarbeiter vorgenommen wurden. ...

Insgesamt sind einige tausend Berichte über die Ermordung von Kriegsgefangenen, insbesondere der zurückgelassenen Verwundeten von der zuständigen Wehrmachtuntersuchungsstelle für Völkerrechtsverletzungen gesammelt worden.

Diese völkerrechtswidrige Praxis und die unmenschliche Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen, von denen in den Jahren 1941/1942 = 90 - 95% zugrunde gingen, ..." 14) S. 785

Am 6. November 1941 erklärte **Stalin** auf einer Festsitzung vor dem Moskauer Sowjet:

"Von nun an wird es unsere Aufgabe sein, alle Deutschen, die in das Gebiet unserer Heimat als Okkupanten eingedrungen sind, bis auf den letzten Mann zu vernichten" 14) S. 787

Die deutsche Bereitschaft, über die Vermittlung des IKRK wenigstens einen Nachrichtenaustausch über die Gefangenen zu ermöglichen, führte auch nicht zu dem gewünschten Erfolg, da die Sowjetregierung die in deutscher Hand befindlichen Kfg. als "Verräter" betrachtete und den Rotarmisten Repressalien gegen ihre Familien für den Fall angedroht hatte, daß sie sich in deutsche Gefangenschaft begeben sollten. Hierdurch war die Reichsregierung im Interesse der Kgf. gehindert, persönliche Daten ihrer sowj. Kgf. nach Moskau zu geben. Dennoch überreichte der deutsche Botschafter in Ankara, **Franz v. Papen**, am 20.8.1941 dem IKRK-Vertreter eine erste Namensliste. Auch hatten inzwischen die beiden IKRK-Abgesandten **Carl Jacob Burckhardt** und **Edouard de Haller** ein deutsches Lager mit sowj. Kgf. inspizieren können.

"Im Verlauf des Jahres 1942 besuchten die 8 Delegierten (und eine Sekretärin) 502 Lager, nämlich 214 Offiziers- und Soldatenlager, 15 Zivilinterniertenlager, 94 Lazarette, 219

Arbeitskommandos." 23) S 167

Im weiteren Kriegsverlauf schrieben IRK-Delegierte 11.000 Besuchsberichte.23) S 282 In den sowjetischen Herrschaftsbereich durften sie **nicht** einreisen.

Sowjetische Gegenleistungen gab es keine, auch keine Änderung der Kampfesweise.

In einer Note vom 8. Okt. 1941

"überreichte die schwedische Botschaft in Berlin als Antwort ein sowjetisches Pro memoria. Darin bestritt die UdSSR kategorisch, daß sie gegenüber gefangenen deutschen Soldaten nicht gemäß den Gesetzen des Krieges gehandelt habe. Die Sowjetregierung habe nicht die Absicht, irgendeine Konvention über Kriegsgefangene mit der Deutschen Reichsregierung abzuschließen. Sie stelle nur den Anspruch, daß die international anerkannten Bestimmungen betreffend die Behandlung von Kriegsgefangenen und besonders die Grundsätze des Haager Abkommens von 1907 genau befolgt werden." S 400 Fn 38

Diese Note konnte nur für die Propaganda gedacht sein, ignorierte sie doch die völkerrechtswidrige Kampfführung der Roten Armee.

Auch die USA scheiterten bei der UdSSR in ihrem Bemühen, diese auf völkerrechtsgemäße Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen zu verpflichten.S 230, 231 235 Das Engagement der US-Regierung in dieser Angelegenheit, das noch über deren Kriegseintritt ab Dezember 1941 akut blieb, belegt, daß selbst diese Feindmacht Deutschlands die Behandlung der deutschen Kgf. im Sowjetbereich als völkerrechtswidrig erkannte. Weder Washington noch das IRK haben sich bei der Reichsregierung über die Behandlung der sowj. Kgf. beklagt.

"Die sowjetischen Botschafter in den neutralen Staaten zeigten sich nun immer unwilliger, Schritte zur Verbesserung des Loses der Gefangenen auf beiden Seiten zu erörtern. Der sowjetische Botschafter in Ankara erklärte im April 1943 dem Apostolischen Legaten, den der Papst beauftragt hatte, in der Frage der Behandlung der Gefangenen zu sondieren,

»daß der Sowjetregierung an Nachrichten über russische Kriegsgefangene nichts gelegen sei, weil sie diese als Verräter betrachte.«" S 236

Der Militärwissenschaftler **Joachim Hoffmann** ergänzte diese Grundsatzhaltung der Sowjetführung mit den vielfach unbekannten Nachweisen, daß **Stalin** die von Finnland nach Abschluß des Friedensvertrages am 12.3.1940 repatriierten 64.000 Kriegsgefangenen sämtlich erschießen ließ.26) S 86

Der Genickschußmord an über 14.500 gefangenen polnischen Offizieren im April/Mai 1940 -- ein Jahr **vor** Beginn des Rußlandfeldzuges! -- bei Katyn und zwei anderen Plätzen entsprach derselben Mentalität, der auch Deutschland schon vor Beginn der Kampfhandlungen gegenüberstand. Sie war in Berlin bekannt und war Anlaß für Hitlers Befehle.

1941 befahl **Stalin**, deutsche Lager mit sowj. Kriegsgefangenen zu bombardieren, so geschehen z.B. in den Lagern bei Orel und Novgorod-Severskij.

"Vorgesetzte und Rotarmisten, die es vorzogen, sich gefangennehmen zu lassen, statt zu kämpfen und zu sterben, sollten mit allen Erd- und Luftmitteln vernichtet werden." 26) S 74

Alle diese Opfer, auch die im Operationsgebiet in Kriegshandlungen gefallenen sowj. Kgf. sowie deren Luftkriegstote im Reichsgebiet buchte Christian Streit auf das deutsche Schuldkonto. Dabei verschweigt er diese Fälle und auch Befehle der Wehrmachtführung, sich durch das bestialische Vorgehen der Roten Armee nicht provozieren zu lassen,26) S 87 - 88 wertete den nur propagandistisch erklärbaren Notenwechsel der UdSSR über das Bemühen um Einhaltung der HLKO als ehrlich und glaubwürdig, die deutsche Resonanz hingegen als *"rüde"* und *"verbrecherisch"*.

-- Ein typischer "Historiker" der heutigen Zeit!

Unter deutscher Besatzung in Polen

Daß die deutsche Besatzungspolitik in Polen seit Kriegsende durchgängig als besonders grausam geschildert wurde, verwundert angesichts der alliierten, speziell auch der kommunistischen Raub- und Intelligenzvernichtungsziele und Kriegsführungspraxis nicht, sollte doch alles Unmenschliche, was auf ihrer Seite geschah, mit "deutscher Schuld begründet", verharmlost, ja negiert werden.

Nicht zu leugnen ist zwar, daß die von Polen veranlaßten Kriegsursachen sowie die anfänglichen Greuel an den Volksdeutschen mit rund 58.000 z.T. bestialisch ermordeten deutschen Zivilisten Reaktionen herausgefordert haben. Diese richteten sich hauptsächlich gegen die Täter und ihre antreibenden Hetzer von Katheder und Kanzel, begründeten aber auch allgemeine Richtlinien der Besatzungspolitik, um Wiederholungen unmöglich zu machen. Die alliierten Friedensverweigerungen, ja Ausweitungen der Schlachtfelder in ganz Europa waren bewußt darauf abgestellt, eine Aussöhnung Deutschlands mit seinen Nachbarn nicht zuzulassen. So hat auch die nach Polens Niederlage sich in London angesiedelte und von den kriegführenden Mächten sowie den USA sogleich anerkannte und unterstützte polnische Exilregierung den Krieg

26) Joachim Hoffmann, "Stalins Vernichtungskrieg", München 1995 + Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 71, S. 38 - 39.

gegen Deutschland weitergeführt und bereits Anfang 1940 im deutsch-besetzten (nicht etwa im sowjet-russisch besetzten!) Polen eine Delegatur geschaffen, *"die den organisierten Widerstand mit Geldern der Exilregierung finanzierte und zentral zu lenken versuchte".*[27) S. 81] Daß diesen Drahtziehern und Guerilla-Kämpfern das Schicksal ihrer hiermit in Mitleidenschaft gezogenen Landsleute völlig egal war, ist nachweisbar für die Partisanenkriegführung während des gesamten Krieges an allen Fronten. Somit besteht keinerlei Anlaß, nur auf die deutschen Reaktionen zu verweisen, diese als zivilisationswidrige Herrschaftsmethoden anzuprangern und die Anlässe sowie auch gleichartige Verhaltensmuster der Alliierten in vergleichbaren Fällen mit Schweigen zu übergehen.

Es ist hier nicht der Ort, die deutsche Besatzungspolitik in Polen darzustellen. Das ist selbst komprimiert allenfalls in einem umfangreichen Buch zu bewerkstelligen. Doch ein solches Bemühen stünde selbst dann den "Leugnungs"-Kriterien des § 130 und anderer §§ des STGB bis hin zum nicht zu beeinträchtigenden "internationalen Ansehen der Bundesrepublik" entgegen; ganz abgesehen von der in vielen Bereichen noch unzureichenden und z.T. verfälschten Quellenlage.

Hier seien lediglich einige markante Vorgänge aufgezeigt, von denen jahrzehntelang nichts an die Öffentlichkeit gedrungen war, und zwar Einzelheiten, die aus der Feder von Antifa-Publizisten stammen, die sogar behaupten, die NS-Herrschaft habe 4 - 6 Millionen Polen -- zwischen 15 und 22% der Bevölkerung -- umgebracht, darunter 2.500 Universitätsprofessoren, Dozenten und Assistenten, 17.000 Lehrer usw.[27) S. 63] (Zu dieser polnischen Statistik ist ausführlich in den *HT* Nr. 59 Stellung genommen worden.) Wenn prononcierte Antifa-Historiker aus ihrer Kenntnis des Untergrundgeschehens an das Licht der Öffentlichkeit bringen, was einerseits die Leistungen des geheimen Widerstandes, andererseits aber auch die Toleranz der deutschen Besatzungsmacht charakterisiert, so verdienen sie mehr Glaubwürdigkeit, als ein Deutscher, den man mit dem Schnack, "er wolle das Dritte Reich exculpieren", arrogant als undiskutabel abqualifizieren würde.

So schreibt also **Werner Rings** unter Berufung auf die Widerstandsliteratur:

„Schon bald nach dem militärischen Zusammenbruch richtete sich in dunkelster Illegalität, in Hinterzimmern und Kellerräumen, eine geheime Staatsverwaltung ein, entstand das Rückgrat eines unsichtbar gewordenen Schattenstaates. Dazu gehörten Ministerien und die im Aufbau begriffene Geheimarmee, ein «politische Repräsentanz» genanntes Schattenparlament sowie eine offizielle Delegatur der Londoner Exilregierung, die ihrerseits Bezirksdelegationen einsetzte, die Staatsfinanzen überwachte und die Staatsgelder ihren Zwecken zuführte. Und als ob nichts geschehen wäre, waren es unverändert die vier größten, auch in der Londoner Exilregierung vertretenen Parteien, deren Abgeordnete im illegalen Scheinparlament Gesetze erließen und das Leben der untergetauchten Nation zu ordnen suchten.

In diesem Staat erschienen Zeitungen, arbeiteten geheime Waffenfabriken, wurde in Behelfsschulen und Notuniversitäten unterrichtet, dichteten die Dichter und forschten die Forscher, behandelten Richter und Advokaten die üblichen Straffälle, wurden feindliche Spione und Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt, verhängten Staatstribunale etwa 200 Todesurteile, die in jenen Jahren auch vollstreckt wurden.

Was da in aller Heimlichkeit vorging, ist kaum mit Worten zu fassen.

Nach Angaben des Historischen Instituts der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau wurden etwa 1 Million Schüler aller Klassen von 19.000 Lehrern unterrichtet.

Zehntausende illegal gedruckter Lehrbücher sowie die noch vorhandenen Vorkriegsschulbücher wurden verteilt. Dabei hielt man daran fest, daß die Eltern der Schüler weiterhin Schulgebühren zu zahlen hatten und die Lehrer das übliche Gehalt bezogen. Auch für den ordentlichen Übergang von der geheimen Schule zur geheimen Universität war gesorgt. Allein in Warschau bestanden 8.000 Schüler das Abitur vor Prüfungskommissionen im Untergrund.

Die illegalen Universitäten entwickelten sich erstaunlich rapid. Ende November 1940 ging die Universität Warschau mit einem kümmerlichen Restbestand von 15 Dozenten und 48 Studenten in den Untergrund. Im Jahre 1944 gehörten ihr mehr als 200 Professoren und Dozenten aller Fakultäten an, die unter der Leitung eines bewährten Rektors und der Dekane 1.700 ordnungsgemäß immatrikulierte Studenten unterrichteten. In ganz Polen schrieben sich 4235 Studenten zum Wintersemester 1943/44 ein, gleichzeitig nahmen etwa 10.000 Hörer an halblegalen Unterrichtskursen teil.

Auch das 1920 gegründete Warschauer Institut für Sozialwissenschaften nahm in der Illegalität seine Tätigkeit wieder auf und publizierte seine Forschungsergebnisse in Geheimdrucken. Sozusagen erlebte Geschichte augenblicklich analysierend, untersuchte eine Arbeitsgruppe beispielsweise die sozialen Auswirkungen der Besatzungspolitik auf die Bewohner der Ghettos. Gleichzeitig gab das Institut ein zweihundert Seiten starkes statistisches Jahrbuch heraus. Von literarischen und wissenschaftlichen Zeitschriften abgesehen, entstanden im polnischen Untergrund im ganzen 282 wissenschaftliche Handbücher und Monographien.

Um zum Untergrundstudium zugelassen zu werden, legten die Studenten zu Beginn des Semesters ein schriftliches Gelöbnis ab. Sie unterzeichneten die folgende Erklärung:

«Ich melde mich für die Kurse ausschließlich mit dem Ziel an, eine wissenschaftliche Ausbildung zu erlangen. Erstens schwöre ich, tiefstes Schweigen zu bewahren

27) Werner Rings, „Leben mit dem Feind -- Anpassung und Widerstand in Hitlers Europa 1939 - 1945", München 1979 +
S. Okecki, "La Résistance Polonaise et les Alliés, European Resistance Movements 1939 - 1945", Oxford 1964, S. 443 +
Christoph Kleßmann, "Die Selbstbehauptung einer Nation -- NS-Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung", Düsseldorf 1971, S. 126, 132, 137, 142, 147 +
Root Waverley, "The Secret History of the War", New York 1946.

über Zeit, Ort, Personen, Titel und Inhalt der Vorlesungen und Übungen, und zwar nicht nur gegenüber Fremden und Unbekannten (von den Feinden Polens ganz zu schweigen), sondern auch gegenüber nicht eingeweihten Freunden, desgleichen in Gesprächen Vorsicht walten zu lassen, insbesondere in der Öffentlichkeit. Zweitens schwöre ich, den Vorschriften und Anordnungen der akademischen Behörden, die das Leben und die Arbeit an der Hochschule betreffen, Folge zu leisten. Drittens schwöre ich, daß ich mich als ein Pole erweisen und keiner öffentlichen oder geheimen Organisation angehören werde, die dem Lande feindlich ist, daß ich keinesfalls für die Sache der fremden Besatzungsmacht arbeiten, vielmehr ausschließlich das Wohl des polnischen Volkes und Staates vor Augen haben werde. So wahr mir Gott helfe!» ..." 27) S. 279 - 280

Daß ein solcher Umfang an Untergrundarbeit, selbst wenn man die hier zitierte Darstellung als übertrieben bezeichnen würde, vor der Besatzungsmacht nicht geheimgehalten werden könnte, liegt auf der Hand. So hat Generalgouverneur Frank diesen Sachverhalt durchaus gekannt und offensichtlich toleriert, weil er mit Schließung der polnischen Oberschulen und Hochschulen nicht einverstanden war und die negativen Folgen für verhängnisvoll hielt. Aus einer von ihm verfaßten Denkschrift vom 5.7.1944 geht dies hervor Die von ihm zu verwaltende Kriegslage war zweifellos unwahrscheinlich schwierig.

"Besonders ergiebig arbeiteten die polnischen Nachrichtendienste, dank ihres immensen Mitarbeiterstabs.

Schon im September 1941 hielten sich nämlich über eine Million polnischer Arbeiter in Deutschland auf. Die aktivsten organisierten sich in Zellen, wirkten bei der Rettung und Ausschleusung entwichener alliierter Kriegsgefangener und abgeschossener Piloten mit und stellten durch Vermittlung französischer Kriegsgefangener auch Verbindungen zu französischen Spionageringen her.

Von den 100.000 in Frankreich lebenden Polen gehörten rund 20.000 dem Widerstand an. Der von polnischen Offizieren organisierte polnisch-französische Geheimdienst «F2» wurde schon erwähnt. Er belieferte London ab 1942 alle 2 bis 3 Wochen mit Mikrofotos von Geheimberichten im Umfang von 400 bis 500 Seiten.

Der im besetzten Polen arbeitende Nachrichtendienst der Geheimarmee (AK) war übrigens der erste, der die sensationelle Meldung von deutschen Raketenversuchen in Peenemünde nach London durchgab. Anfang Mai 1944 gelang es seinen Agenten, sich eines Raketenblindgängers zu bemächtigen, ihn zu zerlegen und nach Warschau zu schaffen. Polnische Spezialisten, Flugbauingenieure und Radiotechniker untersuchten die Bestandteile und meldeten die Ergebnisse nach London. Im Juli landet eine in Brindisi gestartete britische Dakota heimlich in der Nähe von Tarnow und holte den V1-Blindgänger ab. ..." 27) S. 291

„So begann sich in Polen der Widerstand außerordentlich früh zu formieren, nämlich bereits in der Nacht vor der Kapitulation Warschaus. ...

Und so kam es, daß ... der Befehlshaber des Armeekorps «Warszawa», General Juliusz Rómel, seinen Kollegen General Michal Tokarzewski mit der Organisation einer illegalen bewaffneten Widerstandsbewegung beauftragte und ihm für den Anfang 750.000 Zloty zur Verfügung stellte.

Tokarzewski selbst tauchte sogleich nach der Kapitulation als Sanitäter in einem Krankenhaus am Stadtrand von Warschau unter, baute mit 15 Stabsoffizieren innerhalb von 14 Tagen einen vollständigen Stabsapparat auf, verfaßte ein Statut seiner Organisation, der er den Namen «Dienst für den Sieg Polens» (SZP) gab, und richtete es an den Oberbefehlshaber und an den Ministerpräsidenten der Exilregierung in London. Nach weiteren 2 Wochen, am 4. Dezember 1939, wurde der SZP in «Verband für den Bewaffneten Kampf» (ZWZ) umbenannt und von der Exilregierung offiziell den polnischen Streitkräften eingegliedert. Bis September 1940 erreichte er eine Stärke von 140.000 Mann.“ 27) S. 332

Dieser Sachverhalt wird mit der Aussage bestätigt, daß im Generalgouvernement bereits Mitte 1940 rund 100.000 Mann in der Untergrundbewegung als Teil der polnischen Gesamtstreitkräfte zum Kampf gegen die deutsche Besatzungsmacht aufgeboten worden waren. Demgegenüber ist vom Partisaneneinsatz gegen die Sowjetmacht keine Rede. Bekanntlich hatten die Bolschewisten etwas mehr als Deutschland von Polen besetzt, das Territorium sogleich an Litauen, die Ukraine und Weißrußland vergeben, Deportationen in Millionenhöhe, Enteignungen grundsätzlich, eine Veränderung der gesamten Bevölkerungs- und Gesellschaftsstruktur durchgeführt.[28] Ungeachtet dieses barbarischen Vorgehens "kannte" die internationale Weltöffentlichkeit "Terror" nur bei den Deutschen.

"Man hätte es wissen können, selbst im Warschauer Ghetto, auch wenn es vielleicht die wenigsten glauben wollten. 56 Untergrundzeitungen von denen 26 in jiddischer, 20 in polnischer und 10 in hebräischer Sprache erschienen (die meisten im Umfang von 2 bis 4 Blättern), veröffentlichten schon seit Februar 1942 aufsehenerregende Meldungen über die Massenerschießungen von Juden im Baltikum und in Polen. ..." 27) S. 354

Einer der führenden Untergrundkämpfer -- **Witold Pilecki** -- hat sich am 22. September 1940 bewußt, und zwar sogleich mit einer ganzen Gruppe Gleichgesinnter,[29) S. 55] in das KL-Auschwitz verbringen lassen, um in Absprache mit der Geheimarmee und der Exilregierung in London zu erkunden, was dort vor sich gehe, und um dort den möglichen Widerstand zu organisieren. Er legte sich den falschen Namen Tomasz Serafinski zu und gab sich als Offizier der polnischen Armee aus, der sich der Meldepflicht gegenüber der Besatzungsmacht entzogen habe.

"Für die Verbindung zwischen dem Lager und dem Ge-

28) Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), "Das Dritte Reich und der Zweite Weltkrieg", Stuttgart 1979, Bd. 2, S. 148 - 149.

29) Danuta Czech, „Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939 - 1945“, Reinbek 1989.

heimkommando draußen war gesorgt — Mittelsmänner und Frauen, die als Geheimkuriere in Frage kamen, standen bereit, Losungsworte waren verteilt worden. Das Nachrichtennetz funktionierte. Schon im Dezember 1940 traf Pileckis erster Bericht in Warschau ein." [27) S. 351]

Pilecki ließ in Auschwitz einen Geheimsender zusammenbasteln. Er blieb im Typhus-verseuchten Teil des Lagers versteckt und hielt 7 Monate lang Kontakt mit dem schlesischen Kommando der Geheimarmee. Außerdem unterhielt er noch Kuriere zur Außenwelt.[24) S. 351] Das, was wir von ihm erfahren, ist sehr bruchstückhaft. Seine Berichte blieben in der bisherigen Auschwitz-Geschichte unbekannt.

"Niemand wollte sie wahrhaben." [27) S. 351]

Das ist um so erstaunlicher, als Pilecki ja nicht allein war, schließlich hatte er es bereits zum "*Stabschef der Untergrundorganisation der Geheimen Polnischen Armee (TAP)*" gebracht.[29) S. 55]

"Pileckis Widerstandsgruppe war nur eine unter anderen, die unabhängig voneinander und mit verschiedener Zielsetzung in Auschwitz und den dazugehörigen 39 Nebenlagern entstanden waren. Aber Ende 1942 war es Pilecki zu einem guten Teil gelungen, ihre Tätigkeit zu koordinieren und ihren Zusammenschluß herbeizuführen." [27) S. 351]

Dennoch: Im Ausland stützte sich niemand auf seine Berichte. „The Black Book -- The Nazi Crime against the Jewish People", New York 1946, kennt ihn nicht einmal als Zeugen.

Am 27. April 1943 ist Pilecki die Flucht aus dem KL-Auschwitz gelungen.[29) S. 478] Er meinte, die Deutschen "von draußen" besser bekämpfen zu können. Seitdem ist es jedoch um ihn gänzlich still geworden.

Kontrastgeschichte

Vergleicht man diese Belege eines -- wie gesagt -- eindeutig anti-ns-Historikers mit der Kontrastmittel-Dissertation von **Christoph Kleßmann** "Die Selbstbehauptung einer Nation"[30], die durchaus "wissenschaftlich" aufgebaut ist, so verabschiedet sich der Normalverbraucher von der gesamten Thematik, weil er ohne Spezialkenntnisse -- und welcher Normalbürger hat diese schon? -- nichts mehr beurteilen und glauben kann, -- mit Ausnahme der Tatsache, daß die Darstellungen in ihren Inhalten nicht übereinstimmen und sich grundsätzlich widersprechen.

Der einigermaßen fachkundige Leser kann die Ursachen dieser Divergenz jedoch schnell herausfinden und das Übel der Nachkriegsära erkennen: als Folge der bedingungslosen Kapitulation die bis in die Gegenwart nicht geänderte Schwarz-Propaganda (ein "volkspädagogisch" schmackhafterer Ausdruck für Greuelpropaganda). Sie ist in die Besatzungspolitik und ihre Umerziehungsrichtlinien sowie -inhalte eingeflossen, anschließend in die Strukturordnung der BRD- und DDR-Staatsgebilde. Anders ausgedrückt: Die sich nach dem Winde gedreht habenden "Wendehälse", die mit Lizenzen, Posten und Multiplikatorpositionen angeheuert und belohnt wurden, wußten rasch nicht nur zwischen "Befreiern" und "Schurken" zu unterscheiden und jeden "Ewiggestrigen" zu kriminalisieren, sondern auch Doktoranden die Aufgaben, Dokumente, Moralrichtlinien zu vermitteln und jene positiv zu benoten, zu fördern, ihnen ebenfalls Posten und Preise zuzuerkennen, die fleißig aufgriffen und "wissenschaftlich" verpackten, was ihnen an Unterlagen und Erwartungen hingeschoben wurde.

So finden wir bei **Christoph Kleßmann** alles kritiklos übernommen und als "wissenschaftliche Quelle" dargeboten wieder, was großenteils schon seit Jahrzehnten als provokative Fantasieprodukte und/oder (zumeist im offiziellen Auftrag angefertigte) Nachkriegsfälschungen nachgewiesen sind.

So z.B. **Hermann Rauschnings** "Gespräche mit Hitler",[31] Hitlers "Geheimreden vor seinen Generalen" (z.B. am 22. August 1939),[32] der abwegige und nie autorisierte "Generalplan-Ost",[33] die Berichte des späteren SS-Brigadeführers **Bruno Streckenbach**, der bereits im Polenfeldzug Leiter einer Einsatzgruppe, ja sogar Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement war, dann Chef des Amtes I (Personal) im RSHA und mit der Aufstellung der Einsatzgruppen für den Rußlandfeldzug befaßt war. Nachdem **Bruno Streckenbach** nach 10-jähriger russischer Gefangenschaft wie andere Soldaten auch entlassen wurde, haben viele Zeugen, die gegen ihn ausgesagt hatten, ihre ihn betreffenden Anschuldigungen zurückgezogen. Kein westdeutsches Gericht hat ihn, wie in vielen anderen Fällen üblich, verurteilt.[34] Wären die Angaben von Kleßmann richtig, die er in seinem Buch S. 45 ff über ihn vorgetragen hat, so wäre Streckenbachs Nachkriegsschicksal schon bei den Sowjets, aber auch bei der bundesdeutschen Justiz anders verlaufen.

Daß **Kleßmann** zusätzlich kommunistische und auch exil-polnische Behauptungen und Unterlagen, die bei aller Bündniswilligkeit mit den Bolschewisten und kritiklosen Übernahme ihrer geistigen Produkte von den westlichen Historikern bisher keineswegs übernommen und für echt gehalten wurden, dennoch als authentisch unterstellt und

30) Christoph Kleßmann, "Die Selbstbehauptung einer Nation -- NS-Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung", Düsseldorf 1971.

31) Udo Walendy, "Europa in Flammen 1939 - 1945, Vlotho 1967, Bd. II S. 370 ff.

32) Udo Walendy, "Wahrheit für Deutschland -- Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges", Vlotho 1965, S. 453 ff.

33) *Historische Tatsachen* Nr. 45, S. 24 ff + Nr. 47 S. 6 ff.

34) Vergl. *Historische Tatsachen* Nr. 16, S. 20

nicht in einem einzigen Fall hinterfragt, versteht sich bei dieser Hiwi-Geschichtsschreibung von selbst.

Beispiel dafür sind die von Kleßmann einem ganzen Kapitel seiner Ausführungen zugrundegelegten, aber mit keinem Beleg spezifizierten

"von Hitler ausgegebenen Direktiven, die auf eine totale physische Liquidierung der gesamten polnischen Intelligenz hinausliefen". 30) S. 43

Es sollten also sogleich "mehrere" solcher "*Direktiven*" gewesen sein, ohne daß auch nur eine einzige nachgewiesen ist. Weder Daten, noch Empfänger oder Mitwisser sind bekannt. Das Institut für Zeitgeschichte in München konnte auf Nachfrage solche "*Direktiven*" nicht ermitteln und empfahl, sich direkt an Herrn Prof. Dr. Kleßmann, Uni Potsdam, Zeithistorisches Forschungszentrum, zu wenden. Der Herr Prof. verwies in seiner kurzen Antwort am 9.4.02 lediglich auf Ablenkungsliteratur, ohne auch nur eine einzige der nachgefragten "*Direktiven*" Hitlers zu benennen!



Am 3. Mai 1943 versammelten sich 1.000 ausländische Arbeiter aus 19 europäischen Nationen in Berlin zu einem "Reichsappell der deutschen Arbeitsfront".

Man ist unmittelbar an die polnische und ukrainische Intelligenz anläßlich der sowjetischen Eroberung von Ostpolen 1939 und des Rückzuges von dort Ende Juni 1941 mit weit über 100.000 Mordopfern des NKWD erinnert und an die über 14.500 polnischen Offiziere im April/Mai 1940 in Katyn, Charkow und einem anderen Ort verübten Massenmorde. Gleichzeitig erinnert man sich aber auch an die nachgewiesen gute Behandlung der kriegsgefangenen polnischen Offiziere in deutschem Gewahrsam während des ganzen Krieges, um solche Auslassungen des Doktoranden Christoph Kleßmann als ungeheuerliche Geschichtsfälschung zu erkennen, die, weil heutzutage begrüßt und straffrei, zur gängigen Regel geworden ist.

Wenn auch **Kleßmann** nachfolgend auf den Widerspruch aufmerksam macht, der sich daraus ergibt, daß auch Angehörige der polnischen Intelligenz gleichermaßen wie andere, statt "liquidiert" zu werden, ins Generalgouvernement umgesiedelt wurden und auch sonst vieles, was "befohlen" war, nicht realisiert wurde,30) S. 44 so stellt er doch nicht seine behaupteten "*Hitler-Direktiven*" in Frage. Daher ist es müßig, sich mit allen Einzelheiten zu befassen, zumal bekannt und von ihm im Vorwort zugegeben ist, daß Polen ihm eine Einsichtnahme in deren Archivalien verweigert hatte, was nach Beseitigung der kommunistischen Herrschaft auch heute noch nicht anders ist. Allein hieraus ergibt sich, daß eine objektive Geschichtsschreibung über dieses Thema nach wie vor offiziell behindert, wenn nicht gar unmöglich gemacht wird.

Dazu kommen dann noch die von **Kleßmann** selbst eigenwillig vorgenommenen Geschichtsverdrehungen, für die folgendes Beispiel wiedergegeben sei:

"Die zunehmende Nazifizierung der deutschen Minderheit blieb auf die Dauer auch den polnischen Behörden nicht verborgen und provozierte deren administrative Gegenmaßnahmen. Diese Eskalation fand ihren Höhepunkt nach der Aufkündigung des deutsch-polnischen Paktes am 28. April 1939 durch Hitler." 30) S. 23

Allein in diesen beiden Sätzen ist alles falsch: Nicht Hitler war "der Täter", sondern seit der militärischen und politischen Ohnmacht Deutschlands 1918/1919 waren es durchgängig und ausschließlich die Polen. Auch 1934 war es nicht die "*zunehmende Nazifizierung*" (was heißt das eigentlich?) der deutschen Minderheit, sondern es war die polnische Regierung, die unter dem Deckmantel und fortdauernder Verletzung der Minderheitenschutzverträge und des zusätzlich mit Deutschland abgeschlossenen Nichtangriffspaktes ihre Verdrängungspolitik gegen die volksdeutsche Bevölkerung fortsetzte. Im Februar 1939 intensivierte sie diese Feindseligkeit auf Drängen und schließlich anläßlich der ihr aufgeschwatzten vorbehaltlosen Garantie Großbritanniens mit provokativen Enteignungsmaßnahmen, u.a. dem Grenzzonengesetz und vielem anderen mehr. Das alles war nicht als Abwehr gegen "*zunehmende Nazifizierung der Bevölkerung*" begründet worden -- dafür hatte es gar keine Anhaltspunkte gegeben, auch Kleßmann hat keine benannt! --, sondern mit der Zielsetzung auf Vertreibung der Deutschen aus ihrer westpreußischen Heimat und weitere Eroberung deutscher Gebiete wie Danzig, Ostpreußen und Schlesien.[35]

Und was den "*Höhepunkt*", den 28. April 1939, anbetrifft, so hatte Polen entgegen dem deutsch-polnischen Ver-

35) ***Historische Tatsachen*** Nr. 39, S. 3 - 14.

trag von 1934 nicht nur die britische, ausschließlich gegen Deutschland gerichtete Garantie unter Ausklammerung der Frage des Aggressors angenommen, sondern auch am 26. März der Reichsregierung unter Kriegsandrohung untersagt, sich um weitere Verhandlungen über die von der polnischen Regierung im Oktober 1938 angeregten polnisch-slowakisch-ungarischen Grenzveränderungen sowie Verbesserungen hinsichtlich Danzigs und des Verbindungsweges nach Ostpreußen zu bemühen. Als schließlich am 6. April der polnische Außenminister Oberst **Beck** in London zusätzlich noch Polens vorbehaltlose militärische Unterstützung für Großbritannien vertraglich unterzeichnete, erklärte **Hitler** am 28. April den deutsch-polnischen Vertrag von 1934 als von der polnischen Seite für gebrochen, sah er doch gegenseitige Konsultationen und Verzicht auf Aggression, nicht aber gegen Deutschland gerichtete militärpolitische Koalitionsabsprachen vor.[32) S. 205 ff + 35)]

Noch mehrere Tage nach der Befreiung Lembergs durch die deutschen Truppen am 30. Juni 1941 stauten sich Tausende von Menschen vor den Gefängnissen, um sich Gewißheit vom Schicksal ihrer Angehörigen unter der NKWD-Herrschaft zu verschaffen. Bereits am 24.6.1941 hatte der Generalsekretär der kommunistischen Partei der Ukraine, Nikita Chruschtschow befohlen:

"Vor Verlassen der Stadt die ganze Intelligenz vernichten!. N. C." [36) S 97]

Diese Faktenlage mußte einem Doktoranden für dieses Fachgebiet wie Kleßmann bekannt sein. Allein hiermit hat er sich grundsätzlich disqualifiziert.

Während

*"die Widerstandsbewegung gleich nach dem Zusammenbruch des polnischen Staates sehr rege zu arbeiten begann und SD-Chef **Streckenbach** am 2. März 1940 befürchtete, sie könnte der deutschen Verwaltung über den Kopf wachsen"*, [30) S 45]

schilderte **Kleßmann** deutsche Bekämpfungsaktionen meist ohne Details und Zusammenhänge sozusagen als Liquidationssadismus deutscher Befehlshaber oder als Realisierung der *"Forderung des Führers zur Liquidierung der polnischen Führungsschicht"*, wie Generalgouverneur **Hans Frank** angeblich in seinem Tagebuch schriftlich für die Nachwelt festgehalten haben soll.[30) S 45]

Kleßmann prangert deutsche Maßnahmen gegen Widerstandsaktionen anläßlich des Frankreichfeldzuges an, räumt aber ein, daß damit die Widerstandsbewegung nicht lahmgelegt, sondern im Gegenteil ihre Organisation neu gestrafft wurde.[30) S 46]

Ganz und gar übel wird es dem fachkundigen Leser jedoch bei seiner Behauptung, daß sich im Sommer 1941

"nach der Besetzung Ostgaliziens in Lemberg in kleinerem Maßstab, aber in blutigen Formen die Krakauer »Sonderaktion« wiederholte",

und das ukrainische Batallion "Nachtigall" unter Oberleutnant **Dr. Theodor Oberländer** *"die Hauptrolle in diesen Exzessen spielte"*.[30) S 46] Hierbei stützte sich Kleßmann auf einen polnischen Publizisten und negierte alle seit Jahrzehnten längst vorliegenden Dokumentationen darüber, daß weder die Deutschen noch die Ukrainer, sondern wiederum ausschließlich das sowjetische NKWD dieses Massaker in Lemberg an der ukrainisch/polnischen Intelligenz kurz vor Abzug der Roten Armee verübt hatte.

Kurt Ziesel hat in seinem Buch "Der Rote Rufmord"[36] den Fall Oberländer umfassend untersucht. Wir zitieren in Kurzform:

"Weder in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen noch in den anschließenden Prozessen der Alliierten, ja nicht einmal in den Untersuchungen der staatlichen sowjetischen Kommission über die Feststellung und Aufklärung von Greueltaten durch die Deutschen in Rußland, insbesondere im Gebiet von Lemberg, wurde jemals der Name Oberländer mit irgendwelchen Anklagen genannt. Die Hetze gegen ihn begann der Osten erst, als ihm Oberländer als Minister im Kabinett Adenauer unbequem zu werden begann. Obwohl Oberländer im Jahre 1947 auf Grund der damaligen Verhältnisse noch über wenige Zeugen verfügte, geschweige denn über wesentliche entlastende Dokumente, wurde er von der Spruchkammer nach viermaliger Befragung des »Document-Center« der Amerikaner in Berlin völlig entlastet. ... [36) S. 64 - 65]

Wie sehr auch hier die Kommunisten ihre Hände im Spiel hatten, geht aus der bezeichnenden Tatsache hervor, daß die sowjetische Botschaft, als Oberländer das erste Mal öffentlich

36) Kurt Ziesel, "Der Rote Rufmord -- eine Dokumentation zum Kalten Krieg", Tübingen 1961.

erklärte, er würde die Gründung eines Untersuchungsausschusses über die Morde in Lemberg in Deutschland beantragen, an das Auswärtige Amt ein Schreiben richtete des Inhalts, die Sowjetunion würde es als einen unfreundlichen Akt der Bundesregierung ansehen, wenn die Lemberger Massenmorde und die sowjetische Beteiligung daran auf deutschem Boden untersucht werden. ...

Erst auf diese massive Erpressung der Sowjetunion hin entschloß sich Oberländer, sich mit seinem Vorschlag an führende Widerstandsorganisationen des Auslandes zu wenden. Nachdem der Ausschuß jedoch seine Tätigkeit aufgenommen hatte, setzte gegen sämtliche Mitglieder eine ebenso erpresserische Kampagne ein. Sie erhielten am laufen Band Drohungen mit Mordankündigungen und nächtliche Telefonanrufe, und eine Tagung der Kommission in Den Haag war von kommunistischen Straßendemonstrationen begleitet. ..." [36) S. 89]

Der "Internationale Untersuchungsausschuß Lemberg 1941" veröffentlichte schließlich seine auf 232 Zeugen aus Polen und der Ukraine und eine Fülle amtlicher Dokumente gestützten Ergebnisse mit dem Titel "Lemberg 1941 und Oberländer", denenzufolge

"die gegen die Einheit »Nachtigall« und den damaligen Oberleutnant und heutigen Bundesminister Oberländer erhobenen Vorwürfe jeder Grundlage entbehren ..."

Nachgewiesen war und bestätigt wurde, daß der in Kiew residierende KP-Generalsekretär der Ukraine **Nikita Chruschtschow** per Funkerlaß seinen NKWD-Einheiten, u.a. auch für Lemberg, befohlen hatte, sämtliche politischen Gefangenen zu liquidieren.[36) S. 91 + 97]

Dieses erhielt die gesamte deutsche Presse zur Kenntnis, doch verschwieg sie es in gewohnter Einmütigkeit; der Bundestagspräsident **Carlo Schmidt** (SPD) hatte sogar die Stirn, die Verbreitung dieses Ergebnisses im Bundestag zu verbieten.

"Nach den zuverlässigen Feststellungen des amerikanischen Kersten-Ausschusses wurden in den verhängnisvollen Tagen vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in der ganzen Ukraine wenigstens 80.000 bis 100.000 Menschen von den Sonderkommandos des NKWD ermordet." [36) S. 92]

Die Untersuchungsergebnisse, die in dieser von unzweifelhaften Gegnern des Dritten Reiches hrausgegebenen Broschüre der Öffentlichkeit unterbreitet wurden, sind so eindeutig, daß ein Christoph Kleßmann mit seinem Beleghinweis für die gegenteilige Behauptung auf einen polnischen Autoren, zumal ohne Angabe von Details, seinen Ruf als Wissenschaftler ruiniert hat.

Er liefert weitere Gesellenstücke für seine opportunistische, z.Zt. finanziell einträgliche und karriereförderliche Geschichtsverdrehung, mit denen man sich nur deshalb einmal befassen muß, weil sie -- blieben sie unwidersprochen und würden von anderen unaufhörlich wiederholt -- zu einer "normativen Kraft des Faktischen" werden und das deutsche Volk zu einem dauerhaften Paria unter den Nationen der Welt deklassieren:

"Für kein anderes Land existierte überdies ein so geschlossenes Gesamtprogramm für die politische und kulturelle Vernichtung einer ganzen Nation" (wie für Polen).[30) S 183]

"Die These vom kulturlosen polnischen Volk wurde stillschweigend fallengelassen, eine vage Europaideologie wurde zum Surrogat einer überlegten konstruktiven Politik gegenüber den unterworfenen Völkern, und nationale Grenzen sollten plötzlich keine Rolle mehr spielen." [30) S 184]

"In keinem anderen von Deutschland angegriffenen und besetzten Land waren die Menschenverluste so hoch wie in Polen. Die Schätzungen schwanken zwischen 4 und 6 Millionen, d.h. ca. 15% bzw. 22% der Vorkriegsbevölkerung der polnischen Republik." [30) S 184]

Kein Hinweis auf die Grenzveränderungen und damit Bevölkerungsgrößen von Polen vor und nach dem September 1939 und 1945 (Verlust Ostpolens an die Sowjets, Zwangsvertreibung der Deutschen bis zur Oder und Neiße),

kein Hinweis auf die Art der Schätzungen,

kein Hinweis auf die Verluste, die auf den Partisanenkrieg, den Einsatz der auf westlicher Seite kämpfenden "General Anders"-Armee und den alliierten Bombenkrieg zurückzuführen sind,

kein Hinweis auf die sowjetischen Morde an nationalen Polen bei ihrer 21monatigen Herrschaft über Ostpolen von 1939 - 1941 [37] sowie anläßlich ihres Vormarsches 1943 - 1945 bis zur deutschen Grenze.

Eingeständnis indessen, daß

"die verfügbaren Zahlen ... keinen Aufschluß darüber geben, wie hoch die Verluste infolge der sowjetischen Politik, der unmittelbaren Kriegshandlungen von 1939 und des Warschauer Aufstandes sind." [30) S 184]

Wie also will man verläßlich *"schätzen"*, wenn diese Zahlen nicht einmal zur Verfügung stehen und die anderen Zusammenhänge gar nicht berücksichtigt sind? Daß aus solchen Behauptungen und den daraus gezogenen Folgerungen nur Propaganda, Desinformation quellen können, ist doch offensichtlich!

Obgleich *"diese Zahlen nicht zur Verfügung stehen"* und die aufgezeigten Zusammenhänge nicht berücksichtigt sind, werden alle schon von den kommunistischen Polen seit 1945 vorgebrachten und den nachfolgenden "demokratischen" Polen unterschiedlos fortgeschriebenen "Schätzungen" kritiklos übernommen, -- so auch von Christoph Kleßmann. Dieser weiß es sogar noch pauschal und ohne Beleg zu präzisieren:

37) Edward J. Rozek, "Allied Wartime Diplomacy -- A Pattern in Poland", London - New York 1958, S. 46 + 98:
"Vom 17. September 1939 bis Juni 1941 wurden 1.692.000 Polen, Juden, Ukrainer und Weißrussen gewaltsam nach Rußland deportiert. 230.000 von ihnen waren Soldaten und Offiziere der polnischen Armee, 900.000 Zivilisten, die wegen ihres »national bourgeoisen Hintergrundes« deportiert wurden, 250.000 als »Klassenfeinde«, 210.000 Polen wurden von der Roten Armee eingezogen und dann tief in die Sowjetunion verbracht. 12.000 andere Polen wurden zwangsweise in den baltischen Staaten aufgesammelt. Unter den Deportierten befanden sich 160.000 Kinder . ... 400.000 polnische Juden wurden in die UdSSR verschleppt. Wie die anderen Deportierten gingen viele unter den annormalen Bedingungen, in die man sie verbracht hatte, zugrunde."

"Außer Zweifel steht, daß der weitaus größte Teil dieser Verluste eine Folge der nationalsozialistischen Terrorpolitik war." 30) S. 185

Udo Walendy hat in den ***Historischen Tatsachen (HT)*** Nr. 59 S. 33 ff nachgewiesen, daß sogar **die deutschen Mordopfer** anläßlich der Vertreibung 1945/46 -- "weil Ost- und Westpreußen, Ost-Brandenburg und Schlesien seit 1945 zum polnischen Staat gehören und mit den Bevölkerungsstatistiken dieser Gebiete aus früherer Zeit verglichen wurden" -- jenen polnischen "Schätzungen" als **polnische Mordopfer** bzw. Verluste durch die Deutschen zugerechnet wurden! Immerhin über 3 Millionen!

Dann auf einmal gibt **Christoph Kleßmann** einige erstaunliche Details zum besten:

"In einem Land mit so starken konspirativen Traditionen wie Polen mußte Widerstand eine fast unvermeidliche Konsequenz darstellen." 30) S. 185

Mit anderen Worten: Die Deutschen hätten sich verhalten können, wie immer sie gewollt hätten, -- konspirativen Widerstand hätte es in jedem Fall gegeben. Und:

"Die Intelligenz wurde zum Motor und Organisator der polnischen Untergrundbewegung. Was sie unter Beteiligung breiter Schichten aufbaute, führte die nationalsozialistische Kulturträgertheorie ad absurdum, wie es überzeugender kaum hätte geschehen können." 30) S. 108

Der Widerstand gegen die deutsche Besatzung *"formierte sich bereits während der Belagerung Warschaus"* im September 1939

"zum Kern der späteren Untergrundarmee. ... Daneben existierten zunächst noch eine ungewöhnlich hohe Zahl selbständiger kleinerer militärischer Gruppen (Ende 1939 ca. 50). Jede Widerstandsorganisation besaß ihre eigene militärische Formation, eine eigene Presse und eigene Kontakte zur Exilregierung." 30) S. 112

Hiermit kommen wir der Realität schon näher, zumal Polen sich auf viele an ihrem Kampf gegen Deutschland "Interessierte", die sich "Freunde" nannten, im Ausland stützen konnte.

"Schon im Herbst 1940 äußerte ***Frank****, als er von illegalem polnischen Unterricht hörte, Bedenken, ob man die polnischen Kinder auf die Dauer ohne geografischen und historischen Unterricht lassen könne. Er empfahl stattdessen in einer internen Besprechung geeignete Lehrbücher zu schreiben,*

»in denen z.B. in Hinblick auf die geschichtliche Entwicklung Polens auf den Umstand hingewiesen werde, daß die Polen unter deutscher Oberhoheit stets sich wohlgefühlt hätten«.

Diese Äußerung ist insofern interessant, als sie zeigt, daß Frank bisweilen Sachverhalte richtiger einschätzte als seine öffentlichen Äußerungen im allgemeinen vermuten lassen. Konsequenzen zog er daraus jedoch nicht. Überdies wäre einer solchen Aktion kaum Erfolg beschieden gewesen angesichts des durch die deutsche Okkupation neu entfachten polnischen Nationalgefühls." 30) S. 81

Die Regierung des Generalgouvernements hat also seit Herbst 1940 vom illegalen Unterricht in Polen gewußt und ihn -- das "vergaß" **Christoph Kleßmann** zu erwähnen -- offensichtlich geduldet, -- mit Ausnahme der Fälle, da dieser illegale Unterricht für Attentatsvorbereitungen mißbraucht wurde. Auch Kleßmann wußte nur von deutschen Polizeieinsätzen in solchen Fällen zu berichten, was ihn jedoch nicht hindert zu schreiben:

"Die nationalsozialistische Kulturpolitik ... war ihrer Intention nach deutlich auf substantielle Vernichtung des polnischen Volkes als einer Kulturnation abgestellt". 30) S. 108

Kleßmann stört es auch nicht, wenn er an anderer Stelle schreibt, daß

"angesichts des in greifbare Nähe gerückten deutschen Sieges nicht nur die Okkupation immer drückender wurde, sondern zugleich auch die Anfälligkeit der Bevölkerung für Kollaboration wachsen mußte." 30) S. 114

Diese "*Anfälligkeit zur Kollaboration*" sollte um jeden Preis verhindert werden. Ein "*in greifbare Nähe gerückter Sieg*" mußte keineswegs eine "*immer drückendere Okkupation*" bedeuten, zumal ohne Nennung von Einzelheiten.

Kleßmann widerspricht seiner Unterstellung von der "*beabsichtigt gewesenen substantiellen Vernichtung des polnischen Volkes*" auch durch seine Ausführungen auf S. 183 - 184, wo er von einer "*anarchischen Struktur der nationalsozialistischen Herrschaft im GG und von einer Vielfalt verschiedener rivalisierender Machtgruppen*", von den Zwängen der Kriegführung, der Rüstungsindustrie, der Ostbahn, der Landwirtschaft, der Zivilverwaltung usw. spricht, die auf qualifizierte, also geschulte Mitarbeiter angewiesen waren. So wurde vielfach ganz anders gehandelt, als öffentliche Sprüche vermuten ließen. Tatsächlich war selbst Kleßmann zufolge "*die These vom kulturlosen polnischen Volk stillschweigend fallengelassen worden*", wenn auch, wie er meint, zu spät.

So verfügten die mit der Exilregierung in London zusammenarbeitenden Untergrundkräfte zumindest ab Frühjahr 1941 "*allgemeine Verhaltensmaxime für alle Bereiche der polnischen Gesellschaft mit konkreten Ge- und Verboten*", die sie über eigene Presseorgane verbreiteten. Gleichzeitig bauten sie eine eigene konspirative Justiz auf, die "*Kollaborateure und Verräter*" verurteilte. 200 Todesurteile gegen ihre eigenen Landsleute haben sie während der Okkupationszeit vollstreckt. 30) S. 114

Die deutschen Behörden hatten den Geschichts-, Geografie- und Literaturunterricht in Polen verboten, Oberschulen und Universitäten geschlossen. Der illegale Unterricht griff insbesondere diese Tabu-Fächer auf. Man traf sich in Privatwohnungen, Klöstern, Kirchen, Magazinen, Schuppen und wechselte ständig die Treffpunkte. Examen wurden durchgeführt und Zeugnisse ausgestellt.

Zeugen Jehovas unter dem Nationalsozialismus

Dieses Thema ist von der bisherigen Geschichtsforschung zweifellos unterbelichtet worden, was einmal auf fehlende verläßliche Zeugenaussagen zurückführt und zum andern aussagekräftige Dokumente fehlen, entweder weil sie nicht (mehr) vorhanden oder noch nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sind. So stehen auch uns nur wenige Publikationen hierfür zur Verfügung:

Detlef Garbe, "Zwischen Widerstand und Martyrium. Die Zeugen Jehovas im Dritten Reich", o.O. 1997.:

"Widerstand aus christlicher Überzeugung -- Jehovas Zeugen im Nationalsozialismus", Dokumentation einer Tagung, Essen 1998, Klartext-Verlag, aus: Historische Schriften des Kreismuseums Wewelsburg, Beiheft 1.

"Ralph Angermund und deutsche Richterschaft 1919 - 1945" Frankfurt/M 1990.

Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München 1969, S. 181 - 218.

Haase / Gerhard Paul (Hrsg.) "Die anderen Soldaten: Wehrkraftzersetzung, Gehorsamsverweigerung und Fahnenflucht im Zweiten Weltkrieg", Frankfurt/M 1995.

Die politische Verfolgung von Zeugen Jehovas ist keine singuläre Erscheinung des Nationalsozialismus, sondern war in Österreich und der Weimarer Republik ebenso an der Tagesordnung gewesen.

Die Ursachen hierfür lagen in erster Linie in dem politisch-religiösen, zum Hochverrat auffordernden Fanatismus sowie den hierdurch veranlaßten Handlungen der Zeugen Jehovas in Verbindung mit der Machtstruktur des Staates, von der abhängt, inwiefern offener Widerstand geduldet werden kann (konnte) oder nicht.

Ein zusammenfassender Überblick wurde vom deutschen Zweig der Wachturm Gesellschaft in ***Erwachet!*** vom 22.8.1995 veröffentlicht:

"Rückblickend läßt sich sagen, daß der Zusammenstoß zwischen Jehovas Zeugen und dem Nationalsozialismus absolut unausweichlich war. Wieso? Weil sich die harten Forderungen, die der Nationalsozialismus stellte, mit drei biblisch begründeten Grundlehren der Zeugen Jehovas nicht vereinbaren ließen. Diese waren:



"Veröffentlichungen von Jehovas Zeugen, die die Zusammenarbeit der Kirche mit dem Nationalsozialismus aufdeckten" [5] S 8

World tribulation = Weltelend

1. Jehova Gott ist der höchste Souverän.

2. Wahre Christen verhalten sich in politischen Angelegenheiten neutral.

3. Wer Gott bis in den Tod treu bleibt, wird von ihm aufgeweckt.

Diese drei biblisch begründeten Glaubensansichten veranlaßten Jehovas Zeugen gegen die unchristlichen Forderungen des NS-Staates unerschütterlich Stellung zu beziehen. Sie erhoben daher mutig ihre Stimme und stellten den Nationalsozialismus als das Übel bloß, das er war.

Jehovas Zeugen erhoben nicht den Arm zum Hitlergruß. Sie weigerten sich deshalb, weil sie ihre Rettung Gott zuschrieben und sich ihm allein hingegeben hatten. Die Bibel sagt über Jehova folgendes:

'Du allein bist der Höchste über die ganze Erde.' *(Psalm 83:18)*

Im Grunde wurde durch die Worte »Heil Hitler!« zu verstehen gegeben, daß Hitler für Rettung sorgen könne. Jehovas Zeugen konnten nicht Gott die Treue halten und gleichzeitig einem Menschen Heil oder Rettung zuschreiben. Ihr Leben gehörte Gott und ihm bewahrten sie Treue und Loyalität." [5] S 4

Erwachet! führt weiter aus, daß Zeugen Jehovas wegen ihrer Weigerung, politischen oder auch religiösen Forderungen der nur von Menschen herstellbaren Obrigkeit nachzukommen, bereits im ersten Jahrhundert n. Chr. "ausgepeitscht" wurden.

"Viele der ersten Christen verloren ihr Leben, weil sie Gott mehr gehorchten als Menschen. ...

Da Jehovas Zeugen nur für eine einzige Regierung eintreten -- Gottes Königreich -- halten einige sie für staatsgefährdend. Damit tun sie ihnen jedoch großes Unrecht. ... Sie verhalten sich in politischen Angelegenheiten neutral. Sie beachten die Gesetze menschlicher Regierungen, weil sie Gott gegenüber loyal sein möchten."

Wie diese Neutralität in der Praxis schon während der Weimarer Zeit aussah, schildert *Erwachet!* unter Bezugnahme auf die gewaltige Pubklikationskraft ihrer internationalen Organisation für das Jahr 1929:

"Der Nationalsozialismus ist eine Bewegung, die direkt im Dienste des Feindes der Menschen, des Teufels, tätig ist." [38) S 6]

Wenig tröstlich war hierbei, daß von denselben Leuten auch der Papst und der katholische Klerus verteufelt wurden. Schon 1931 sind die Länder Baden, Bayern und Württemberg mittels Polizeiverfügungen und Druckschriftenverboten gegen die Bibelforschervereinigung vorgegangen; ihr Pressebüro in Magdeburg wurde im April 1932 geschlossent.[39) S 32] Die Regierung in Österreich hat die Zeugen Jehovas schon 1935 verboten.[39) S 34]

"Das schnelle Vorgehen gegen die Zeugen Jehovas (im Jahr 1933) war nicht zuletzt von dem Bemühen um ein Einvernehmen mit den beiden Großkirchen bestimmt.

An allen maßgebenden Besprechungen über das Verbot der Bibelforschervereinigung (1933) wirkten Vertreter der Kirchen mit. Teilweise riefen von den Deutschen Christen gestellte Kirchenleitungen sogar die Pfarrer und Pastoren zu Spitzeldiensten für die Gestapo auf, um den Zeugen Jehovas das Handwerk zu legen." [39) S 17]

Im September 1934 rief **Joseph Franklin Rutherford,** der Präsident der internationalen Watch Tower Society, die Zeugen Jehovas in Deutschland auf, sich dem Organisationsverbot zu widersetzen, Versammlungen durchzuführen, Schriften im Untergrund herzustellen und zu verbreiten. In einer *"Aufklärungsaktion"* am 20.6.1937 wurden daraufhin *"Zehntausende von Briefen verbreitet"*, in denen *"der barbarische Hitler-Staat"* angeprangert und die Deutschen aufgefordert wurden, ihm die Loyalität aufzukündigen, um *"des Gottesreiches willen"*. (*"politisch neutral", bemüht, "die Gesetze zu befolgen"?*) -- Repressionen des Staates waren die zwangsläufige Folge.[39) S 19 - 21] Was hatte sich Rutherford in innerdeutsche Angelegenheiten einzumischen und zum Staatsstreich aufzufordern? Nach der 2. Verhaftungswelle waren die diesbezüglichen Aktivitäten der Zeugen Jehovas in Deutschland weitgehend zum Erliegen gekommen.

1938 publizierte Watch Tower Society:

"Wir erkennen in der Totalitätsherrschaft des Nationalsozialismus das Machwerk Satans, das als Ersatz für Gottes Königreich hervorgebracht worden ist."

"Immer wieder" wurden solche international koordinierten Töne auch durch den Äther verbreitet, waren doch die Zeugen Jehovas international organisiert, und selbst das Eigentum der Wachturm-Gesellschaft als Auslandsvermögen deklariert.

Rutherford posaunte permanente Schelte über Reichskanzler **Adolf Hitler** in die Welt. Presse, Organisationen und Rundfunk standen ihm in allen Kontinenten zur Seite. Mit seiner Akzentuierung von der *"satanischen Natur des Nationalsozialismus"* -- der ihn als Ausländer überhaupt nichts anging -- übertrumpfte er noch die übrigen "heiligen Krieger" von der Ostküste der USA, von England und anderswo und reihte sich damit in die weltweite Koalition gegen das sich aus Wirtschaftsnot und Bürgerkrieg befreiende Deutschland zwecks Vernichtung seiner Existenz ein. Das soll *"Gottes Gebot"* zufolge *"politisch neutral"* sein, ein Beleg dafür, *"die Gesetze zu befolgen"*?

Dies Gehabe ist doch krankhaft widersprüchlich gegenüber den selbst aufgestellten Postulaten! Hetze ohne konstruktiven Bodensatz blieb als Resultat!

Am 2. Oktober 1938, als dem Reichskanzler die soeben gewaltlos befreiten 3,5 Millionen Sudentendeutschen zujubelten, erdreistete sich **Rutherford** zu erklären:

"Der Teufel hat dort (in Deutschland) als seinen Vertreter einen unbarmherzigen, grausamen, fanatischen Menschen zur Macht erhoben. ... Auf unmenschliche Art verfolgt er die Juden, weil sie einst Jehovas Bundesvolk waren und den Namen Jehovas trugen, und weil Christus Jesus ein Jude war." [38) S 9]

Am 15. Mai 1940 -- der Frankreichfeldzug hatte soeben begonnen -- hieß es in der von ihm kontrollierten englischen Ausgabe der Zeitschrift *Trost*:

"Hitler ist durch und durch ein Kind des Teufels, so daß Reden und Entscheidungen aus ihm heraussprudeln wie Wasser aus einer hervorragend funktionierenden Abwasserleitung." [38) S 10]

Waren die Veröffentlichungen von *Trost* vom Juni 1940, als Hitler Frankreich einen außerordentlich ehrenhaften Waffenstillstand angeboten hatte, *"politisch neutral"*, als diese Zeugen-Jehova-Zeitung in ihrer englischen Ausgabe schrieb?:

"Als Deutschland seinen Blitzkrieg startete, lebten in Polen 3.500.000 Juden. ... und sollten die Berichte, die die westliche Welt erreichen, richtig sein, so ist die Vernichtung der Juden voll im Gange."

1943 informierte *Trost* (engl.) seine Zeugen:

"Ganze Völker -- Griechen, Polen und Serben -- werden systematisch ausgelöscht." [38) S 10]

Diese "Gotteskrieger" haben mit solcherart Tiraden alle übrigen Kriegshetzer der irdischen alliierten Schwarz-Propaganda übertroffen und nennen das *"politische Neutralität"*!

38) *Erwachet!*, 22. August 1995 (erscheint in 75 Sprachen, durchschnittliche Auflage 12,99 Millionen). *Erwachet "ist Teil eines weltweiten gottesdienstlichen Werks"*; Deutschland: Am Steinfels, D-65618 Selters.
39) "Widerstand aus christlicher Überzeugung -- Jehovas Zeugen im Nationalsozialismus -- Dokumentation einer Tagung", Essen 1998, Beiheft 1, Historische Schriften des Kreismuseums Wewelsburg.

Kein Wunder, wenn die NS-Führung -- vor allem während des Krieges -- diese religiös verbrämten Schriften und ihre Verteiler auszuschalten bemüht war. Selbst der Gestapo gelang dies nicht vollständig:

"Trotz verzweifelter Bemühungen gelang es der Gestapo zu keiner Zeit, mehr als die Hälfte aller Zeugen in Deutschland einzusperren. Man stelle sich vor, wie frustrierend das angesichts des gewaltigen Spitzelapparats des NS-Staates gewesen sein muß: -- die kleine Gruppe von Zeugen konnte weder gefaßt noch zum Schweigen gebracht werden, noch war man imstande, die emsige Verbreitung ihrer Veröffentlichungen zu stoppen. Die Schriften wurden verbreitet und überwanden selbst die Stacheldrahtzäune der Konzentrationslager." [38] S 11

Aus den genannten, religiös motivierten Einschätzungen -- nicht etwa auf Grund konkret veranlaßter Verhaltensmaßnahmen von Partei oder Regierung -- verweigerten die sich seit 1931 "Zeugen Jehovas" nennenden "Bibelforscher" nicht etwa nur den Hitler-Gruß, sondern sämtliche staatlichen Eide, wie z.B. den Beamten- oder Fahneneid, sie verweigerten den Wehr- bzw. Waffen- und Kriegsdienst, die Mitgliedschaft in jeglichen NS-Organisationen, sie beteiligten sich nicht an Wahlen und Volksabstimmungen, verweigerten jegliche Mitarbeit an Rüstungsmaßnahmen. Dennoch wurden ihnen weitgehend "goldene Brücken" gebaut und sie für Arbeiten eingesetzt, die ihren Glaubensgrundsätzen nicht widersprachen und sogar schwierig zu überwachen waren, selbst als SS-Bedienstete.[6] S 22 Das hinderte freilich nicht, daß Kooperationsverweigerer auch hart bestraft wurden, die jede Zusammenarbeit *"mit dem Nazistaat"* ablehnten.[5] S 14

"Die verbesserte Lage bildete die Basis für eine verstärkte Fortsetzung der Bibelforschertätigkeiten auch innerhalb der Gefangenschaft. Die Zeugen Jehovas trafen sich in den Konzentrationslagern heimlich zu »Bibel- und Wachturm-Studien«, feierten Gottesdienste und vervielfältigten ins Lager eingeschmuggelte religiöse Schriften." [39] S 23

Vertreter der Zeugen Jehovas berufen sich darauf, daß von der Wehrmachtjustiz 250 ihrer Anhänger wegen Wehrdienstverweigerung und Wehrkraftzersetzung während des Krieges zum Tode verurteilt worden waren, 10.000 unterschiedlich lange in Haft, davon 2.000 in Konzentrationslagern mit lila Winkel gehalten worden waren und etwa 1.200 aus politischen Gründen bis 1945 ihr Leben verloren haben.

Eine Nachprüfung dieser Zahlen war uns nicht möglich. Literatur über das Verhalten der Zeugen Jehovas und der Regierungen ihnen gegenüber in den westalliierten kriegführenden Staaten stand uns leider nicht zur Verfügung.



Ostarbeiterinnen 1942 in Berlin
***Der Spiegel* kommentierte am 30.3.1980:**
"Was brauchbar ist, wird bei uns umgezüchtet."
Auch sie sind gut ernährt, keineswegs verängstigt, offensichtlich auch nicht gehetzt. Dieses Bild dürfte nicht unbedingt eine Propagandaufnahme sein. Unvoreingenommene Erlebniszeugen von damals schildern dies als Normalität der Behandlung.

Schrecklich sieht der Kontrast zum "Gulag der Frauen" aus, wie ihn Käthe Fraedrich (München 1997) beschrieben hat oder noch unfaßbarer, was Gert O. Sattler im "Leidensweg deutscher Frauen 1944 - 1949" (Kiel 1996) zusammengefaßt hat. Nur eines von dem vielfach gar nicht Wiederzugebenden:

Sklaverei

Als die Niederlage kam,
war der letzte Schutz vorbei:
Hilflos trieb man deutsche Frau'n
in das Joch der Sklaverei.

Im Gefängnis litten sie
Seelen-, Angst- und Höllenpein:
Schuften mußten sie am Tag
und des Nachts zu Willen sein.

Morgens wurden sie verkauft,
abends sicher eingesperrt
und des Nachts von Wachmannschaft
gierig aus dem Stroh gezerrt.

Viele starben totgequält
an den Folgen der Tortur
ohne Echo in der Welt,
ohne eine Grabesspur.

"Wider zwei Legenden über den Holocaust"

So lautet in der Tat die Überschrift der ***Frankfurter Allgemeine Zeitung*** vom 30. Juni 2000, S. 57. Freilich ergänzt Prof. **Eberhard Jäckel** sie -- offensichtlich mit Blick auf die Gesetzeslage und Justizpraxis der Bundesrepublik -- mit dem Untertitel „Plädoyer für Einzigartigkeit des Genozids, den die Nazis an den Juden verübten".

Der durch seine opportunistische Darstellungsweise bekannte Stuttgarter Historiker Prof. **Eberhard Jäckel** hat mit diesem „Plädoyer" wieder einmal ein Glanzstück seiner Einseitigkeit und damit seiner willkürlichen Beurteilungsweise unter Beweis gestellt, aber gleichzeitig zwangsläufig Sachverhalte -- zumindest in groben Zügen -- zurechtgerückt, von denen jeder unbefangene Experte längst seit Jahrzehnten wußte, daß sie dem deutschen Volk im Vollzug der globalen Diffamierungspolitik seit 1945 völlig zu Unrecht angelastet worden waren.

Prof. **Eberhard Jäckel** verweist zunächst darauf, daß der 1982 gegründete Zentralrat der Sinti und Roma erstmalig den Begriff „Zigeuner" in „Sinti und Roma" umgeprägt und in der Öffentlichkeit durchgesetzt hat, -- mit der Begründung, der Begriff „Zigeuner sei herabsetzend". Dies ist er hingegen keineswegs, wie sich aus den Wortbildungen „Zigeunermusik", „Zigeunerromantik" usw. erweist. Es handelte sich auch um keinen „Nazi"-Begriff. Doch abgesehen von dieser Neufirmierung an sich hält es auch Prof. Eberhard Jäckel für „problematisch", die neue, nun zweiteilige Bezeichnung „nachträglich und gleichsam mit rückwirkender Kraft auch für Epochen durchzusetzen, in denen sie nicht in Gebrauch war".

Doch wichtiger noch: Prof. **Jäckel** bestätigt:

Es habe nichts mit aus Forschung erwachsener Erkenntnis zu tun, wenn der Zentralrat der Sinti und Roma seit fast 2 Jahrzehnten (und seine Wortführer bereits seit 3 Jahrzehnten) stereotyp behauptet, was von einem weltweit synchron gesteuerten Zeitungs-, Zeitschriften- und sogar Buchmarkt gleichlautend ausgewalzt immer wieder neu voneinander abgeschrieben wird, aber niemals bewiesen worden ist: während des Dritten Reiches oder zumindest im Verlauf des Zweiten Weltkrieges seien 500.000 Zigeuner von den Deutschen ermordet worden. **Jäckel** schreibt wörtlich:

„Bedenklich war indessen, daß diese Verbandsstrategie sich von Anfang an auf ein Geschichtsbild stützte und dieses auch mit den Methoden eines Interressenverbandes durchzusetzen versuchte, das auf der These beruhte, die Verfolgung der Zigeuner und der Juden sei identisch gewesen und parallel verlaufen. ...

Verbände sollen die Interessen ihrer Mitglieder vertreten. Sie können jedoch vernünftigerweise nicht bestimmen, was »im historischen Bewußtsein zu verankern« ist. Das bleibt in einer freien Gesellschaft der Forschung und dem öffentlichen Diskurs vorbehalten. Die Kirchen bestimmen schließlich nicht die Kirchengeschichte, die Parteien oder die Gewerkschaften nicht die Parteien- und Gewerkschaftsgeschichte. ...

*Das Fazit ist, daß das Geschichtsbild des Zentralrats der Sinti und Roma dem Erkenntnisstand der internationalen Forschung widerspricht. Das gilt auch für die Zahlenverhältnisse. Der Zentralrat beziffert die Opfer seit langem auf 500.000. Auf der erwähnten Berliner Tagung (im Dezember 1993 mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung im Berliner Reichstagsgebäude) war sogar von »der planmäßigen Ermordung von weit über 500.000» die Rede. Die Zahl steht auch im Prospekt der vom Zentralrat kürzlich in Heidelberg eröffneten 'Ständigen Ausstellung', und sie findet nun zunehmend Eingang in die öffentlichen Reden. In dem Ausstellungsprojekt ist hinzugefügt: »**Nach Schätzungen**«. Darauf ist man in der Tat angewiesen. ...*

*In einem 1972 erstmals veröffentlichten und seit 1981 auch in Deutschland verbreiteten Buch „The Destiny of Europe's Gypsies" hatten Donald Kenrick und sein Mitautor **Grattan Puxon**, der damalige Generalsekretär der internationalen Roma-Union in London, die Gesamtzahl der Opfer auf 219.000 geschätzt. Auf Grund neuer Berechnungen revidierte Kenrick 1989 in der Zeitschrift »Holocaust and Genocide Studies« die frühere Schätzung auf 196.000.*

*Der deutsche Historiker **Michael Zimmermann** nannte in seinem Buch »Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische 'Lösung der Zigeunerfrage'« zwar Zahlen für einzelne europäische Länder, gab damals aber keine Gesamtschätzung. 1997 holte er das nach und sprach sehr zurückhaltend von einer Gesamtzahl von »mindestens 90.000«.*

Lewy (amerikanischer Historiker **Guenter Lewy**) *berichtet das alles nur und meint sogar, exakte Angaben würden nie gemacht werden können. Sicher ist jedoch, und zwar schon seit 1972, daß selbst die größten Schätzungen weit unter der vom Zentralrat der Sinti und Roma immer wieder angeführten Zahl liegen. ...*

Die öffentliche Erinnerung muß der Wahrheit entsprechen. Es ist eine der obersten Aufgaben der Wissenschaft, die Gesellschaft vor Legenden zu bewahren. Die Wissenschaftler haben sich mehrfach geäußert. Sie haben die besseren Argumente. Damit ist der freie Diskurs nicht beendet. Nur darf er nun nicht mehr mit Demonstrationen, Pressionen und ähnlichen Mitteln ausgetragen werden. Es kommt

auf Argumente an. Vor allem kommt es darauf an, daß die deutsche Gesellschaft (von „Volk" ist bei Jäckel keine Rede, -- d. Verf.) *sich von ihr aufgedrängten Legenden sowohl hinsichtlich der Homosexuellen wie der Zigeuner befreit und zu einem wahren Geschichtsbild des Holocaust zurückfindet.*"



Eine der vielen Reparationskonferenzen im französischen Außenministerium in Paris 1923. Vor dem mittleren Fenster stehend: Winston Churchill, schon damals lange im unversöhnlichen Kampf gegen Deutschland beteiligt. Mit Adolf Hitler hatte das nichts zu tun

Mit diesem Fazit ist die Ausarbeitung von Udo Walendy in den ***Historischen Tatsachen*** Nr. 23 „Zigeuner bewältigen ½ Million" vollauf bestätigt, damit auch die diesbezügliche Lüge des ehemaligen Bundeskanzlers **Helmut Kohl** vor dem Deutschen Bundestag am 7. November 1985 (siehe ***Bulletin***, Bonn 8.11.1985).

Man vergegenwärtige sich noch einmal: ***„Seit 1972 ist sicher, daß selbst die größten Schätzungen weit unter der vom Zentralrat der Sinti und Roma immer wieder aufgeführten Zahl liegen und selbst damals die Gesamtzahl der Opfer auf 219.000 geschätzt"*** worden war.

Dennoch hat seit 1972, als erstmals in einer Broschüre aus England von diesem Vermißtenschicksal die Rede war, und dort zugegeben wurde, daß darüber keine „exakten Angaben jemals gemacht werden können", kein offizieller Historiker gewagt, diese Erkenntnis zu verwerten. Nicht einer hat um Auskunft darüber gebeten, wie denn die besagten „Schätzungen" überhaupt zustande gekommen waren, zumal niemand darüber etwas hatte verlauten lassen.

Als zweite *„Legende über den Holocaust"* verweist Prof. **Jäckel** auf die Homosexuellen im Dritten Reich und darauf, daß sie keineswegs „systematisch ermordet" wurden, sondern für konkret in den Gesetzestexten der § 175 und 175a bezeichnete und nachgewiesene -- nur Männer betreffende -- Unzuchthandlungen, verbunden stets mit einem Gerichtsverfahren, bestraft wurden, je nach Art, Schwere und Vielfalt mit Gefängnis und/oder Konzentrationslager. Diese Gesetzestexte waren sogar noch in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1969 in Kraft. „Die Nazis" haben Homosexualität nicht als Rassenmerkmal, sondern als Krankheit angesehen. „Die Veranlagung selbst blieb straffrei". Ohne hier auf Zahlen einzugehen -- „Zahlenangaben sind in diesem Bereich naturgemäß besonders unsicher" -- stellen doch die verschiedenartigsten Forscher fest (**Burkhard Jellonek** in seinem Buch „Homosexuelle unter dem Hakenkreuz", 1990, US-Sexualforscher **Alfred Kinsey** u.a.), daß,

„wenn auch nun natürlich ohne die Nazi-Grausamkeiten ... rein numerisch betrachtet, ... die NS-Justiz keineswegs mehr Opfer gefordert habe, als z.B. die BRD-Justiz in den 12 Vergleichsjahren von 1953 - 1965".

Dies sind beachtliche Feststellungen, zu denen sich Jäckel als Repräsentant der offiziellen bundesdeutschen Historikerschaft veranlaßt sah, um darzutun, daß das gewaltige, in der Nähe des Reichstages und unmittelbar an das Gelände der ehemaligen Reichskanzlei angrenzende Monument in Berlin „völlig zu Recht" ausschließlich zum Gedenken des an den Juden begangenen, einzigartigen Holocaust gewidmet sei und nicht etwa allen Opfern des Krieges oder auch nur „allen Opfern der Gewaltherrschaft".

Hätte **Jäckel** doch seine tugendhaften Sprüche (zusätzlich zu den zitierten) auch auf jene andere bemerkenswerte Minderheit ausgedehnt und darauf verwiesen, daß gleichermaßen Deutsche ein Anrecht auf Achtung ihrer Toten und Geschändeten haben, Ursache und Wirkung zu beachten sei und es darauf ankomme, daß die Menschheit -- und nicht nur die „Gesellschaft" im Rest Deutschlands -- *„von ihr aufgedrängten Legenden befreit und zu einem wahren Geschichtsbild"* allgemein zurückfindet, so hätte er der (insbesondere geknebelten deutschen) Historikerschaft ein Tor für die Rückkehr zur Normalität und zum wissenschaftlichen Ethos -- Ehrlichkeit und Unparteilichkeit -- aufgeschlagen. Doch solches ist auf Grund der Schulrichtlinien, Gesetze und Rechtspraxis in der Bundesrepublik Deutschland aus „volkspädagogischen Gründen" auch für Prof. **Jäckel** offensichtlich nicht freigegeben.

Ein Leserbrief zum Plädoyer **Jäckels** in der ***FAZ*** vom 14.7.2000 bestätigte: Statt Sachdebatte Empörung eines "demokratiebewußten Anständigen", der über die "globale und singuläre Schuld der Deutschen" wacht.

Bezeichnender war zwar der Leserbrief in der ***FAZ*** vom 18.7.2000 von **Romani Rose**, Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg, wenngleich auch er zur Sache selbst nichts aussagte:

*„Am 16. März 1997 sagte Bundespräsident **Roman Herzog** bei der Eröffnung des Dokumentations- und Kulturzentrums Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg:*

»Der Völkermord an den Sinti und Roma ist aus dem gleichen Motiv des Rassenwahns, mit dem gleichen Vor-

satz und dem gleichen Willen zur planmäßigen und endgültigen Vernichtung durchgeführt worden, wie der an den Juden. Sie wurden im gesamten Einflußbereich der Nationalsozialisten systematisch und familienweise vom Kleinkind bis zum Greis ermordet.«"

Bundespräsident **Roman Herzog** hat keine Details genannt, keine Beweise vorgeführt, keinerlei Hinweise geliefert, die man nachprüfen könnte. Er belastete wieder einmal mit einem unverantwortlichen Spruch sein eigenes Volk, ohne sich vorher aus seriösen Quellen sachkundig gemacht zu haben.

Nicht anders war zuvor der ehemalige Bundeskanzler **Helmut Kohl** verfahren. Das ist so üblich bei der Bonner Mannschaft. Fordert man von diesen Leuten Sachbeweise, so schweigen sie, verweisen auf die von ihnen geschaffenen Strafgesetze oder beauftragen unmittelbar die Staatsanwaltschaft mit der Anklageerhebung.

Dipl. Pol. **Udo Walendy** hatte 1986 -- vergl. ***HT*** Nr. 29 "Amtliche Lügen straffrei, Bürgerzweifel kriminell" -- Bundeskanzler **Helmut Kohl** wegen Amtseidbruch und Volksverhetzung angezeigt. Der Generalstaatsanwalt stellte das Verfahren ein, der Kanzler brauche seine Behauptung bezüglich der Ermordung von 500.000 Zigeunern nicht zu beweisen, im übrigen sei "*der Amtseid nicht justiziabel*".

Romani Rose ergänzte in einem weiteren Leserbrief an die ***Süddeutsche Zeitung*** vom 23./24.9.2000 S. 15 seine „Beweisführung", daß „*Hitler die ausnahmslose Vernichtung der Zigeuner selbst verlangt*" habe, mit 3 Stücken Papier:

(1)

Eine "Verfügung" von Reichsinnenminister **Frick** vom 3. Januar 1936, die "Nürnberger Rassegesetze" genauso auf die Zigeuner als "artfremde Rasse" anzuwenden wie auf die Juden;

(2)

Ein „Protokoll" vom 14.9.1942, das Reichsjustizminister **Otto Georg Thierack** persönlich angefertigt habe. In ihm finden sich die Passagen: "*Zur Besprechung mit Goebbels hinsichtlich der Vernichtung des asozialen Lebens*", "*Juden und Zigeuner schlechthin vernichtet werden sollen*".

(3)

Ein Brief des Parteikanzlei-Chefs **Martin Bormann** vom 2.12.1942 an „SS-Führer **Himmler**" -- "*Hitler selbst verlangte die ausnahmslose Vernichtung der Zigeuner*".

Vorgestellt hat **Romani Rose** diese Papiere nicht.

Zu (1)

In den Nürnberger Rassegesetzen war von Zigeunern keine Rede, wohl aber davon, daß, ehe der Reichsminister des Innern zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes vom 15. September 1935 erforderliche Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen kann, er das Einverständnis vom Stellvertreter des Führers und des Reichsministers der Justiz einzuholen habe. Er konnte also gar nicht eigenmächtig eine Gesetzesänderung verfügen.

Mit Datum vom 3. Januar 1936 hat der Reichs- und Preußische Minister des Innern keine Verfügung erlassen, sondern den Landesregierungen eine vertrauliche Mitteilung oder Erläuterung zukommen lassen, welche Folgerungen er aus der ersten Ausführungsverordnung zum Blutschutzgesetz hinsichtlich einer Eheschließung mit Artfremden zu beachten empfiehlt. Hierbei betonte er, daß zu den artfremden Rassen auch die Zigeuner, mehr aber noch die Neger gehören, deren Vermischung mit Deutschblütigen, zumindest in deren reinrassiger Form oder bei einem Mischling 1. Grades vermieden werden soll,

> *"nicht weil das deutsche Blut höherwertig ist als das artfremde Blut, sondern aus der Erkenntnis, daß es andersartig ist, so daß eine Mischung sowohl dem deutschen als auch dem artfremden Blut nachteilig ist. Grundsätzlich muß daher daran festgehalten werden, daß jede Eheschließung zwischen einer deutschblütigen und einer reinrassigen Person artfremden Blutes eine Gefährdung des deutschen Blutes darstellt."*

Das gleiche soll gelten für einen Mischling 1. Grades, nicht aber bei einer Person mit einem Viertel Anteil artfremden Blutes. "*Da Negerblut noch in der 7. oder 8. Generation äußerlich deutlich in Erscheinung tritt*", seien Heiratswillige dieser Art besonders scharf zu überprüfen.

Aus diesem Sachstand machte Romani Rose einen "*Willen Hitlers zur ausnahmslosen Vernichtung der Zigeuner*"!

Ob Hitler von dieser vertraulichen Mitteilung **Fricks** jemals etwas erfahren hat, ist unbekannt. Veranlaßt hat er sie jedenfalls nicht. Sie ist auch nie veröffentlicht worden. Niemand hat bisher aus diesem Papier den Fantasien Romani Rose folgend die Folgerung gezogen, Hitler habe "alle Neger vernichten wollen", obgleich der Zeitgeist sich dazu anbietet, ihm auch dies noch anzulasten.

Zu (2)

Welcher Minister schreibt schon eigenhändig Protokolle? Weder **Dr. Goebbels** noch Justizminister **Thierack** hatten Anlaß noch Kompetenzen, sich, wie **Romani Rose** bzw. "PS-682" ihnen unterstellt, sich mit "Vernichtung des asozialen Lebens" zu befassen!

Das diesbezügliche "Dokument" -- "PS 682", nicht abgedruckt in den IMT-Protokollbänden -- besteht aus 2 Seiten mit Schreibmaschine beschriebenem Papier, die jedoch sehr unterschiedlich reproduziert sind (die 1. Seite variierend undeutlich und schwach ohne Unterschrift, die 2. Seite durchgängig deutlich und dunkel mit handschriftlicher Paraphe "Th"). In der Zeilenlänge weichen die beiden Seiten auffallend von einander ab, so daß allein hierdurch die Vermutung genährt wird, sie seien nicht in einem Durchgang von derselben Person eingetippt worden. Einige nicht lesbare handschriftliche Eintragungen sind keine Bestätigungen eines Dritten für richtige Wiedergabe des Gesprä-

ches.

Die 1. Seite ist betitelt mit "*Aussprache mit Dr. Goebbels*".

Es soll sich um den Inhalt der Besprechung handeln. **Punkt 1.)**: Den Richtern, aber auch dem deutschen Volk solle nach der Führerrede vom 26. April 1942, in der Hitler sich zum obersten Richter der Nation erklärt hat, die neue Lage im Justizwesen mit geschickter Öffentlichkeitsarbeit klargemacht werden. Gerichtsurteile der verschiedensten Sachbereiche sollen in der Reichspresse publiziert und kommentiert werden, um das Vertrauen der Bevölkerung in eine gerechte Justiz zu erhalten und zu stärken.

Dann folgt übergangslos ein sehr mysteriöser

2. "**Besprechungspunkt**", der seltsamerweise nur "*die Auffassung von Dr. Goebbels*" ohne jeden Einwand des Justizministers wiedergibt, was insofern unglaubwürdig ist, weil er keinen einzigen juristischen Gesichtspunkt entgegengesetzt hat, und weil es weder für ihn noch für Dr. Goebbels irgendeinen Anlaß gegeben haben könnte, sich über "*asoziales Leben und dessen Vernichtung*" zu unterhalten, geschweige denn "abzussprechen". Im übrigen hat der "Reichsjustizminister" ihn ausgerechnet so "protokolliert", wie es nur der Feindpropaganda nützlich sein konnte:

> *"Hinsichtlich der Vernichtung asozialen Lebens steht Dr. Goebbels auf dem Standpunkt, daß Juden und Zigeuner schlechthin, Polen, die eine 3 - 4 Jahre Zuchthaus zu verbüßen hätten, Tschechen und Deutsche, die zum Tode, lebenslangem Zuchthaus oder Sicherungsverwahrung verurteilt wären, vernichtet werden sollen. Der Gedanke der Vernichtung durch Arbeit sei der beste, im übrigen müsse man aber außer den genannten Fällen jeden Fall individuell behandeln, wobei man Tschechen und Deutsche natürlich verschieden beurteilen müsse. Es könne Fälle geben, wo ein zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilter Deutscher nicht als asozial anzusprechen sei, dagegen aber ein zu höchstens 8 Jahren Verurteilter."*

Dieser "Monolog", Besprechungspunkt 2.) ist das Produkt abartiger Fantasie!

Statt "*asoziales Leben zu vernichten*" würde ein Deutscher allenfalls von "asozialen Verhältnissen" sprechen, die es zu beseitigen gelte. Doch solche gab es in Deutschland seinerzeit nicht mehr.

Die Differenzierung von Polen, "*die eine 3 - 4 Jahre Zuchthaus zu verbüßen hätten*" (sic!) und Tschechen sowie Deutschen, bei denen die Strafe schon sehr viel höher sein muß, um "*vernichtet werden*" zu sollen, oder gar Juden und Zigeuner "*schlechthin*", die also gar nichts getan zu haben brauchen, um gleichermaßen "*vernichtet werden*" zu sollen, dürfte selbst für den schmuddeligsten Schundroman zu primitiv sein. Ganz verrückt der letzte Satz:

> *"Es könne Fälle geben, wo ein zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilter Deutscher nicht als asozial anzusprechen sei, dagegen aber ein zu höchstens 8 Jahre Verurteilter."*

"*Fälle geben, wo*" ist kein deutsch. Warum soll "*ein zu höchstens 8 Jahren Verurteilter*" "*als asozial anzussprechen sein*" ("*anzusprechen*"?, man kann niemanden als "als asozial ansprechen"; -- "anzusehen", einzuschätzen wäre richtig) -- also z.B. auch alle 3-Monats-Häftlinge, nicht aber jene, die 9, 10, 15 Jahre oder gar lebenslänglich einsitzen müssen? Hier hat der Dokumentenfälscher bei seinem dümmlichen Geschwafel wirklich nicht mehr aufgepaßt!

Ein solches Papier wagt Romani Rose als "Beweis" dafür anzuführen, daß "*Hitler die ausnahmslose Vernichtung der Zigeuner selbst verlangt habe*".

Zu (3)

Wenn Hitler solches "verlangt" haben sollte, warum hat er keinen normalen Befehl erlassen, warum informiert **Bormann** ausschließlich **Himmler** in Umgehung aller Reichsminister? Wer ist von "*ausnahmslos*" betroffen? Auch die Mischlinge, die Wehrmachtsangehörigen? -- Das sind doch alles groteske, unrealistische Sprechblasen, verfaßt von Stümpern im Dienst der gegnerischen Propaganda!

Ein Brief vom 2.12.1942 war in den Archiven nicht aufzufinden, dafür einer vom 3.12.1942, der offensichtlich gemeint war: **Bormann** an **Himmler**.

Doch der Inhalt weist etwas ganz anderes aus, als Romani Rose unterstellt: Der Leiter des Reichskriminalpolizeiamtes SS-Gruppenführer **Arthur Nebe** unterrichtete **Bormann** darüber, daß die Behandlung der sog. reinrassigen Zigeuner im Reich neu geregelt werden solle, sie könnten im Lande herumziehen, ihre "*Sprache, Ritus und Brauchtum*" pflegen, Wehrdienst in besonderen Wehrmacht-Einheiten ableisten.

> *"Die Sonderbehandlung sei gerechtfertigt, weil sie sich im allgemeinen nicht asozial verhalten hätten und in ihrem Kult wertvolles germanisches Brauchtum überliefert sei. ..."*

Bormann hält "*diese Sonderbehandlung für ein grundsätzliches Abweichen von den derzeitigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Zigeunerplage*" und meint,

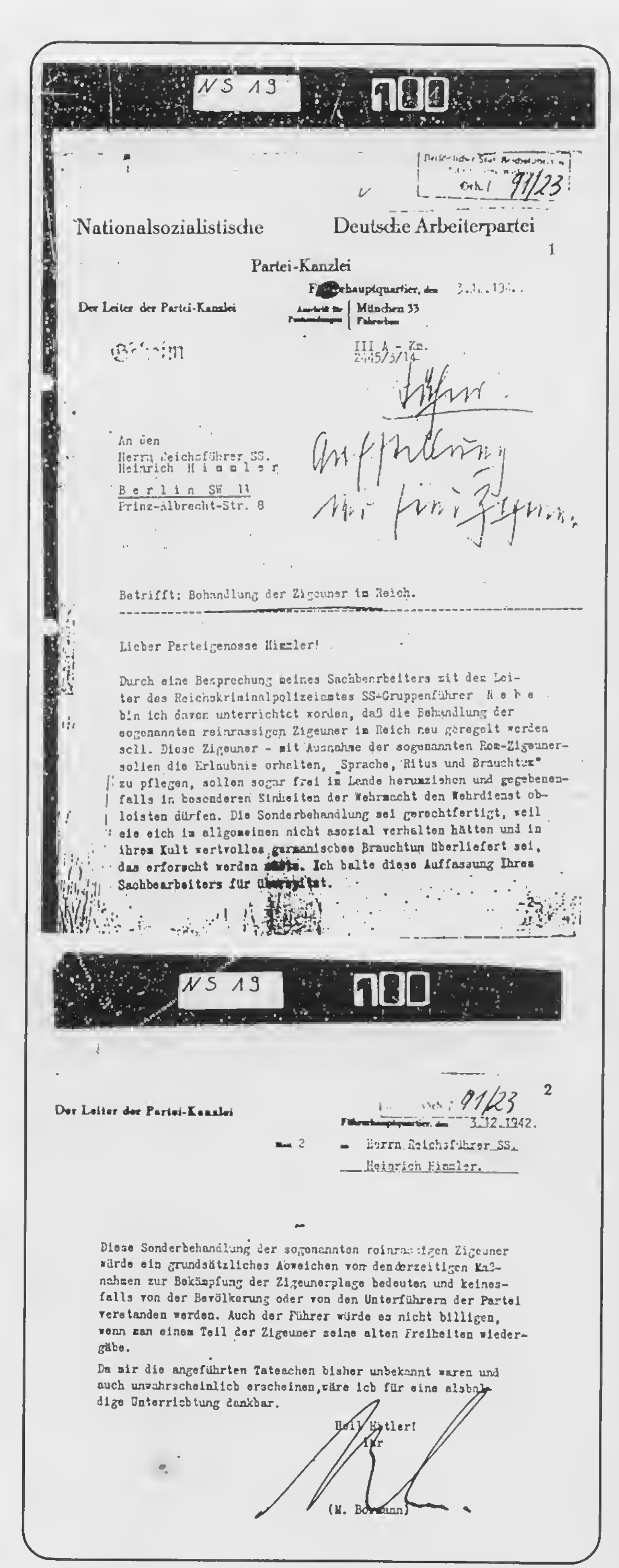
> *"der Führer würde es nicht billigen, wenn man einem Teil der Zigeuner seine alten Freiheiten wiedergäbe."*

Bormann hat die Meinung Hitlers zu dieser Frage gar nicht eingeholt, er nimmt sie vorweg und artikuliert sie in Möglichkeitsform. Das Thema war Freiheit wie früher oder Einschränkung -- insbesondere in bezug auf das Herumreisen während der Kriegszeit.

Aus diesem Brief "folgert" **Romani Rose**, in Erwartung dessen, daß kaum einer seiner Leser diesen Brief kennen kann: "*Hitler selbst verlangte die ausnahmslose Vernichtung der Zigeuner*".

Das ist schlichtweg Betrug, zumal er einen Brief vom 2.12.1942 nicht kennen kann, von dem selbst das Bundesarchiv nichts weiß, und für den er selbst keinen Nachweis geliefert hat! Das den Betrug kennzeichnende Prinzip der Vorteilsverschaffung liegt hier ebenfalls klar auf der Hand.

Bleibt hinzuzufügen:


NS 19 180

Ork. / 91/23

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

1

Partei-Kanzlei

F[illegible]rhauptquartier, den 3.[illegible].19[illegible]

Der Leiter der Partei-Kanzlei

Anschrift für Postsendungen | München 33 Führerbau

Geheim

III A - Km.
2445/3/14

An den
Herrn Reichsführer SS.
Heinrich Himmler
Berlin SW 11
Prinz-Albrecht-Str. 8

Betrifft: Behandlung der Zigeuner im Reich.

Lieber Parteigenosse Himmler!

Durch eine Besprechung meines Sachbearbeiters mit dem Leiter des Reichskriminalpolizeiamtes SS-Gruppenführer Nebe bin ich davon unterrichtet worden, daß die Behandlung der sogenannten reinrassigen Zigeuner im Reich neu geregelt werden soll. Diese Zigeuner - mit Ausnahme der sogenannten Rom-Zigeuner - sollen die Erlaubnis erhalten, „Sprache, Ritus und Brauchtum" zu pflegen, sollen sogar frei im Lande herumziehen und gegebenenfalls in besonderen Einheiten der Wehrmacht den Wehrdienst ableisten dürfen. Die Sonderbehandlung sei gerechtfertigt, weil sie sich im allgemeinen nicht asozial verhalten hätten und in ihrem Kult wertvolles germanisches Brauchtum überliefert sei, das erforscht werden [illegible]. Ich halte diese Auffassung Ihres Sachbearbeiters für [illegible]t.

NS 19 180

2

Der Leiter der Partei-Kanzlei

[illegible] 91/23

Führerhauptquartier, den 3.12.1942.

2 - Herrn Reichsführer SS.
Heinrich Himmler.

Diese Sonderbehandlung der sogenannten reinrassigen Zigeuner würde ein grundsätzliches Abweichen von den derzeitigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Zigeunerplage bedeuten und keinesfalls von der Bevölkerung oder von den Unterführern der Partei verstanden werden. Auch der Führer würde es nicht billigen, wenn man einem Teil der Zigeuner seine alten Freiheiten wiedergäbe.

Da mir die angeführten Tatsachen bisher unbekannt waren und auch unwahrscheinlich erscheinen, wäre ich für eine alsbaldige Unterrichtung dankbar.

Heil Hitler!
Ihr
(M. Bormann)

Bild berichtete am 11.4.1995:

"Am Vormittag hatte der Vorsitzende des Zentralrats der Sinti und Roma ein Mahnmal für die 500.000 von den Nazis ermordeten Sinti und Roma eingeweiht."

Diese 3 Stücke Papier -- statt Fakten -- sind in der wissenschaftlichen Literatur bisher nicht mit den "Schlußfolgerungen" aufgetaucht, die **Romani Rose** aus ihnen "gezogen" hat. Doch Romani Rose hat Schützenhilfe bei den Bonner System-Politikern. Nicht nur, daß diese ihn vor Strafverfolgung wegen "Volksverhetzung" schützen; -- sie blasen seit Jahrzehnten in dasselbe Horn:

Jüngst zitierte Bundesratspräsident (und somit Bundespräsident-Stellvertreter) **Hans Eichel** am 18.12.1998 einen angeblichen „**Himmler**-Befehl" vom 16.12.1942 mit dem Inhalt,

"die Deportation aller Kinder, Frauen und Männer österreichischer und deutscher Sinti und Roma ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau"

Dieser angebliche "Himmler-Befehl" ist nie aufgefunden worden.[40] **Himmler** hätte gewiß nicht "*österreichische Sinti und Roma*", auch nicht "*Vernichtungslager*" formuliert und schriftlich auf den Befehlsweg gegeben, zumal die Begriffe "*Sinti und Roma*" erst Nachkriegsschöpfungen sind.

Romani Rose verwies abschließend darauf, daß

"die Zahl der 500.000 ermordertenSinti und Roma ebenso realistisch ist, wie die der geschätzten Zahl der 6 Millionen ermorderten Juden."

Zudem sei der Mord an den Zigeunern auch dadurch erwiesen, daß der von ihm geleitete Zentralrat Deutscher Sinti und Roma seit 1982 (so lange schon, bzw. erst seit dann!) mit vielen Archiven, Forschungszentren und Justizverfolgungsstellen zusammenarbeite, Standardwerke zum Holocaust veröffentlicht habe und außerdem über 3.200 bearbeitete Entschädigungsakten Überlebender verfüge. Doch die erwähnten "*Standardwerke*", die "*Zusammenarbeit mit anderen*" und "*Entschädigungsakten Überlebender*" als Beweise für Ermordungen hatten offensichtlich Prof. **Eberhard Jäckel** nicht beeindruckt. Er vermißte wohl, wie auch andere, die Faktenbeweise.

Auch war Prof. Jäckel offensichtlich nicht beeindruckt von der "Dokumentations"-Ausgabe Romani Rose's[41] in der es heißt, daß

die Wirklichkeit nicht auf eine rekonstruierte objektive Ereignisgeschichte überlieferter Akten reduziert werden dürfe,

Dokumente der NS-Zeit mit der historischen Wirklichkeit gleichzusetzen, einer nachträglichen Entwürdigung der Ermordeten gleichkäme,

der Völkermord an den Sinti und Roma mit über 500.000 Opfern systematisch geplant und fabrikmäßig vollzogen wurde,

die "deutschen Täter" Sinti und Roma, von Babies bis zu einer Greisin von 110 Jahren, vor ihrer Ermordung Häftlingsnummern tätowierten, sie zu medizinischen Experimenten mißbrauchten usw.

---

40) ***Nationalzeitung***, München 20.3.1998 + 16.4.1999 + 13.8.1999.

41) Romani Rose (Hrsg.), "Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma", Heidelberg 1995, S. 7 - 9, 136.